



0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Herr Stadtpräsident, liebe Gemeinderätin und Gemeinderäte, liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, werte Medienschaffende und werte, zahlreich anwesende Besucherinnen und Besucher. Es freut uns natürlich, dass das Öffentlichkeitsprinzip in der Politik für einmal nicht nur toter Buchstabe ist, sondern auch wirklich gelebt wird. Herzlich willkommen hier bei uns im Stadtrat. Offenbar bewährt es sich, wenn man eine maximal gefüllte Traktandenliste mit sehr vielen wichtigen Geschäften erlässt, sodass wir danach auch das nötige Publikum bekommen. Danke für Ihr Interesse.

Wir halten heute die 8. Sitzung in diesem Jahr ab. Es ist eine Sitzung, die bereits um 18 Uhr beginnt, weshalb aufgrund der Doppelsitzung auch eine Verpflegungspause vorgesehen ist. Wir planen diese Unterbrechung ungefähr gegen 20.30 Uhr vorzunehmen. Dies hängt allerdings auch ein wenig vom Beratungsverlauf der einzelnen Geschäfte ab.

Vorab möchte ich gerne noch auf folgendes hinweisen: Beim Blick nach vorne zu unserem Podium ist für einmal erneut wieder alles ein wenig anders. Die Vizepräsidentin Martina Marti musste sich krankheitshalber entschuldigen. Wir wünschen ihr deshalb gute und vor allem auch schnelle Besserung. Das führt dazu, dass wir heute keine Vizepräsidentin haben. Da ich mich aufgrund dessen um die Handlungsfähigkeit des Büros Sorgen machen musste, veranlasste ich, dass wir einen ad hoc Vizepräsidenten bekommen, der dann auch ein bisschen für das Rechnen zuständig ist, da sich der Präsident nicht darum bemühen möchte, zumal er Jurist ist und Juristen so oder so nicht rechnen können. Der Form halber möchte ich aber darüber abstimmen lassen. Wir achteten darauf, dass wir jemanden aus derselben SP/GL-Fraktion mit dieser Aufgabe betrauen. Wer nun Paul Bayard als Tages-Vizepräsident wählen möchte, soll dies nun bitte per Hand bezeugen. Somit ist Paul Bayard gewählt und er erklärte sogleich auch Annahme der Wahl. Wir wünschen Dir viel Befriedigung bei diesem ausgesprochen anspruchsvollen Amt.

Das Protokoll der Oktober-Sitzung liegt vor und ist auf der Homepage der Stadt Langenthal aufgeschaltet. Herzlichen Dank den Mitwirkenden für das Verfassen des Protokolls. Das ist insbesondere Herr Thurnherr, der auch heute wieder für das Protokoll zuständig ist, daneben sind Frau Zubler und Frau Burkhard Schneider, unsere Sekretärin, zu nennen, die heute alle Belange des Sekretariats alleine übernehmen wird. Ihnen allen danke ich herzlich.

Wir führen nun den Appell durch und ich übergebe somit das Wort an unsere Sekretärin des Stadtrates:

- 33 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend.¹
 - 3 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
 - 1 Mitglied zurzeit vakant.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Damit darf ich die Beschlussfähigkeit des Stadtrates feststellen. Die Vakanz, die sich aufgrund des Ablebens von Heinz Wüthrich selig ergab, konnte bis anhin noch nicht geklärt werden. Dieser Sitz ist nach wie vor vakant und deshalb wären wir heute bei vollständiger Präsenz lediglich 39 Mitglieder. Das zur Info, falls jemand mitrechnete. Tatsächlich anwesend sind nun 33 Stadträtinnen und Stadträte. Der Versand der Traktandenliste und die Aktenaufgabe erfolgten vorschriftsgemäss, oder erhielt jemand die Akten nicht? Gut, somit ist dies definitiv nach Vorschrift erledigt. Vielleicht mache ich noch einen Hinweis zur Traktandenliste: Es gibt ein paar wenige Vorstösse, die dieses Mal hätten traktandiert werden sollen. Da

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind 33 Stadratsmitglieder anwesend.
Ab 18.10 Uhr sind 34 Stadratsmitglieder anwesend.
Ab 18.17 Uhr sind 35 Stadratsmitglieder anwesend.
Ab 18.48 Uhr sind 36 Stadratsmitglieder anwesend.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

ich aber nicht nochmals eine Sitzungsdauer bis 01.00 Uhr riskieren wollte, erlaubte ich mir, diese drei Vorstösse auf die Dezember-Sitzung zu verschieben. Dies zu Ihrer allgemeinen Information. Somit schreiten wir direkt zu Traktandum Nr. 1.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



1. "ict4kids2": Informations- und Kommunikationstechnologie für Kinder und Jugendliche an der Volksschule Langenthal; Projekt: Genehmigung; Finanzierung: Bewilligung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ist das Eintreten bestritten? Gut, somit ist das Eintreten stillschweigend genehmigt.

II Beratung:

A Berichterstattung

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir steigen somit mit der Beratung ein und ich übergebe das Wort dem zuständigen Gemeinderat Wüthrich.

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Es freut mich, dass Sie alle hier so zahlreich erschienen sind, um meinem Anliegen beizuwohnen. Ich bitte Sie heute Abend, und indirekt auch die Bevölkerung von Langenthal, um sehr viel Geld. Deshalb ist es mir wichtig, dass ich Ihnen ausführlich präsentieren kann, was wir konkret vorhaben.

Im Moment liefert unsere grosse Stadt leider sehr viele negative Schlagzeilen zum Thema ICT. Zur Beruhigung möchte ich deshalb vorab ein paar Dinge klarstellen. Wir hatten uns ja bereits bei der Government IT dazu entschieden, das Ganze auszulagern. Die Stadt Bern hingegen wollte dies selber ausführen und hat nun Probleme, die wir dank der Zusammenarbeit mit einem Partner, der auch im Bericht erwähnt wird, zu verhindern hoffen. Das System, das ich Ihnen heute vorstelle, wurde in ähnlicher Weise bereits mehrfach erprobt. Auf die weiteren diesbezüglichen Kommentare bezüglich Mengengerüst und Gerätewahl, wie Schreiben einzelner Schulen zu entnehmen ist, werde ich später noch genauer eingehen.



Was ist unser Plan? Wir wollen und müssen unsere ICT, die ihr Lebensende erreicht hat und aufgrund der Tatsache, dass die heute bestehenden Informatikräume hauptsächlich für den Französisch-Unterricht genutzt werden, durch ein modernes und zeitgerechtes ICT2-Konzept ersetzen. Dabei werden wir weitgehend die bestehenden Ressourcen nutzen, worauf ich zu einem späteren Zeitpunkt nochmals zu sprechen komme.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Im Projekt setzen wir uns in verschiedenen Dimensionen mit der Lösung der Problemstellung auseinander. Aus technologischer Sicht setzten wir uns mit der Frage auseinander, welche Geräte heute auf dem Markt angeboten werden. Dabei ging es im Weiteren um Abklärungen, ob wir nach dem Prinzip von "Bring your own device" handeln sollten oder auf welche bestehende Netzwerk-Infrastruktur zurückgegriffen werden kann, oder diese zu ersetzen ist. Im pädagogischen Konzept erörterten wir die Frage des Bedarfs an Applikationen, sei es für die Schüler oder auch für das gesamte Management. Dies umfasste Fragestellungen von den Terminen bis zum Klassenbuch. Dabei hinterfragten wir unsere Positionen auch immer wieder aus organisatorischer Sicht.

Wir kamen auf Basis all dieser Überlegungen zu folgendem Mengengerüst: Wir möchten auf allen Stufen und in allen Schulen ein WLAN-Netz aufbauen. Wir möchten auf allen Stufen, inklusive Kindergarten, Anzeigemöglichkeiten zur Verfügung stellen, wobei auf Kindergartenstufe noch in Ergänzung zu den Displays auf Beamer als Hilfsmittel zurückgegriffen werden soll. Die weitere Infrastruktur soll Visualizer und Apple TV-Geräte umfassen, die uns eine kabellose Verbindung zu den Displays ermöglichen soll. Daneben kommen Dockingstationen und Geräte für die Lehrkräfte zum Einsatz. Jedes Schulzentrum soll künftig über eine angemessene Druckerinfrastruktur verfügen. Lehrkräfte mit einem Pensum von über 40% erhalten dabei jeweils ein persönliches Gerät, denjenigen mit einem kleineren Pensum wird ein Pool-Gerät zur Verfügung gestellt.

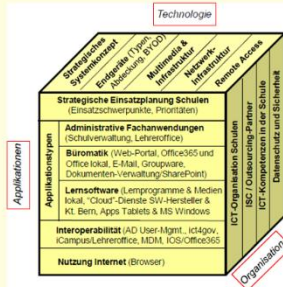
Im unteren Zyklus 1 kommen iPads im Verhältnis 1:4, im Kindergarten im Verhältnis 1:2 zum Einsatz. Für die erste Klasse sehen wir zudem noch ein zusätzliches Gerät für Lehrpersonen vor, ansonsten werden alle Stufen in gleicher Weise bedient. Ab der dritten Klasse planen wir mit Laptops im Verhältnis und ab der fünften Klasse wird jeder Schülerin und jedem Schüler ein Gerät zur Verfügung gestellt, das dabei noch mehrheitlich in der Schule verbleibt. Anschliessend ist vorgesehen, dass das Gerät ab der siebten Klasse jeder Schülerin und jedem Schüler für den persönlichen Einsatz tagtäglich zur Verfügung steht, auch wenn das Gerät im Eigentum der Schule verbleibt. Wir setzen somit nicht mehr auf einen Computer, den wir sequentiell nutzen, sondern der Computer mutiert zur Ergänzung des Etuis, vergleichbar mit einem Füllfederhalter oder einem Taschenrechner, wie wir es aus früherer Zeit kennen. Das Gerät wird somit zum ständigen Begleiter im Unterricht mittels eines hoffentlich massvollen Einsatzes.

Stadtrat Langenthal: Traktandum 1 – "ict4kids2"



Projekt "ict4kids2"

Dimensionen der ICT-Strategie Schulen



Dazu kommen...

- Bereitstellung der baulichen Infrastruktur
- Finanzielle Dimension
- Aus- und Weiterbildungskonzept Lehrpersonen

Stadtrat Langenthal: Traktandum 1 – "ict4kids2"



Projekt "ict4kids2"

Ausrüstung der Klassenzimmer

Klassenzimmer	WLAN	Multimedia	Drucker	Geräte Lehrpersonen	Geräte Schüler/innen
Kindergarten	Icon: Blue circle with white dot	Icon: TV, Beamer, Apple TV	Icon: Printer	Icon: Teacher with laptop	Icon: 4 iPads (1:4 ratio)
1./2. Klasse	Icon: Blue circle with white dot	Icon: TV, Beamer, Apple TV	Icon: Printer	Icon: Teacher with laptop	Icon: 2 iPads (1:2 ratio)
3./4. Klasse	Icon: Blue circle with white dot	Icon: TV, Beamer, Apple TV	Icon: Printer	Icon: Teacher with laptop	Icon: 2 iPads (1:2 ratio)
5./6. Klasse	Icon: Blue circle with white dot	Icon: TV, Beamer, Apple TV	Icon: Printer	Icon: Teacher with laptop	Icon: 1 Laptop (1:1 ratio)
7.-9. Klasse	Icon: Blue circle with white dot	Icon: TV, Beamer, Apple TV	Icon: Printer	Icon: Teacher with laptop	Icon: 1 Laptop (1:1 ratio)



Daraus ergibt sich ein grosser Mengenbedarf an Geräten für Lehrkörper und Schülerschaft, Dockingstationen und vieles mehr, wie aus dieser Übersicht ersichtlich wird.

Stadtrat Langenthal: Traktandum 1 – "ict4kids2" stadtlangenthal

Projekt "ict4kids2"
Mengengerüst

		Mengengerüst	
Notebooks & iPads	Lehrergeräte	Notebooks	165
		Docking Station	172
		iPads	16
	Schülergeräte	Notebooks Unterstufe	200
		Notebooks Oberstufe	850
		iPads	285
	Aufbewahrung	Wagen für Notebooks	65
Kiste für iPads		16	
Multimedia	HDMI-Switch	109	
	Apple TV	137	
	Widi	109	
	Visualizer Elmo	19	
	Panel (fest montiert)	17	
	Infopanel	15	
	Beamer	10	

Interessanter wird es beispielsweise auf der nächsten Folie, die deutlich aufzeigt, wie viele Accesspoints es benötigt, um ein flächendeckendes WLAN-Netz einzurichten. Dabei setzen wir auf eine Lösung, bei der wir direkt an den Netzwerkbuchsen, die bereits heute in den Klassenzimmern vorhanden sind, Router platzieren, die sodann die gewünschte Bandbreite mit möglichst wenig Leistung und Strahlung zur Verfügung stellen sollen.

Ein weiterer interessanter Aspekt betrifft den "Makerspace". Damit wollen wir den Jugendlichen Möglichkeiten aufzeigen und auf Geräte hinweisen, mit denen sie sich dann vielleicht in der Zukunft zu beschäftigen haben und vielleicht einen Job ausüben, den es so heute noch gar nicht gibt. Dies mag aus heutiger Sicht als Spielerei erscheinen, aber vielleicht besteht dadurch die Möglichkeit, dass dannzumal auch eine Floristin für das Erstellen eines speziellen Arrangements einen 3D-Drucker einsetzen und zu bedienen weiss. Oder denken wir an einen Facility Manager, der sich damit auseinandersetzen hat, dass sein Job durch einen Roboter wegrationalisiert wird und er auf Kenntnisse zurückzugreifen hat, wie ein Gefährt zu programmieren ist, das sich im Raum zu bewegen weiss, um die entsprechenden Aufgaben zu erledigen. Ich glaube, dass wir hier eine Investition in die richtige Richtung vornehmen, damit alle dieselben Chancen erhalten.

Stadtrat Langenthal: Traktandum 1 – "ict4kids2" stadtlangenthal

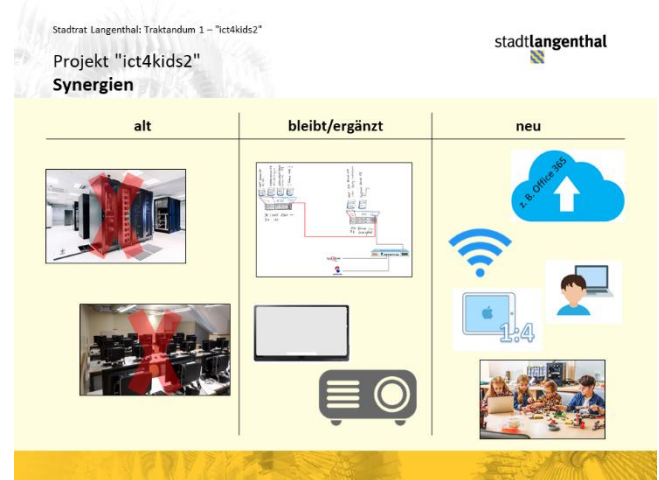
Projekt "ict4kids2"
Mengengerüst

		Mengengerüst	
Drucker	Multifunktionsdrucker klein	11	
	Drucker	24	
WLAN	Access Points	246	
Makerspace	3D Drucker	Ultimaker 2+	4
		Silhouette Curio	2
		Silhouette Cameo 3	10
	Robotik	Cricut Maker	1
		Pro Bot	23
		Dash Bot	20
		Beebot	36
	Sprache	Ozobot	20
		Recordable Talking Interactive Wall	18
	Drohnen	Parrott	20



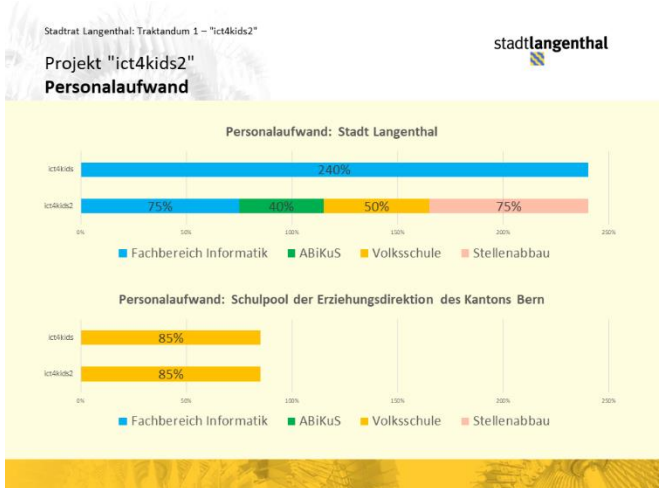
Alt sind und ersetzt werden vor allem die grossen Server, über die bis heute sämtliche Applikationen abgewickelt werden, sämtliche Endgeräte, mit denen die Schüler bislang arbeiteten und ebenso die Bildschirme, die mit den alten Servern verbunden waren.

Daneben beibehalten und entsprechend aufgerüstet wird das Glasfaser-Netzwerk, das bereits im Rahmen von ICT1 aufgebaut wurde und damit bereits heute eine Erschliessung mit Leitungen bis in jedes Zimmer gewährleistet ist. Überall dort, wo noch keine Panels oder Beamer vorhanden sind, werden diese neu entsprechend ergänzt.



Zukünftig erfolgt die Datenablage nicht mehr allein auf den Servern, sondern grösstenteils in der Cloud. Wir setzen dabei auf das Angebot von Office 365, das der Schülerschaft und dem Lehrkörper viel Speicherplatz zu günstigen Konditionen bietet. Wie bereits erwähnt, werden somit die Endgeräte wie Laptops, iPads aber auch das WLAN erneuert, wie auch der bereits zuvor erwähnte "Makerspace".

In der Organisation war zuerst vorgesehen, dass der First-Level-Support noch durch die eigene IT-Abteilung der Stadt erfolgt. Bereits bei der Ausschreibung für ICT1 entschied man sich ja bezüglich Supportangebot gegenüber den Schulen für einen externen Anbieter. Aufgrund dieser Konstellation realisierte man dann im jetzigen Projekt, dass es wenig Sinn macht, in der stadt-eigenen IT-Abteilung Leute auszubilden, die diesen Support quasi als Durchlauferhitzer ausführen. Dies führte zu gewissen Verschiebungen an Stellen, so dass sich die zukünftigen Organe, so wie hier auf diesem Chart dargestellt, abbilden lassen.



Wir hatten in der Stadt bislang 240 Stellenprozente, die sich um die IT kümmerten. Daneben wurden 85 Stellenprozente seitens des Kantons zur Betreuung der Schulen zur Verfügung gestellt. Dies entsprach rund 1% pro Schulklasse. Im Fachbereich Informatik werden nun 75% von diesen 240 Stellenprozenten für den Second-Level-Support des Layers 2 eingesetzt. Dies umfasst das gesamte Netzwerk, das wir aus dem Projekt ICT1 übernehmen und weiter nutzen. Somit wird dieser Bereich des Supports weiterhin durch die Stadt gewährleistet.

Die gesamte Projektleitung wurde ja bislang extern eingekauft, wofür ja auch ein Kredit zur Verfügung stand. Zukünftig möchten wir 40% dieser Aufgabe beim Abikus – und explizit nicht bei der Schule - ansiedeln, damit das Projekt kontinuierlich weiterentwickelt wird und nicht nochmals so grosse Investitionen auf einmal auf uns zukommen sollten. So gingen wir ja bereits beim Government-Projekt vor, als wir die Geräte leasen, und nun gehen wir auch hier entsprechend vor. Bei der Volksschule sind 50 Stellenprozente für den First-Level-Support reserviert, der in direkter Zusammenarbeit mit Letec erfolgt. Die verbleibenden 75 Stellenprozente können mit dieser Vorgehensweise neu eingespart werden, da die Aufgaben durch den externen Anbieter Letec übernommen werden.

Bei Genehmigung des Projektes durch den Stadtrat sieht der Beschlussesentwurf eine Zweiteilung der



Finanzierung vor: In einem ersten Teil geht es bei der Beschaffung der diversen Geräte um Investitionskosten in der Höhe von Fr. 1,4 Millionen, was ich anschliessend noch genauer erläutern werde. Einen zweiten Brocken umfasst die Ausgaben für die verschiedenen Verträge, die jährlich wiederkehrende Kosten von Fr. 596'000.00 auslösen.

Das führt zu Betriebskosten und einem Nachkredit für 2020 in der Höhe von Fr. 249'000.00 für die letzten vier Monate. Der Gemeinderat wird dazu bemächtigt, diese Kredite anschliessend einzeln auszulösen und für den weiteren Vollzug verantwortlich zu sein. Wir möchten diese Vorlage gerne am 9. Februar 2020 zur Volksabstimmung bringen und somit im nächsten Jahr unmittelbar mit der Einführung beginnen.

Stadtrat Langenthal: Traktandum 1 – "ict4kids2"

Projekt "ict4kids2"
Beschlusessentwurf

stadtlangenthal

I. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 23. Oktober 2019, beantragt der Einwohnergemeinde Zustimmung zu folgendem Gemeindebeschluss:
Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 6 Abs. 5 und 35 Ziff. 3 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 25. November 2019 beschliesst:

- Das Projekt "ict4kids2" gemäss den Ausführungen in dieser Botschaft wird genehmigt.
- Für die Finanzierung des Projektes "ict4kids2" wird:
 - ein Rahmenkredit von Fr. 1'403'000.00 (inklusive MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 6600.5060.56 (Rahmenkredit "ict4kids2"), bewilligt.
 - ab dem Jahr 2021 ein Verpflichtungskredit für eine wiederkehrende Ausgabe von Fr. 596'000.00 (inklusive MWST) pro Jahr zu Lasten der Erfolgsrechnung, Konto 6600.3133.10 (Betriebskosten "ict4kids2"), bewilligt.
- Für die pro rata anfallenden Betriebskosten im Jahr 2020 wird ein Nachkredit in der Höhe von Fr. 249'000.00 (inklusive MWST) zu Lasten der Erfolgsrechnung 2020, Konto 6600.3133.10 (Betriebskosten "ict4kids2"), bewilligt.
- Der Gemeinderat wird ermächtigt, alle für die Umsetzung des Projektes "ict4kids2" notwendigen Objektkredite zu bewilligen, unabhängig von ihrer Höhe im Einzelfall.
- Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

II. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 15. Oktober 2019 betreffend "ict4kids2" für die Gemeindeabstimmung vom 9. Februar 2020 wird genehmigt.

III. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Wie Sie der Übersicht entnehmen, sehen Sie hier die detaillierte Auflistung dieser einmaligen Kosten von Fr. 1,4 Millionen. Ein Grossteil dieser Kosten ist auf den Aufwand bezüglich Migration sowie auf die einmalige Installation und Initialisierung des Systems zurückzuführen. Ein weiterer Kostenpunkt betrifft die Drucker, bei denen wir uns aufgrund des günstigen Zinsumfeldes dazu entschieden, die Geräte zu kaufen, anstatt zu leasen. Für den Bereich Multimedia & Dienstleistungen sehen wir ebenso grössere Ausgaben vor, da wir unsere Schulhäuser gerne noch etwas digitaler ausrüsten möchten, damit wir inskünftig vielleicht weniger Drucker einsetzen müssen. Dies ist mir ein persönliches Anliegen, damit sich inskünftig die Druckerkosten senken lassen. Sie sehen, dass wir in dieser Übersicht auch noch eine Reserve einberechneten. Die hier dargestellten Kosten basieren vorerst auf ersten Offerten. Entsprechend hoffen wir bei der weiteren genaueren Evaluation, auch anhand von Konkurrenzofferten, eine Kostenreduktion zu erzielen. Allerdings kann ich dazu keine Versprechungen abgeben, wäre dies aus meiner Sicht doch nicht seriös.

Stadtrat Langenthal: Traktandum 1 – "ict4kids2"

Projekt "ict4kids2"
Einmalige Kosten

stadtlangenthal

Inhalte	Anbieter/in	Einmalige Kosten
ICT-Infrastruktur/ICT-Betrieb	OBT AG, Letec IT Solutions AG	744'646.00
Makerspaces & Dienstleistungen	Diverse Anbieter	43'000.00
Einrichtung Bibliotheken Hard & Elzmatte	Predata AG	17'814.00
Multimedia & Dienstleistungen	RUAG AG	173'702.50
Drucker	SysPrint AG	164'328.69
Schulungen	Muelicom	5'500.00
Externe Beratung	Josef Schreiber	36'000.00
Externe Rechtsberatung	Offen	10'000.00
Netzwerk- & LWL-Infrastruktur	Diverse Anbieter	64'946.50
Bauliches / Infrastruktur	Diverse Anbieter	62'000.00
EDV-Installation	IB Langenthal AG	14'148.75
Reserve (5%)		66'804.32
Total		1'402'890.76
		1'403'000.00



Ähnliches gilt für die laufenden Kosten. Nebst dem grossen Posten über diese Fr. 513'000.00 handelt es sich dabei primär um Wartungsverträge, um die Internetleitung an sich sowie um Supportleistungen von Drittfirmen.

Stadtrat Langenthal: Traktandum 1 – "ict4kids2"

Projekt "ict4kids2"
Wiederkehrende Kosten

stadtlangenthal

Inhalte	Anbieter/in	Wiederkehrende Kosten
ICT-Infrastruktur/ ICT-Betrieb, Lifecycle-Management	OBT AG, Letec IT Solutions AG	513'702.00
Internetanschlüsse	Renet AG (Quickline)	7'200.00
Einrichtung Bibliotheken Hard & Elzmatte	Predata AG	5'164.00
Drucker	SysPrint AG	23'393.00
Netzwerk- & LWL-Infrastruktur	Diverse Anbieter	18'137.40
Reserve (5%)		28'379.82
Total		595'976.22
		596'000.00

Mir war es wichtig, eine Gesamtschau zu erstellen, weshalb ich ja auch darum bat, die vollumfänglichen Wünsche auf den Tisch zu legen. Entsprechend soll auch ein "Makerspace" aufgelistet werden, ohne dies irgendwo verstecken zu müssen.

Der künftige Sachaufwand inklusive der Kosten, die heute für das Sekretariat der Schulen eingesetzt werden, liegt bei stolzen Fr. 799'000.00. Daneben beziffert sich der Abschreibungsaufwand auf rund Fr. 280'000.00, verteilt auf die nächsten fünf Jahre.

Stadtrat Langenthal: Traktandum 1 – "ict4kids2"

Projekt "ict4kids2"
Sach- & Abschreibungsaufwand

stadtlangenthal

Sachaufwand
Der künftige Sachaufwand von Fr. 799'000.00 setzt sich aus dem wiederkehrenden Aufwand "ict4kids2" von Fr. 596'000.00 und dem innerhalb der Verwaltung verbleibenden Sachaufwand "ict4kids" von rund Fr. 203'000.00 zusammen. Die Fr. 203'000.00 stellen den **Basisaufwand** innerhalb der städtischen IT dar, der von bisher Fr. 330'000.00 um rund Fr. 127'000.00 gesenkt werden kann. In der Summe verbleibt mit den Fr. 799'000.00 für den Sachaufwand ein Anstieg gegenüber den bisherigen Fr. 330'000.00 von Fr. 469'000.00 (ohne Personalkosten).

Abschreibungsaufwand
Die Investitionen von Fr. 1'403'000.00 werden über eine Nutzungsdauer von 5 Jahren linear mit 20 % abgeschrieben. Daraus ergibt sich ein **jährlicher Abschreibungsaufwand von Fr. 280'600.00** (über die nächsten 5 Jahre).

Ich komme zum Fazit: Wir entscheiden heute Abend über den Vorschlag, dem Volk einen Rahmenkredit über Fr. 1,4 Millionen, über die Dauer der nächsten fünf Jahre, als Investition vorzulegen. Dabei ist festzuhalten, dass wir damit den Investitionsplan mit den bereits eingestellten Fr. 2,5 Millionen um rund Fr. 1,1 Millionen unterschreiten.

Hingegen wird der laufende Betrieb von zurzeit Fr. 330'000.00 auf Fr. 799'000.00 ansteigen, was einem jährlichen Zuwachs von Fr. 469'000.00 entspricht. Das ist zwar im städtischen Finanzplan nicht so vorgesehen, wird aber dennoch als tragbar betrachtet.

Stadtrat Langenthal: Traktandum 1 – "ict4kids2"

Projekt "ict4kids2"
Fazit

stadtlangenthal

Mit dem beantragten **Rahmenkredit** von Fr. 1'403'000.00 zur Finanzierung der einmaligen Kosten wird der im Investitionsplan 2020-2024 im Jahr 2020 eingestellte Betrag von Fr. 2'500'000.00 um rund Fr. 1'100'000.00 unterschritten. Damit ist die **Investition** als wirtschaftlich tragbar zu beurteilen.

In der Summe steigt der **laufende Betriebsaufwand** von bisher jährlich Fr. 330'000.00 auf Fr. 799'000.00 pro Jahr. Dieser jährliche Zuwachs um Fr. 469'000.00 ist, wenn auch im städtischen Finanzplan 2020 – 2024 noch nicht so vorgesehen, wirtschaftlich tragbar. Vorerhand wird der Zusatzaufwand über den bestehenden Bilanzüberschuss finanziert.



Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und nun stehe ich für Ihre Fragen und die Diskussion zur Verfügung.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich danke Gemeinderat Wüthrich. Das Wort liegt nun beim GPK-Sprecher.

GPK-Mitglied Diego Clavadetscher (FDP): Die GPK setzte sich mit diesem Geschäft auseinander und beschloss einstimmig die formelle Richtigkeit. Sie liess sich eingehend durch Gemeinderat Wüthrich informieren und stellte sodann in materieller Hinsicht fest, dass einige formelle Anpassungen in dieser Botschaft nötig sind. Wir beschlossen, diese nun hier zuhanden des Protokolls zu verlesen. Wenn diese Vorgehensweise soweit goutiert wird, werden wir keine entsprechenden Anträge einreichen. Um die nachfolgenden Ausführungen besser zu verstehen, empfehle ich die gleichzeitige Lektüre der Botschaft.

Auf Seite 14 fehlt beim Satz "... zu den folgenden Mengengerüsten, die neu beschafft respektive..." ein Komma nach "beschafft", sodass es korrekt lautet: "...die neu beschafft, respektive...". Auf Seite 15 in Absatz "2.3.1 Verwaltungsorganisation" muss in der vierten Zeile beim Trennen des Wortes "Cloud-Dienstleistungen" das fehlende "s" ergänzt werden. Auf Seite 19 wiederum beim Absatz "3.3.2 Sachaufwand" fehlt bei "...weil die bestehenden Aufwendungen aus "ict4kids2" in diversen Konten der Erfolgsrechnung der Stadt enthalten..." am Ende das Verb "sind", was einzufügen wäre. Auf Seite 21 muss sodann im Absatz "4.3 Finanzfolgekosten" in der ersten Zeile das Wort "umsetzt" in "umgesetzt" korrigiert werden. Dies wären somit diese vier formellen Anpassungen, die auch nach Auffassung des Stadtratspräsidenten so festgehalten und entsprechend formlos genehmigt werden können.

Im Weiteren vertrat die GPK mehrheitlich die Auffassung, dass diese Botschaft zugunsten einer besseren Verständlichkeit, Leserfreundlichkeit und Präzision an einigen Stellen eine Anpassung erfahren sollte. Diese Anträge wurden den Fraktionen vorgängig zugestellt. Da sie selbsterklärend sind, werden sie heute für die jeweilige Abstimmung nochmals aufgeschaltet, ohne allerdings nochmals begründet zu werden. Ich wiederhole nochmals, dass die GPK die formelle Richtigkeit dieses Geschäftes feststellte, danke.

B Allgemeine Beratung

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke, Diego Clavadetscher. Ich frage jetzt dennoch nochmals kurz an, ob jemand das Veto gegen das vorgeschlagene Vorgehen betreffend die formalen Verbesserungen einlegt? Gut, das ist nicht der Fall. Einstweilen bleiben wir nun aber beim inhaltlichen Thema römisch I gemäss dem Beschlussesentwurf. Ihnen liegt ebenso der Beratungsablauf vor. Wir sind inzwischen bei Block B: "Stellungnahme – Allgemeines zur Vorlage" angelangt. Es ist ja gut möglich, dass es einem Bedürfnis entspricht, sich auch in allgemeiner Weise zur Vorlage zu äussern. Die Detailberatung zur Botschaft erfolgt sodann getrennt unter Buchstabe C, auch wenn uns die Anträge bereits angekündigt wurden.

Welche Fraktion möchte zur Vorlage im Allgemeinen reden?

EVP/glp-Fraktion, Paul Beyeler (EVP): Mir erging es in etwa ähnlich wie Gemeinderat Wüthrich, als ich letzten Dienstag die Schlagzeile im Langenthaler Tagblatt las: "Die Stadt Bern sucht immer noch den Fehler." und anschliessend die Aussage: "Langenthal: Die digitale Ausrüstung wird teuer". Es geht somit um Sicherheit und um Geld.

Ich bin froh, dass wir heute im Stadtrat darüber reden können, gehen wir hier doch vielleicht etwas differenzierter vor, als dies im Rahmen einer Gemeindeabstimmung der Fall wäre, wo es nicht ganz so einfach ist, all die Befürchtungen zu entkräften. Als Fraktion stehen wir hinter dem Antrag für "ict4kids2". Soweit wir dies beurteilen können, wurden auch die richtigen Partner ausgewählt. Vielleicht wäre zwar auch eine billigere Lösung möglich gewesen, sah ich doch keine Konkurrenzofferte. Wenn man aber den Fall Bern betrachtet, wäre dies wahrscheinlich nicht so gut gewesen. Auch wenn wir als Fraktion eine Lösung ohne Beteiligung von Grosskonzernen wie Microsoft sicherlich bevorzugt hätten, so scheinen



Open Source-Angebote nicht in der Lage zu sein, solch komplexe Systeme abzubilden. Als Fraktion werden wir darauf verzichten, auf Details einzugehen, auch wenn man zum Thema Multimedia-Ausstattung oder "Makerspace" das Eine oder Andere zu diskutieren hätte. Die vorgesehenen Applikationen und die gewählte Technologie sind sicherlich modern und die entsprechende Ausrüstung umfangreich. Wir unterstützen auch die Einführung von iPads auf Kindergartenstufe; ein Thema, das heute Abend vielleicht nochmals aufgenommen wird. Wir befürworten dies insbesondere deshalb, um die Chancengleichheit in der Hoffnung zu verbessern, dass nach dem Kindergarten alle Kinder bezüglich Gebrauch des iPads ungefähr denselben Stand aufweisen, auch wenn der Umgang damit vorerst eher spielerisch erfolgt.

Trotzdem gibt es noch Kritik anzumerken, scheinen doch die wiederkehrenden Kosten sehr hoch auszufallen. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass die Abschreibungen von iPads und Notebooks in der vorliegenden Aufstellung bereits inbegriffen sind. Ausserdem ist das Jahr 2013 mit einem Abschreibungsumfang von lediglich knapp Fr. 40'000.00 nicht der ideale Vergleichswert, gerade auch im Wissen, dass in früheren Jahren Beträge von bis Fr. 500'000.00 abgeschrieben wurden. Insgesamt hatten wir zudem ein wenig Mühe mit der Kostenaufstellung. Uns scheint, dass dies im "ict4gov" besser gelöst war. Dort stellte sich die Aufgabe vielleicht auch etwas einfacher dar, aber man fand dort mit Sicherheit eine bessere und übersichtlichere Lösung.

In der Politik gilt, dass man nicht nur Gutes tun, sondern auch darüber reden sollte. Dies ist ein Spruch, den ich ansonsten nicht besonders mag. Wenn nun aber der Gemeinderat eine bewährte Lösung auswählte, um mögliche Risiken auszuschliessen oder zumindest zu minimieren, so sollte diese Feststellung auch in der Botschaft nachzulesen sein. Aber dazu kommen wir dann vielleicht später nochmals. Dankeschön.

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Die FDP/jll-Fraktion unterstützt dieses Geschäft. Es ist ein wichtiges Geschäft, um unseren Schülerinnen und Schülern eine moderne und zeitgemässe Ausbildung zu gewährleisten. Wir haben ja auch eigentlich keine grosse Wahlfreiheit, ist doch ein Grossteil durch den Lehrplan 21 entsprechend vorgegeben. Aus unserer Sicht wählte die Stadt Langenthal eine gute, aber nicht luxuriöse Lösung. Diese rund Fr. 800'000.00 wiederkehrende Kosten, aufgeteilt auf 1'600 Schülerinnen und Schüler, ergeben rund Fr. 500.00 Arbeitsplatzkosten pro Schülerin und Schüler und Jahr. Das scheint verglichen mit betriebswirtschaftlichen Zahlen aus der Privatwirtschaft als angemessen und vernünftig. Damit dieses Geschäft nicht im letzten Moment einen seltsamen Verlauf nimmt, sind wir der Auffassung, dass die Botschaft anzupassen ist, um mögliche Missverständnisse auszuschliessen. Man sollte deshalb klarer informieren, namentlich im finanziellen Bereich. Die Anträge der GPK erscheinen uns dabei als zweckmässig und wir verzichten auf eigene Anträge.

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Die Fraktion SP und Grüne wird diesem Geschäft fast einstimmig folgen. Wir sind überzeugt, dass wir als Stadt Langenthal nicht nur im Steuerwettbewerb mit anderen Gemeinden im Wettstreit stehen, sondern auch bezüglich der Schulen. Aus diesem Grund kann eine solche Lösung nur befürwortet werden. Wir sind der Überzeugung, dass dies der Attraktivität der Stadt Langenthal einen grossen positiven Schub verleiht und wir sind sicher, dass Langenthal mit diesem Schritt weiterhin eine führende Position im Oberaargau einnehmen wird. Ich danke Ihnen.

SVP-Fraktion, Corinna Grossenbacher (SVP): Die SVP-Fraktion Langenthal möchte zuerst einmal für die gute Ausfertigung des Berichtes herzlich danken. Für uns persönlich stellt Bildung ein wichtiges Ziel dar. Infolgedessen wird auch die SVP den Antrag des Gemeinderates einstimmig unterstützen.

Gleichwohl, auch wenn wir heute Abend keine Anträge stellen, möchten wir auch ein bisschen den Mahnfinger heben. Nicht zu verhehlen ist, dass es sich bei der vorliegenden Variante - auch im Hinblick auf die Vorgaben durch den Lehrplan 21 - eher um eine Rolls Royce-Lösung handelt. Ich glaube, dass darf man wirklich so sagen, insbesondere, wenn man sich einmal einige der Geräte anschaut, die unter dem Thema "Makerspace" zur Anschaffung empfohlen werden. Ich denke da an die ganzen Drohnen, die ganzen 3D-Drucker und generell an die Drucker. Da muss man schon aufpassen, dass dies in der Zukunft keine Kostenexplosion bezüglich Papierverbrauch zur Folge haben wird. Wir wollen hoffen, dass



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

die im Bericht minimal angepriesenen Kosteneinsparungen – ich hörte vorhin das Wort "Durchlauferhitze" von Gemeinderat Wüthrich – dann effektiv auch im Budget 2021 ihre Auswirkungen zeitigen. Das war es seitens der SVP-Fraktion, danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einsprecher, die sich in allgemeiner Art und Weise zur Vorlage äussern möchten? Das ist nicht so. Möchte der zuständige Gemeinderat bereits kurz auf das Gesagte replizieren?

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Ich möchte den Dank, der grösstenteils ausgesprochen wurde, an das Team weiterleiten, das an der Ausarbeitung dieses Projektes beteiligt war. Es wurden einige Dinge aufgegriffen, wozu ich gerne etwas sagen möchte. Beim Einen ging es um den Einsatz von Open Source Software. Mir persönlich wäre es auch angenehmer gewesen, hätten wir nicht unbedingt auf die Grosskonzerne setzen müssen. Wir entschieden uns aber schlussendlich für ein System, mit dem wir die Schüler an denjenigen Punkt bringen, was sie wohl auch in Zukunft antreffen werden, wenn sie eine Lehre oder eine sonstige Ausbildung beginnen. Und da sieht es dann leider nun einmal so aus, dass sie zu 95% mit Windowsgeräten und Microsoft Office konfrontiert sein werden. Deshalb wollten wir kein Sonderzüglein fahren. Ausserdem hätte eine Zuwendung zu alternativen Produkten eine Kostensteigerung bei der Eigenleistung im Support zur Folge. Den iPads in den unteren Zyklen stand ich zu Beginn auch kritisch gegenüber. Heute aber bin ich überzeugt, dass dies zur individuellen Förderung von Stärken und Schwächen sowie zum ebenfalls erwähnten Ziel der Chancengleichheit die richtige Vorgehensweise ist. Wie gesagt, geht es dabei nicht einfach nur um iPads, sondern wir beabsichtigen auch den Lehrpersonen dieselben Möglichkeiten zur Nutzung moderner Medien anzubieten. Dass wir den Ausrüster in der Botschaft nicht explizit bewarben, erfolgte ein Stück weit auch bewusst, damit uns am Ende nicht auch noch Schleichwerbung unterstellt werden kann. Gleichwohl können wir hier über eine Ergänzung diskutieren, merci.

C Detailberatung

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Somit gehen wir über zu Block C der Detailberatung. Zur Sache selbst, den fünf Punkten nach römisch I Beschlussesentwurf, liegen mir keine Anträge vor. Ich frage deshalb nochmals an, ob es Anträge zum Geschäft "ict4kids2" gibt? Offenbar gibt es keine Anträge dazu. Ich nehme an, dass sich eine Schlussbemerkung seitens des Gemeinderates erübrigte.

Somit kommen wir direkt zur Abstimmung. Dazu vergleichen Sie Seite 2 des B&A des Gemeinderates gemäss Ihren Akten betreffend Beschlussesentwurfs römisch I mit den fünf Punkten im grauen Kästchen. Wer diesem Beschlussesentwurf zustimmen möchte, soll dies per Handzeichen bezeugen. Wer möchte diesem Beschlussesentwurf nicht zustimmen? Gibt es Enthaltungen?



III Abstimmung:

D Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.)

- I. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 23. Oktober 2019, beantragt der Einwohnergemeinde mit 34 Stimmen Ja gegen 1 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen Zustimmung zu folgendem Gemeindebeschluss:

Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 6 Abs. 5 und 35 Ziff. 3 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 25. November 2019

beschliesst:

1. Das Projekt "ict4kids2" gemäss den Ausführungen in dieser Botschaft wird genehmigt.
2. Für die Finanzierung des Projektes "ict4kids2" wird:
 - a. ein Rahmenkredit von Fr. 1'403'000.00 (inklusive MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 6600.5060.56 (Rahmenkredit "ict4kids2"), bewilligt.
 - b. ab dem Jahr 2021 ein Verpflichtungskredit für eine wiederkehrende Ausgabe von Fr. 596'000.00 (inklusive MWST) pro Jahr zu Lasten der Erfolgsrechnung, Konto 6600.3133.10 (Betriebskosten "ict4kids2"), bewilligt.
3. Für die pro rata anfallenden Betriebskosten im Jahr 2020 wird ein Nachkredit in der Höhe von Fr. 249'000.00 (inklusive MWST) zu Lasten der Erfolgsrechnung 2020, Konto 6600.3133.10 (Betriebskosten "ict4kids2"), bewilligt.
4. Der Gemeinderat wird ermächtigt, alle für die Umsetzung des Projektes "ict4kids2" notwendigen Objektkredite zu bewilligen, unabhängig von ihrer Höhe im Einzelfall.
5. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

E Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung vom 9. Februar 2020 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir kommen nun zu Block E mit der Detailberatung der Abstimmungsbotschaft. Vielleicht vorab die Frage an Gemeinderat Wüthrich, ob es Bemerkungen allgemeiner Natur zur Botschaft gibt? Gut, somit frage ich Stadtrat Clavadetscher als GPK-Sprecher, ob er seine Anträge, die uns vorab per Mail zugestellt wurden, nochmals zu begründen wünscht? Oder gibt es Ergänzungen dazu?

GPK-Mitglied Diego Clavadetscher (FDP): Aus Sicht der GPK ist eine weitere Begründung nicht mehr nötig. Falls aber das Bedürfnis nach Fragen besteht, beantworten wir diese gerne. Aber wir hoffen, mit dem Verzicht weiterer Erläuterungen zu einem speditiven Beratungsablauf beizutragen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gibt es seitens der Fraktionen allgemeine Bemerkungen oder Bemerkungen zu den GPK-Anträgen? Die weiteren Anträge, die uns erreichten, werden in der Folge dann einzeln beraten. Gibt es Einzelsprecher oder Fragen zu den GPK-Anträgen?

Somit gehen wir nun seitenweise die Botschaft durch, der entsprechende Entwurf liegt Ihnen vor.

Titelseite – Seite 2

Ohne Anträge.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Seite 3

EVP/glp-Fraktion, Paul Beyeler (EVP): Gemeinderat Wüthrich bemerkte zwar, dass er dies nicht so gerne möchte, aber ich stelle nun dennoch im Namen unserer Fraktion den Antrag, den Namen von Letec IT Solutions AG in die Botschaft aufzunehmen, wird das Unternehmen an anderer Stelle ja auch bereits erwähnt. Wir beantragen deshalb im Anschluss an den letzten Satz auf Seite 3 folgende Ergänzung: "Diese Partnerfirma Letec IT Solutions AG bietet für Schulen eine Cloud-Lösung mit Office 365 an, welche bereits in vielen Schulen auch grösserer Städte erfolgreich eingeführt worden ist und die nun in Langenthal das IT-Herzstück von "ict4kids2" bilden wird." Dies ganz einfach deshalb, damit möglichst viele Leute im Vorfeld der Gemeindeabstimmung dies lesen können und realisieren, dass das Problem der Stadt Bern bei uns nicht existiert oder zumindest nur in einem ganz kleinen Bereich, wenn es um Schnittstellenfragen geht. Uns scheint diese Ergänzung wichtig, auch wenn wir hoffen, dass dann die Stadt Bern nicht mehr mit derart negativen Schlagzeilen in den Medien steht. Ich möchte Sie deshalb bitten, unseren Antrag zu unterstützen. Dies ist nicht zuletzt auch deshalb wesentlich, kann man sich damit doch in der Diskussion mit Bekannten auf diesen Passus in der Botschaft beziehen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke, Stadtrat Beyeler. Möchten sich Fraktionen dazu äussern? Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher? Möchte der Gemeinderat zu diesem Antrag etwas bemerken? So schreiten wir direkt zur Abstimmung. Der Ergänzungsantrag EVP/glp finden Sie in der rechten Spalte in roter Schrift, so wie von Stadtrat Beyeler vorgestellt. Wer diesem Zusatz zustimmen kann, zeige dies mit der Hand. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über Seite 3, Antrag EVP/glp:

Traktandum 1

34	Stimmen Ja	angenommen
1	Stimme Nein	
0	Stimme Enthaltung	

Botschaftsentwurf

Seite 3 unten

Projekt "ict4kids"

Im Rahmen des Projekts "IT-Plattform-Outsourcing" für die Stadtverwaltung wurde ein öffentliches Beschaffungsverfahren durchgeführt. Der Zuschlag erging an die Firma OBT AG aus Zürich, die neu auch den technischen Betrieb von "ict4kids2", zusammen mit einer Partnerfirma, übernehmen wird.

Antrag Fraktion EVP/glp

Seite 3 unten

Projekt "ict4kids"

Im Rahmen des Projekts "IT-Plattform-Outsourcing" für die Stadtverwaltung wurde ein öffentliches Beschaffungsverfahren durchgeführt. Der Zuschlag erging an die Firma OBT AG aus Zürich, die neu auch den technischen Betrieb von "ict4kids2", zusammen mit einer Partnerfirma, übernehmen wird. **Diese Partnerfirma – Letec IT-Solutions AG – bietet für Schulen eine Cloud-Lösung mit Office 365 an, welche bereits in vielen Schulen auch grösserer Städte erfolgreich eingeführt worden ist und die nun in Langenthal das IT-Herzstück von ict4kids2 bilden wird.**

Gibt es weitere Anträge zu Seite 3? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Seite 4

EVP/glp-Fraktion, Paul Beyeler (EVP): Als ich jüngst mit jemandem diese Vorlage diskutierte, kam sofort die Frage auf, was denn mit diesen Geräten passiert, wenn jemand die Schule verlässt? Kann die Person das Gerät einfach mitnehmen? Es gibt nirgends einen Hinweis darauf, wie in einer solchen Situation verfahren wird. Die Schüler erhalten die Geräte definitiv für das 7. bis zum 9. Schuljahr, was jedoch danach passiert, bleibt offen. Deshalb stellen wir den Antrag, dass man auf Seite 4 am Schluss des fünften Absatzes folgenden Satz ergänzt: "Beim Schulaustritt müssen diese an die Schule zurückgegeben werden, welche die noch funktionstüchtigen Geräte in einen Reservepool überführt und einlagert." Es wäre nicht realistisch, diese Geräte aufgrund einer Umrüstung oder dergleichen abzugeben. Das Vorgehen und der Beschluss sind an und für sich zwar richtig, aber ich finde, dass dies auch festgeschrieben werden muss, sodass nicht falsche Gerüchte aufkommen. Die ersten Geräte, die dann zurückgegeben werden müssen, sind ja erst ein Jahr alt.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke. Ich eröffne nun auch hier die Debatte und frage an, ob sich eine Fraktion dazu äussern möchte? Einzelsprecher? Das ist auch nicht der Fall. Möchte der Gemeinderat etwas zu diesem Antrag der EVP sagen?

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Besten Dank für diesen Antrag. Für mich stellt er eine Art Präzisierung dar. Die Geräte werden von Letec gemietet und was am Ende mit ihnen passiert, steht noch nicht ganz fest. Die ersten Geräte werden sicherlich Eingang finden in dieses Lifecycle-Management. Irgend einmal werden aber auch diese Geräte ihr Lebensende erreicht haben und was dann mit ihnen geschieht, entschieden wir bislang noch nicht. Für mich geht es primär um die Unterscheidung, was passiert, wenn die Geräte unter fünf Jahre alt sind und was geschieht, wenn sie älter als fünf Jahre sind. Ich hätte diese Frage vorerst offengelassen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Somit stimmen wir darüber ab. Nein, Stadtrat Kummer hat eine Frage.

Robert Kummer (FDP): Nein, ich habe keine Frage, sondern einen Antrag zur Güte, weil ich die Präzisierung von Paul Beyeler eigentlich gut finde. Ich schlage deshalb vor, die Formulierung zu kürzen: "Beim Schulaustritt müssen diese an die Schule zurückgegeben werden.". Somit wäre dem Antrag von Paul Beyeler genüge getan und Gemeinderat Wüthrich stünde die Wahl immer noch offen, was danach mit den Geräten passiert.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Stadtrat Kummer schlägt eine Nuance vor. Wäre Stadtrat Beyeler damit einverstanden?

EVP/glp-Fraktion, Paul Beyeler (EVP): Ja, damit sind wir einverstanden. Ich übernahm einfach denjenigen Satz, der bereits in der gemeinderätlichen Vorlage enthalten war. Wir sind einverstanden, dies so zu kürzen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Somit lautet der neue, rot markierte Antrag auf der rechten Seite: "**Beim Schulaustritt müssen diese an die Schule zurückgegeben werden.**". Die Präzisierung ist wohl allen klar und wir können darüber abstimmen. Wer der so bereinigten Präzisierung Beyeler/Kummer zustimmen kann, bezeugt dies durch Handhochhalten. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über Seite 4, Antrag EVP/glp,
(in Abänderung gemäss Robert Kummer,
FDP):

34	Stimmen Ja angenommen
1	Stimme Nein
0	Stimme Enthaltung

Traktandum 1

Botschaftsentwurf

Seite 4

Technologie

- In den Zyklen 2 und 3 arbeiten die Schülerinnen und Schüler mit Notebooks (3. und 4. Klasse im Verhältnis 1:2, ab der 5. Klasse im Verhältnis 1:1). Ab der 7. Klasse können die Schülerinnen und Schüler die Notebooks mit nach Hau-se nehmen und vollumfänglich als schulische Arbeitsgeräte einsetzen.

Antrag Fraktion EVP/glp

Seite 4

Technologie

- In den Zyklen 2 und 3 arbeiten die Schülerinnen und Schüler mit Notebooks (3. und 4. Klasse im Verhältnis 1:2, ab der 5. Klasse im Verhältnis 1:1). Ab der 7. Klasse können die Schülerinnen und Schüler die Notebooks mit nach Hau-se nehmen und vollumfänglich als schulische Arbeitsgeräte einsetzen. **Beim Schulaustritt müssen diese an die Schule zurückgegeben werden, welche die noch funktionstüchtigen Geräte in einen Reservepool überführt und einlagert.**

Nachträglich verweise ich darauf, dass wir in der Zwischenzeit 35 anwesende Stadträtinnen und Stadträte sind, was Sie sicherlich bemerkten.



Es liegen nun ja noch zwei GPK-Anträge zur Seite 4 vor. Der GPK-Antrag, der Ihnen bereits bekannt ist, fordert die Klammerergänzung der Umschreibung von Zyklus 1 unter Punkt 4 mit: "**(Begriff gemäss Lehrplan 21)**". Ich fragte bereits nach, ob es dazu Bemerkungen gibt und es gab allseits keine Bemerkungen. Ist es gut, wenn wir sogleich darüber abstimmen? Wer dieser Änderung in roter Farbe zustimmen möchte, erhebe nun seine Hand. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über Seite 4, Antrag GPK "Zyklus 1":

35	Stimmen Ja einstimmig angenommen
0	Stimme Nein
0	Stimme Enthaltung

Traktandum 1

Botschaftsentwurf

Seite 4

Technologie

- Im Zyklus 1 arbeiten die Schülerinnen und Schüler mit iPads (Kindergarten im Verhältnis 1:4; 1. und 2. Klasse im Verhältnis 1:2). Die iPads werden im Zyklus 1 als unterrichtsergänzendes Mittel zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler genutzt.

Antrag GPK

Seite 4

Technologie

- Im Zyklus 1 (**Begriff gemäss Lehrplan 21**) arbeiten die Schülerinnen und Schüler mit iPads (Kindergarten im Verhältnis 1:4; 1. und 2. Klasse im Verhältnis 1:2). Die iPads werden im Zyklus 1 als unterrichtsergänzendes Mittel zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler genutzt.

Dann gibt es noch einen zweiten Antrag zu Seite 4. Da geht es um die Ergänzung rechts, dass der Begriff "7. Klasse" mit der Umschreibung in Klammern: "**(Zyklus 3)**" genauer beschrieben wird. Gibt es zu dieser Ergänzung Bemerkungen? Wer diese Ergänzung so unterstützen kann, zeigt dies nun an. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über Seite 4, Antrag GPK "7. Klasse":

35	Stimmen Ja einstimmig angenommen
0	Stimme Nein
0	Stimme Enthaltung

Traktandum 1

Botschaftsentwurf

Seite 4

Technologie

- In den Zyklen 2 und 3 arbeiten die Schülerinnen und Schüler mit Notebooks (3. und 4. Klasse im Verhältnis 1:2, ab der 5. Klasse im Verhältnis 1:1). Ab der 7. Klasse können die Schülerinnen und Schüler die Notebooks mit nach Hause nehmen und vollumfänglich als schulische Arbeitsgeräte einsetzen.

Antrag GPK

Seite 4

Technologie

- In den Zyklen 2 und 3 arbeiten die Schülerinnen und Schüler mit Notebooks (3. und 4. Klasse im Verhältnis 1:2, ab der 5. Klasse im Verhältnis 1:1). Ab der 7. Klasse (**Zyklus 3**) können die Schülerinnen und Schüler die Notebooks mit nach Hause nehmen und vollumfänglich als schulische Arbeitsgeräte einsetzen.

Gibt es weitere Bemerkungen oder Anträge zu Seite 4?

Seite 5 bis 9

Ohne Anträge.

Seite 10

EVP/glp-Fraktion, Paul Beyeler (EVP): Hier geht es an sich um dasselbe, was wir bereits auf Seite 3 einfügten. Wir beantragen unter "1.1 Ermittlung der Anbieter und Kosten" am Ende des Abschnitts den Satz anzufügen: "Diese bietet für Schulen eine Cloud-Lösung mit Office 365 an, welche bereits in vielen Schulen auch grösserer Städte erfolgreich eingeführt worden ist. Diese Lösung, welche sich bereits vielerorts bewährt hat, wird in Langenthal das IT-Herzstück von ict4kids2 bilden. Damit lassen sich die Risiken einer Neuentwicklung weitgehend vermeiden". Das, was bereits in Kurzfassung erwähnt ist, sollte man unserer Meinung nach auch hier anfügen.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Möchte sich zu diesem Antrag eine Fraktion melden? Einzelsprecher? Möchte der Gemeinderat sich dazu äussern? Somit stimmen wir auch hier direkt ab. Wer diesen Antrag mit der Ergänzung der EVP/glp von **"Diese bietet für Schulen eine Cloud-Lösung mit Office 365 an, welche bereits in vielen Schulen auch grösserer Städte erfolgreich eingeführt worden ist. Diese Lösung, welche sich bereits vielerorts bewährt hat, wird in Langenthal das IT-Herzstück von ict4kids2 bilden. Damit lassen sich die Risiken einer Neuentwicklung weitgehend vermeiden."** unterstützen möchte, bezeugt dies nun mit seiner Hand.

Abstimmung über Seite 10, Antrag EVP/glp:

Traktandum 1

34 Stimmen Ja angenommen

1 Stimme Nein

1 Stimme Enthaltung

Botschaftsentwurf

Seite 10

1.1 Ermittlung der Anbieter und Kosten

[...] Die OBT AG überträgt den technischen Betrieb der Informatik im Schulbereich der Subunternehmerin Letec IT-Solutions AG aus Schaffhausen.

Antrag Fraktion EVP/glp

Seite 10

1.1 Ermittlung der Anbieter und Kosten

[...] Die OBT AG überträgt den technischen Betrieb der Informatik im Schulbereich der Subunternehmerin Letec IT-Solutions AG aus Schaffhausen. **Diese bietet für Schulen eine Cloud-Lösung mit Office 365 an, welche bereits in vielen Schulen auch grösserer Städte erfolgreich eingeführt worden ist. Diese Lösung, welche sich bereits vielerorts bewährt hat, wird in Langenthal das IT-Herzstück von ict4kids2 bilden. Damit lassen sich die Risiken einer Neuentwicklung weitgehend vermeiden.**

Wir sind in der Zwischenzeit 36 anwesende Stadträtinnen und Stadträte. Wir fahren fort.

Seite 11 bis 12

Ohne Anträge.

Seite 13

EVP/glp-Fraktion, Paul Beyeler (EVP): Hier geht es um das Pendant, was wir auf Seite 4 beschlossen. Dort sollte am Schluss des zweitletzten Abschnitts der nachfolgende Satz angehängt werden: **"Beim Schulaustritt müssen diese an die Schule zurückgegeben werden."** Auch hier sind wir dafür, vom ehemaligen Antrag abzuweichen und die Fortsetzung: "welche die noch funktionstüchtigen Geräte in einen Reservepool überführt und einlagert" zu streichen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gibt es dazu Wortmeldungen durch Fraktionen? Einzelsprecher? Der Gemeinderat? Gut, wir stimmen ab. Wer dem in rot markierten Ergänzungsantrag wie beschrieben folgen will, soll dies mit dem Hochhalten seiner Hand bezeugen? Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen?



Abstimmung über Seite 13, Antrag EVP/glp:

35	Stimmen Ja	angenommen
1	Stimme Nein	
0	Stimme Enthaltung	

Traktandum 1

Botschaftsentwurf

Seite 13 (5. Absatz)

Clients

[...]

Ab der 7. Klasse erhalten die Schülerinnen und Schüler Administrationsrechte auf den Notebooks, die sie seit der 5. Klasse benutzen. Ab diesem Zeitpunkt können sie die Notebooks mit nach Hause nehmen und vollumfänglich als schulische Arbeitsgeräte einsetzen.

Antrag Fraktion EVP/glp

Seite 13 (5. Absatz)

Clients

[...]

Ab der 7. Klasse erhalten die Schülerinnen und Schüler Administrationsrechte auf den Notebooks, die sie seit der 5. Klasse benutzen. Ab diesem Zeitpunkt können sie die Notebooks mit nach Hause nehmen und vollumfänglich als schulische Arbeitsgeräte einsetzen. **Beim Schulaustritt müssen diese an die Schule zurückgegeben werden, welche die noch funktionstüchtigen Geräte in einen Reservepool überführt und einlagert.**

Seite 14

Hier liegt nochmals ein GPK-Antrag vor, welchen die Stadtratssekretärin freundlicherweise gleich aufschaltete. Es geht hier ebenso um eine Ergänzung eines neuen Satzes: "**Ausgangswert sind die rund 1'600 Schülerinnen und Schüler, welche aktuell die Volksschule Langenthal besuchen:**". Gibt es dazu noch Bemerkungen, obwohl die Debatte bereits geführt wurde? Wenn hier niemand etwas beizufügen hat, stimmen wir darüber ab. Wer diesem Zusatz so zustimmen kann, zeigt dies nun an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über Seite 14, Antrag GPK:

35	Stimmen Ja	einstimmig angenommen
0	Stimme Nein	
0	Stimme Enthaltung	

Traktandum 1

Botschaftsentwurf

Seite 14

Eine detaillierte Erhebung über alle Schulzentren führt zu den folgenden Mengengerüsten, die neu beschafft respektive, betreffend die Notebooks und iPads im Sinne eines Lifecycle-Managements gemietet, werden sollen:

Antrag GPK

Seite 14

Eine detaillierte Erhebung über alle Schulzentren führt zu den folgenden Mengengerüsten, die neu beschafft respektive, betreffend die Notebooks und iPads im Sinne eines Lifecycle-Managements gemietet, werden sollen. **Ausgangswert sind die rund 1'600 Schülerinnen und Schüler, welche aktuell die Volksschule Langenthal besuchen:**

Wir sind zurzeit wieder 35 Anwesende und in Kürze wohl wieder 36, was eine aufmerksame Beobachtung erfordert.

Saima Sägesser (SP): Zum Glück fiel mir das gerade noch rechtzeitig auf. Auf Seite 14 bei der Auflistung der Notebooks und iPads ist allein von Lehrer- und Schülergeräte die Rede, gibt es doch auch Lehrerinnen und auch Schülerinnen. Ich möchte Sie deshalb bitten, die Botschaft diesbezüglich nochmals einer Überarbeitung zu unterziehen. Ansonsten stelle ich fest, dass eine gendergerechte Formulierung im Text grundsätzlich recht gut eingehalten wird. Entsprechend sollte das hier ebenso angepasst werden, so dass ich den Antrag stelle, dass dies hier sicher schon einmal korrigiert wird.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Möglicherweise bin ich legasthenisch veranlagt, aber welche Passage auf Seite 14 ist genau gemeint? Wäre es somit die Meinung, dass es "Lehrerinnengeräte" heissen sollte? Ich schlage vor, dass wir diesen Antrag so entgegennehmen und das Büro mit einer redaktionellen Anpassung der Botschaft ermächtigt wird, was wir gestützt auf Art. 12 der stadträtlichen Geschäftsordnung auch schon so machten, falls man der Meinung ist, dass in Bezug auf gleichgeschlechtliche Formulierungen noch Anpassungsbedarf besteht. Ist das in Ordnung, wenn wir den Antrag in dieser Form entgegennehmen?



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Gut, somit könnten wir die Beratung dazu eröffnen. Wie bereits erwähnt, liegen uns ansonsten die Anträge so vor, dass man diese direkt 1:1 in die Botschaft übernehmen kann. Es geht hier also um eine redaktionelle Anpassung, spezifisch gemäss dem Gesichtspunkt, wie es Stadträtin Sägesser beantragte. Gibt es dazu Wortmeldungen? Fraktionen? Einzelsprecher? Möchte sich der Gemeinderat dazu äussern?

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Wir würden uns ganz bestimmt nicht dagegen zu Wehr setzen, wenn das Büro dies noch gendergerecht umsetzen würde. Ich hoffe, ich überschritt mit dieser Aussage nicht meine Kompetenz.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Also, so kommen wir zur Abstimmung. Wer das Büro mit einer nochmaligen Prüfung auf Genderkonformität ermächtigen möchte, soll dies nun mit Handzeichen bezeugen? Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über Seite 14, Antrag Sägesser (SP):

31	Stimmen Ja	angenommen
5	Stimmen Nein	
0	Stimme Enthaltung	

Seite 15 bis 18

Ohne Anträge.

Seite 19

Hier liegen nächste GPK-Anträge vor.

GPK-Mitglied Diego Clavadetscher (FDP): Entschuldigung, aber Gemeinderat Wüthrich macht mich verdankenswerterweise darauf aufmerksam, dass für Seite 15 ebenso ein GPK-Antrag vorlag.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir müssen das kurz besprechen, ob es sich dabei effektiv um einen GPK-Antrag handelte, weshalb ich kurz um Geduld bitte.

(kurzer Unterbruch)

GPK-Mitglied Diego Clavadetscher (FDP): Ich entschuldige mich, denn es ist natürlich richtig, wie es von der Sekretärin in Umlauf gesetzt wurde, hatte doch die GPK diesen Antrag behandelt, ihn dann aber aufgrund des knappen Ergebnisses nicht eingereicht.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Es gibt somit keinen Antrag der GPK zu Seite 15. Möchte sonst irgendjemand einen Antrag zu Seite 15 stellen, behandeln wir doch alles? Dann kommen wir definitiv zu Seite 19.

Da sind die GPK-Anträge rot markiert. Unter Punkt "3.3.2 Sachaufwand" soll am Ende der Satz: "**Dies führt zu einer jährlichen Mehrbelastung von Fr. 469'000.00**" eingefügt werden. Gibt es weitere Bemerkungen dazu? Wir stimmen somit ab. Wer sich diesem GPK-Anliegen anschliesst, bezeugt dies bitte per Hand. Gegenstimmen? Enthaltungen?



Abstimmung über Seite 14, Antrag GPK (3.3.2):

Traktandum 1

36	Stimmen Ja	einstimmig angenommen
0	Stimme Nein	
0	Stimme Enthaltung	

Botschaftsentwurf

Seite 19
3.3.2 Sachaufwand

(...)

Die neue "ict4kids2"-Infrastruktur wird einen jährlichen Sachaufwand von gegen Fr. 799'000.00 auslösen.

Antrag GPK

Seite 19
3.3.2 Sachaufwand

(...)

Die neue "ict4kids2"-Infrastruktur wird einen jährlichen Sachaufwand von gegen Fr. 799'000.00 auslösen.
Dies führt zu einer jährlichen Mehrbelastung von Fr. 469'000.00.

Wir haben einen zweiten Antrag der GPK zu Seite 19 unter Punkt "3.3.3. Abschreibungsaufwand". Auch hier soll am Ende des Abschnitts ein Satz hinzugefügt werden: "**Da diese Kosten ohnehin anfallen, spielt dieser Betrag für die vorliegende Vorlage keine Rolle**". Möchte dazu jemand etwas bemerken? Nein, so stimmen wir ab. Wer dieser Ergänzung der GPK zustimmt, bezeugt dies per Hand. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über Seite 14, Antrag GPK (3.3.3):

Traktandum 1

36	Stimmen Ja	einstimmig angenommen
0	Stimme Nein	
0	Stimme Enthaltung	

Botschaftsentwurf

Seite 19
3.3.3 Abschreibungsaufwand

(...)

Damit wird der gesamte "ict4kids"-Kredit aus dem Jahr 2011 von Fr. 2'973'962.00 bis 2032 abgeschrieben sein.

Antrag GPK

Seite 19
3.3.3 Abschreibungsaufwand

(...)

Damit wird der gesamte "ict4kids"-Kredit aus dem Jahr 2011 von Fr. 2'973'962.00 bis 2032 abgeschrieben sein. **Da diese Kosten ohnehin anfallen, spielt dieser Betrag für die vorliegende Vorlage keine Rolle.**

Weitere Anträge zu Seite 19?

Seite 20

Auch hier liegt ein Antrag der GPK vor, der die Streichung eines Satzes unter "3.3.3 Abschreibungsaufwand" beinhaltet. Dies betrifft den Satz von "Hinzu...vornehmen sein werden". Möchte sich noch jemand seitens Stadt- oder Gemeinderats dazu äussern? Gut, dann stimmen wir ab und ich bitte um Handzeichen, wer diesem Antrag folgen möchte. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über Seite 20, Antrag GPK (3.3.3):

Traktandum 1

36	Stimmen Ja	einstimmig angenommen
0	Stimme Nein	
0	Stimme Enthaltung	

Botschaftsentwurf

Seite 20 (oben)
3.3.3 Abschreibungsaufwand

(...)

Daraus ergibt sich ein jährlicher Abschreibungsaufwand von Fr. 280'600.00. Hinzu kommen die Abschreibungen auf den baulichen Massnahmen aus dem Projekt "ict4kids" im Umfang von Fr. 26'118.00, die in den kommenden Jahren bis 2032 vorzunehmen sein werden.

Antrag GPK

Seite 20 (oben)
3.3.3 Abschreibungsaufwand

(...)

Daraus ergibt sich ein jährlicher Abschreibungsaufwand von Fr. 280'600.00. **Hinzu kommen die Abschreibungen auf den baulichen Massnahmen aus dem Projekt "ict4kids" im Umfang von Fr. 26'118.00, die in den kommenden Jahren bis 2032 vorzunehmen sein werden.**

Wenn zu Seite 20 alles geklärt ist, fahren wir fort.



Seite 21

Auch hier haben wir nochmals einen GPK-Antrag zu Punkt "4.2 Wirtschaftliche Tragbarkeit". Hier soll, wie in rot ersichtlich, neu "**aufgrund der Miete**" eingefügt werden, das darauffolgende "mit dem" gestrichen werden und das nächste Wort "Lifecycle-Management in Klammern gesetzt werden. Schlussendlich soll der Satz: "**Mit dem neuen Konzept wird somit langfristig weniger Abschreibungsaufwand anfallen**" am Ende neu aufgeführt werden. Gibt es Bemerkungen dazu? Möchte der Gemeinderat etwas beifügen? Wer diesem GPK-Antrag folgt, soll dies mit der Hand bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über Seite 21, Antrag GPK (4.2):

35	Stimmen Ja	einstimmig angenommen
0	Stimme Nein	
1	Stimme Enthaltung	

Traktandum 1

Botschaftsentwurf

Seite 21 (oberster Punkt)

4.2 Wirtschaftliche Tragbarkeit

- Periodische, erhebliche Reinvestitionen in die Informatikmittel (Notebooks und iPads) sind mit dem Lifecycle-Management im Rahmen des Outsourcings zukünftig nicht mehr nötig.

Antrag GPK

Seite 21 (oberster Punkt)

4.2 Wirtschaftliche Tragbarkeit

- Periodische, erhebliche Reinvestitionen in die Informatikmittel (Notebooks und iPads) sind **aufgrund der Miete** (~~mit dem~~ Lifecycle-Management) im Rahmen des Outsourcings zukünftig nicht mehr nötig. **Mit dem neuen Konzept wird somit langfristig weniger Abschreibungsaufwand anfallen.**

Per Ende Seite 21 haben wir einen letzten GPK-Antrag auf Einfügen einer neuen Ziffer 4.4, welche eine tabellarische Darstellung beinhalten sollte. Der Antrag lautet wie folgt: "In der Botschaft soll unter einem neuen Punkt 4.4 eine Zusammenstellung über die finanziellen Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung der Stadt Langenthal in tabellarischer Zahlenübersicht abgedruckt werden". Hier sehen Sie auch gleich diese Tabelle. Möchte sich hierzu eine Fraktion melden? Einzelsprecher? Möchte der Gemeinderat noch etwas dazu sagen? Wer dieser Tabelle so als Ergänzung zustimmen kann, soll dies nun per Hand zeigen. Gibt es ein Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über Seite 21, Antrag GPK (neu 4.4):

36	Stimmen Ja	einstimmig angenommen
0	Stimme Nein	
0	Stimme Enthaltung	

4.4 Zusammenfassung der finanziellen Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung der Stadt Langenthal

Traktandum 1

Sachaufwand ¹ "Ict4kids" (bisher):	330'000.00
Reduktion Sachaufwand "Ict4kids":	-127'000.00
Sachaufwand "Ict4kids" (neu):	203'000.00
Sachaufwand "Ict4kids2" (neu):	596'000.00
Total Sachaufwand (neu):	799'000.00
Veränderung Sachaufwand von "Ict4kids" zu "Ict4kids2" (ohne Personalaufwand und Abschreibungen):	469'000.00
Abschreibungsaufwand "Ict4kids2":	280'600.00
Kalkulatorischer Zins:	17'537.00
Finanzfolgekosten "Ict4kids2" (für 5 Jahre):	298'137.00²

¹ Wiederkehrende Kosten

² Zeitraum: über die nächsten 5 Jahre bzw. bis Ende Abschreibungsdauer

Liegen nun noch weitere Anträge zu Seite 21 vor?



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Seite 22 bis Seite 23 (Schlussseite)

Ohne Anträge.

Da wir hier eine relativ grosse Anzahl an Botschaftsanträgen vorliegen hatten, frage ich sicherheitshalber nochmals, ob nun irgendjemand noch einen Antrag stellte, der nicht behandelt wurde? Da dies nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung über die Botschaft gemäss Seite 2 von Bericht und Antrag hinsichtlich Genehmigung der Abstimmungsbotschaft vom 15. Oktober 2019 betreffend "ict4kids2" für die Gemeindeabstimmung vom 9. Februar 2020. Dies gilt selbstverständlich neu unter Berücksichtigung der im Rahmen der Detailberatung beschlossenen Änderungen. Ebenso gilt, dass aufgrund des Antrags Sägesser das Büro des Stadtrates im Rahmen der heutigen Beschlussfassung zur endgültigen redaktionellen Abfassung und Genehmigung der Botschaft an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger ermächtigt wird. Unter römisch III gemäss B&A soll der Gemeinderat mit dem technischen Vollzug beauftragt werden. Das umfasst den Gegenstand, worüber wir nun abstimmen. Verstanden dies alle? Wunderbar, so stimmen wir ab. Wer den Beschlussesentwurf römisch II und III mit den von mir soeben dargelegten Änderungen zustimmt, soll bitte die Hand hochhalten. Gibt es ein Gegenmehr? Enthaltungen?

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja einstimmig:**

II. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 15. Oktober 2019 betreffend "ict4kids2" für die Gemeindeabstimmung vom 9. Februar 2020 wird – unter Berücksichtigung der im Rahmen der Detailberatung beschlossenen Änderungen – genehmigt.

III. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

(Applaus durch das zahlreiche Publikum)

Wie Sie dem Klatschen entnehmen konnten, ist somit Traktandum Nr. 1 abgeschlossen. Wir bedanken uns bei den Vertretern der Schule und bei den Schülerinnen und Schülern ganz herzlich für Ihr Interesse und wünschen Ihnen allen noch einen schönen Abend.

Wir kommen nun zu Traktandum Nr. 2 und wenn ich alles richtig sehe, sind auch Interessenten aus Obersteckholz anwesend, was uns natürlich besonders freut.

Noch Folgendes: Ich erfuhr vorher, dass sich unsere neue Stadtbaumeisterin im Saal befindet. Frau Gresch ist seit Kurzem im Amt als Stadtbaumeisterin und übernahm die Führung von Herrn Slongo. Wir begrüssen Sie herzlich in der Stadt Langenthal. Vielleicht möchten Sie sich kurz vorstellen, damit wir Sie auch alle sehen. Das Mikrofon steht offen für Sie.

Sabine Gresch, Stadtbaumeisterin Langenthal: Guten Abend zusammen. Mein Name ist Sabine Gresch und ich bin seit einer Woche Stadtbaumeisterin von Langenthal. Ich freue mich sehr auf diese Aufgabe. Ich wurde bereits von x Seiten darauf hingewiesen, dass mich eine anspruchsvolle Arbeit erwartet. Ich komme aus der Stadtverwaltung Bern und war dort im Stadtplanungsamt acht Jahre als stellvertretende Stadtplanerin tätig. Dabei war ich auch für den Bereich Freiraum zuständig. Ich liess bereits viel über mich ergehen, hielt Vieles aus und nun bin ich gespannt, was hier auf mich zukommt, worauf ich mich freue. Ich denke, ich werde wohl fast die Meisten von Ihnen bei dem einen oder anderen Geschäft kennenlernen und ich harre der Dinge, die da kommen. Gibt es Fragen an mich?

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank und so wünschen wir Ihnen alles Gute und viel Erfolg. Als jemand, der in Bern arbeitet und in Langenthal wohnt, kann ich sagen, dass es hier in allen Bereichen gesitteter und angenehmer zu- und hergeht als in Bern. Herzlich willkommen.

(Applaus)



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



2. Fusion von Langenthal mit Obersteckholz; Zustimmung zum Fusionsvertrag und Genehmigung des Fusionsreglementes; Genehmigung der Abstimmungsbotschaft; Verabschiedung zu Händen der Volksabstimmung vom 9. Februar 2020

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Es geht nun um die Fusion von Langenthal mit Obersteckholz und vorneweg frage ich, ob das Eintreten bestritten wird. Das ist nicht so. Heute ist Rechtsanwalt Martin Buchli anwesend; er begleitete das Fusionsprojekt von rechtlicher Seite her. Gemäss Art. 4 Abs. 2 der Geschäftsordnung ist der Stadtrat berechtigt, Fachleute zu den Beratungen beizuziehen. Das scheint hier wahrscheinlich angezeigt, gerade im Fall, wenn Fragen auftauchen oder der Bedarf nach Erläuterungen besteht. Damit er dann auch allfällige Fragen beantworten kann, muss dies aber beschlossen werden. Deshalb möchte ich Sie anfragen, ob Sie einverstanden sind, dass Rechtsanwalt Buchli im Falle von Fragen oder Bemerkungen von rechtlicher Seite her Stellung nehmen darf. Wer diesen Antrag des Präsidiums unterstützt, bitte ich um Handzeichen. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Gut, somit ist dies entsprechend genehmigt. Und nun hat der Stadtpräsident das Wort.

II Beratung:

A Berichterstattung

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Ich möchte alle hier anwesenden Interessierten an der Fusion, vielleicht auch an den folgenden Geschäften wie dem Fussball oder dem Personalreglement auch von unserer Seite herzlich begrüssen.

Sie alle hier kennen dieses Geschäft mit dieser Fusion bestens. Es ist bereits seit Jahren ein Thema, entweder im Gemeinderat oder im Stadtrat. Erlauben Sie mir trotzdem heute nochmals rasch die Geschichte der möglichen Fusion mit Obersteckholz Revue passieren zu lassen. Ich konzentriere mich explizit auf die nichtrechtlichen Teile dieses Geschäftes, da, wie Sie zuvor bestimmten, Martin Buchli der Experte ist, der Ihnen heute zu allen rechtlichen Fragen zur Verfügung steht.

Ich komme zur Ausgangslage: Die Einwohnergemeinde Obersteckholz war bereits beim Projekt, das zur Fusion der Einwohnergemeinde Langenthal mit der Einwohnergemeinde Untersteckholz im Jahr 2010 führte, bei ersten Vorabklärungen beteiligt. Sie waren dazumal aber noch nicht bereit, zusammen mit Untersteckholz in die gemeinsamen Fusionsverhandlungen einzutreten. Inzwischen änderten sich die Verhältnisse. Der Gemeinderat von Obersteckholz wurde an der Gemeindeversammlung im Dezember 2014 beauftragt, eine Machbarkeitsabklärung hinsichtlich einer Fusion mit der Stadt Langenthal anzugehen. Langenthal nahm die entsprechende Anfrage aus Obersteckholz dazumal positiv auf. In der Folge klärten beide Gemeinden die Chancen und Risiken einer Fusion intensiv ab und hielten dies auch in einem entsprechenden Machbarkeitsbericht fest. Dieser wurde sodann am 2. respektive 18. Mai 2016 demgemäss genehmigt. Dieser Bericht ist im Grundsatz auch heute noch gültig.

Aufgrund der im Machbarkeitsbericht dargestellten Probleme hinsichtlich des öffentlichen Wasserversorgungsauftrags in Obersteckholz musste in diesem Punkt eine Lösung gefunden werden, was zu Verzögerungen im Projekt führte, wie auch in verschiedenen Stellungnahmen im Stadtrat oder in der Presse zum Ausdruck kam. Dies führte zu einer zeitweisen Sistierung des Projektes. Im März 2018 stimmte der Stadtrat, respektive im Juni 2018 die Gemeindeversammlung von Obersteckholz weiterhin einer Fusion im Grundsatz zu. Dies unter beidseitigem Vorbehalt, dass die Übertragung des öffentlichen Wasserversorgungsauftrags an die Gemeinde Obersteckholz vor einer Fusionsentscheid sichergestellt ist. Dies ist mittlerweile erfolgt. An der Gemeindeversammlung im Mai 2019 bewilligte die Einwohnergemeinde Obersteckholz einen Rahmenkredit für den Aufbau einer neuen Wasserversorgung in Höhe von Fr. 2'700'000.00. Der Zeitpunkt für die Rücknahme des öffentlichen Wasserversorgungsauftrags ist aber noch offen, müssen doch die Leitungen auch zuerst gebaut werden.

Auf Grundlage des Machbarkeitsberichts wurden daraufhin der Fusionsvertrag und das Fusionsreglement erarbeitet. Dies geschah im Rahmen einer Arbeitsgruppe, in der beide Gemeinderäte wie auch



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

weitere Personen aus Kommissionen oder Fachleute aus der Verwaltung beteiligt waren. Seither eingetretene Veränderungen und die im Rahmen der bisherigen Projektarbeit gewonnenen Erkenntnisse wurden im Fusionsvertrag und im Fusionsreglement immer auch laufend berücksichtigt. Der Entwurf des Fusionsvertrages und der Entwurf des Fusionsreglements wurden vom Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) vorgeprüft. Dabei wurden keine Genehmigungsvorbehalte vorgebracht.

Der Fusionsvertrag und das Fusionsreglement, wie auch das weitere Vorgehen wurden der Bevölkerung der beiden Gemeinden am 10. September 2019 an einer gemeinsamen Informationsveranstaltung in der Mehrzweckhalle Obersteckholz vorgestellt. Im Oktober 2019 verabschiedeten beide Gemeinderäte beide Geschäfte für den weiteren Behördenweg. Die Urnenabstimmung über die Fusion der Einwohnergemeinde Langenthal mit der Einwohnergemeinde Obersteckholz findet in beiden Gemeinden, sofern man heute diesen Geschäften zustimmt, voraussichtlich am 9. Februar 2020 statt. Es wird über den Fusionsvertrag und das Fusionsreglement abgestimmt und diese Abstimmung enthält folglich zwei Abstimmungsfragen, die zu beantworten sind. Stimmen die Stimmbevölkerungen der Einwohnergemeinden Langenthal und Obersteckholz dem Fusionsvertrag zu, muss der Regierungsrat des Kantons Bern den Fusionsvertrag formell genehmigen. Die Fusion wird bei einer Zustimmung auf den 1. Januar 2021 umgesetzt. Ab diesem Zeitpunkt würde die Einwohnergemeinde Langenthal mit dem Ortsteil Obersteckholz zusammen rund 450 Einwohnerinnen und Einwohnern dazugewinnen.

Der Gemeinderat bittet den Stadtrat den Unterlagen zur Fusion und damit eben auch der Fusion selber zuzustimmen, damit diese doch bereits lange dauernde Geschichte zur gemeinsamen Einwohnergemeinde von Langenthal und Steckholz nun abgeschlossen werden kann. Danke für die Aufmerksamkeit.

GPK-Mitglied Bernhard Marti (SP): Die GPK setzte sich anlässlich ihrer fünfstündigen Sitzung und auch im Nachgang ausführlich mit dem vorliegenden Geschäft auseinander. Unsere Frage, ob dies keinen Widerspruch mit anderen kommunalen Reglementen oder gar mit übergeordnetem Recht darstellt, wenn die Obersteckholzer Bevölkerung vor der Fusion in Langenthal wahl- und abstimmungsberechtigt sind, wurde von RA Buchli abgeklärt. Ich verzichte dabei auf das Verlesen der sehr ausführlich ausgefallenen Antwort und halte zu Ihrer Kenntnisnahme fest, dass hier kein Widerspruch vorliegt und das Vorgehen im Einklang steht mit den kommunalen Reglementen wie auch mit dem übergeordneten Recht.

Der GPK fiel auf, dass in Art. 5 des Fusionsreglements festgehalten ist, dass die Obersteckholzerinnen und Obersteckholzer nur für die Wahlen von Stadt- und Gemeinderat zugelassen sein sollen. Wir fragten uns dann, ob dies für eine allfällige Stadtpräsidiumswahl nicht eine Lücke darstellt? Dieselbe Frage stellt sich übrigens auch in Art. 14 des Fusionsvertrages. Im Nachgang zur GPK-Sitzung wurde auch diese Frage beantwortet, die allerdings nicht ganz abschliessend ausfiel. Aus diesem Grund bitte ich den Gemeinderat, uns in diesem Punkt einen Vorgehensvorschlag zur vollständigen Klärung und insbesondere auch für das weitere Verfahren zu unterbreiten. Schlussendlich wurde uns noch eine Frage zur geplanten Ermittlung der Wahlergebnisse beantwortet, wobei ich auch hier auf die detaillierten Ausführungen verzichte. Ich kann dabei zuhänden des Protokolls und zuhänden von Ihnen festhalten, dass die GPK die formelle Richtigkeit grundsätzlich feststellte, auch wenn es heute noch diese offene Frage betreffend Art. 5 des Reglements sowie Art. 14 des Vertrages zu klären gilt, besten Dank.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Bevor wir die politische Beratung starten, möchte ich vielleicht noch dem Vertreter des Gemeinderates Gelegenheit bieten, dazu Stellung zu nehmen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Es trifft effektiv zu, was wir auch in der Beratung mit der GPK ein Schweigen zu diesem Punkt feststellten – ob es sich dabei um ein qualifiziertes Schweigen handelt, sei dahingestellt. Es war nie die politische Absicht, dass nicht alle Wahlen auch der Stimmbevölkerung von Obersteckholz aktiv und passiv offenstehen. Was den politischen Teil dieser Fragen anbelangt, kann ich versichern, dass es nicht unser Ziel war, mit der fehlenden Erwähnung der Stadtpräsidiumswahl die Obersteckholzer Bevölkerung aktiv und passiv von dieser Wahl auszuschliessen. Wahrscheinlich ist es eben so, dass es sich hier um ein kleines Vergessen handelt, dass man dies nicht auch noch explizit



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

erwähnte. Man könnte dies nun so interpretieren, aber das möchte ich dann gerne dem Experten überlassen, dass sich auch der hier stehende Stadtpräsident ad personam als Mitglied des Gemeinderates bezeichnet. Entsprechend könnte insbesondere die Gemeindepräsidiumswahl ebenso als Teil der Gemeinderatswahlen betrachtet werden. Mit dieser Erklärung könnte man auch bei einem allfälligen Diskurs darauf hinweisen, dass eben das Gemeindepräsidium auch explizit mitgemeint war. Die andere Möglichkeit, was Herr Buchli anschliessend noch ausführen kann, ist, dass man dies jetzt noch ergänzt und regelt, worauf man halt den Gemeinderat von Obersteckholz nochmals um das Einverständnis dieser Anpassung in den beiden Dokumenten anfragen müsste.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): So geben wir doch direkt Rechtsanwalt Buchli die Möglichkeit, sich dazu zu äussern.

Rechtsanwalt Martin Buchli: Zuerst danke ich Ihnen, dass ich auch Ihnen direkt Auskunft geben darf. Ich muss offen zugeben, dass dieser Punkt in der Projektarbeit, respektive bei der Redaktion dieser Dokumente, und daran war ja auch insbesondere ich beteiligt, vergessen ging oder man eben das Gefühl hatte, dass dies in der vorliegenden Formulierung als miterwähnt gilt. Aber es ist natürlich beim Studium Ihrer Rechtsgrundlage klar, dass es eine Unterscheidung in der Wahl von Gemeinderat und Gemeindepräsidium gibt. Wenn wir es vorher entdeckt hätten, hätte man dies sicherlich gleich von Beginn weg mit einer Klammerbemerkung oder einer effektiven Erwähnung korrigiert. Sicherlich kann ich die vorherigen Aussagen des Stadtpräsidenten bekräftigen, dass es nie die Meinung der Projektorgane war, dass den Stimmberechtigten von Obersteckholz bezüglich dem Gemeindepräsidium das aktive und passive Wahlrecht nicht zugestanden werden soll. Vielmehr ging man immer davon aus, dass dies dort automatisch auch gelten müsste. Wie gesagt ist es nun eben in Art. 14 des Fusionsvertrages und in Art. 5 des Fusionsreglements nicht explizit erwähnt.

Aus meiner Sicht gibt es nun zwei Möglichkeiten, wie wir dies lösen könnten. Die eine Variante wäre, dass man es als Auslegungssache anschaut - wie jeder Artikel jeweils auslegungsbedürftig ist, und somit auch die besagten Artikel ausgelegt werden können. Es ist sicherlich so, dass der jetzige Text einer entsprechenden Auslegung gerecht wird und die Wahl des Gemeindepräsidiums als mitgemeint betrachtet werden kann. Die historische Auslegung, das heisst, was die Absicht des Gesetzgebers war, kann ja durch die hier stattfindende Debatte beeinflusst werden. Und aus meiner Sicht, wenn man hier im Protokoll klar festhält, dass mit der vorliegenden Formulierung eben auch die Wahlen in das Gemeindepräsidium mitgemeint sind, so bin ich der Auffassung, dass es dann im Rahmen der Auslegung sehr schwierig wäre, die Wahl des Gemeindepräsidiums als "nicht miteingeschlossen" zu begründen. Dies wäre somit die eine Möglichkeit.

Wenn Sie nun aber der Meinung sind, dass Ihnen dies immer noch zu unsicher erscheint, zumal eine Auslegung nie einer ganz exakten Wissenschaft entspricht, gibt es noch eine andere Möglichkeit. Dabei müsste man nun direkt im Text des Fusionsreglements und des Fusionsvertrages in den entsprechenden Artikeln in Bezug auf den Gemeinderat, dies mit einem Hinweis in Klammern: "(inklusive Gemeindepräsidium)" ergänzt. Dazu ist zu bemerken, dass die Dokumente bereits ausgehandelt wurden. Entsprechend ist eine grosse Zurückhaltung angebracht, wenn einer der Partner nun einfach einseitig Änderungen vornimmt, wobei ich jetzt im vorliegenden Punkt nicht allzu grosse Hemmungen hätte, da der Fall eigentlich offensichtlich ist, dass sich die Gemeinde Obersteckholz nicht gegen die explizite Zusicherung dieser Rechte wehren dürfte. Zudem erkenne ich darin auch keine materielle Änderung, da es ja wie gesagt nie die Idee war, dieses Recht nicht zu gewähren, sondern es würde sich dabei vielmehr um eine Klarstellung handeln. Deshalb bin ich der Auffassung, dass man dies nun auch im Rahmen der Stadtratsdebatte mittels solcher Klammerbemerkungen klären könnte.

Meiner Meinung nach sind beide Wege möglich und ich glaube, es gibt ja etliche Juristen unter Ihnen, die sich dazu ebenso äussern können, ob es reicht, diese Klärung über die Auslegung zu erreichen oder ob es besser ist, den Text entsprechend zu ergänzen.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank Rechtsanwalt Buchli für diese Darlegung. Wenn ich es ein Stück weit richtig verstand, nahm der Stadtpräsident bereits eine Auslegung aus Sicht des Gemeinderates vor. Herr Stadtpräsident, verstand ich das richtig, dass Sie Art. 5 des Reglements und Art. 14 des Vertrages so verstehen, dass der Stadtpräsident als Teil des Gemeinderates bereits inkludiert ist? Gut, somit verstand ich das korrekt. Aber dann schlage ich vor, dass wir nun mit der Beratung beginnen und hören wir doch zu, ob dies auch anders beurteilt werden kann als wie der Stadtpräsident seine Auslegung präsentierte.

Welche Fraktion wünscht dazu das Wort? Selbstverständlich bezieht sich dabei die Beratung auch auf den restlichen allgemeinen Teil. Möchte sich jemand allgemein zur Fusion äussern?

B Allgemeine Beratung

EVP/glp-Fraktion, Michael Sigrist (EVP): Wir sprachen in der Fraktionssitzung über die Wasserversorgung und die Wahlen und ich bin froh, kamen diese Themen nun auch bereits aufs Tapet mit den Äusserungen des Stadtpräsidenten zum Wasser und den Erläuterungen von Herrn Buchli zu den Wahlen. Besten Dank dafür. Im Grossen und Ganzen ist diese Fusion für die Obersteckholzer doch eine grössere Geschichte als für die Langenthaler. Von dem her möchte ich eigentlich die Obersteckholzer herzlich willkommen heissen und wir werden bezüglich der Wahlen und der Wasserversorgung sicherlich eine Lösung finden. Nochmals herzlich willkommen liebe Obersteckholzer! Die EVP/glp-Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen.

FDP/jll-Fraktion, Beatrice Lüthi (FDP): Unsere FDP/jll-Fraktion wird diese Fusion einstimmig unterstützen. Vorneweg aber noch von meiner Seite eine Bemerkung: Es ist schon nicht gut, wenn man nicht weiss, ob man mitgemeint ist oder nicht, nicht wahr Saima Sägesser? Deshalb sind wir Frauen auch manchmal etwas pingelig. Dann möchte ich mich als zweite Bemerkung an Herrn Buchli wenden: Hier steht auch eine Juristin, einfach, dass Sie das auch wissen.

Ich komme somit wieder zurück zur Fraktionsmeinung und zum Traktandum im engeren Sinn. Wir sind uns einig, dass die Stadt Langenthal wie auch die Gemeinde Obersteckholz alles Interesse an einer Fusion haben, vielleicht nicht ganz deckungsgleich, beziehen wir uns doch nicht auf dieselben Hintergründe, um eine Fusion zu befürworten. Aber wir erachten sie alle sicherlich als sinnvoll, ist doch auch der Kanton froh darüber, wenn Gemeinden fusionieren. Es ist nicht in unserem Interesse, das heisst, wir reissen uns als Fraktion nicht um Vergangenheitsbewältigung, aber hier und jetzt ist es uns doch auch noch ein Anliegen, dass wir kurz auf Folgendes hinweisen. Bei der Wasserversorgung in der Sitzung vom 26. März 2018 stellte unsere Fraktion einen Antrag, dass der Gemeinderat beauftragt wird, die Fusionsverhandlungen mit der Gemeinde Obersteckholz weiterzuführen. Dabei war die Überlegung, dass der Gemeinderat ein Verhandlungsmandat im Sinne einer Art Carte blanche erhält, um dann vielleicht die Frage der Wasserversorgungsregelung auf dieser Stufe zu erledigen. Wenn man nun sieht, dass wir dannzumal diesen Vorbehalt beschlossen, alles reglementarisch festzulegen und zu erledigen, so fragen wir uns dennoch ein bisschen, ob nun mit dieser Spezialfinanzierung, die noch 0 Franken enthält, mit diesem beschlossenen Kredit und letztendlich mit einem System, das 2021 noch nicht funktionsfähig sein wird, dieser Vorbehalt effektiv erfüllt wurde. Diese Feststellung ist vielleicht ein wenig pingelig, doch wollen wir einfach auch darauf hinweisen. Unsere Intention oder unsere Überlegungen gehen nicht immer in die Richtung, dass wir dem Gemeinderat den Ball zurückspielen, um uns anschliessend kritisch äussern zu können, weil wir doch eine andere Meinung vertreten. Dies sage ich explizit an die Adresse von Roland und Stadtpräsident Reto. Das war der erste Punkt meiner zwei Bemerkungen.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Als Zweites erachte ich es wirklich als etwas ungeschickt, dass diese Stapi-Wahl vergessen ging, gehört so etwas doch zu grundlegenden Abklärungen. Uns würde dabei noch interessieren, ob sich Obersteckholz zu diesem Thema selber auch schon äusserte? Wie sehen sie das? Bislang redeten wir einzig und alleine darüber, wie es Langenthal sieht und wie sich das Problem aus unserer Sicht lösen lässt. Aber die Frage stellt sich doch, ob hier Obersteckholz mithilft und ob es diesbezügliche Signale gibt? Oder haben wir davon auszugehen, dass es ihnen egal ist? Das wäre in dem Sinn noch eine Frage wert. Aber wie gesagt wird unsere Fraktion dieses Geschäft einstimmig unterstützen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank, Stadträtin Lüthi. Ich werde dann gerne auch Rechtsanwalt Buchli zu diesem Punkt befragen. Wir befinden uns nun aber aktuell bei Block B "Allgemeines zur Vorlage" und wir hörten bislang einzelne Fraktionen. Gibt es somit weitere Fraktionsmeinungen?

SP/GL-Fraktion, Simon Lüdi (SP): Ich begrüsse hiermit auch die Vertreter von Obersteckholz recht herzlich. Jetzt haben Sie es noch gut, nach diesem Traktandum können Sie nach Hause gehen, wir hingegen bleiben noch etwas hier.

Wir diskutierten in unserer Fraktion ebenso über diese Fusion. Dabei standen noch ein paar Fragen und Unsicherheiten im Raum, die sich nun grösstenteils klärten oder auf dem Weg dazu sind. Wir freuen uns und hoffen, dass es vorwärts geht mit der Fusion und beide Gemeinden davon profitieren können. Es scheint ja, dass die vorhandenen Stolpersteine aus dem Weg geräumt werden konnten, was in Zukunft zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit führt und hoffentlich ein freundschaftliches Zusammenleben ermöglicht. In dem Sinn plädieren auch wir einstimmig für diese Fusion und freuen uns, wenn sie zustande kommt. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Nachdem sich keine Fraktion mehr dazu äussern möchte, frage ich an, ob es Einzelsprecher gibt, die sich zu Wort melden möchten?

C Detailberatung

Diego Clavadetscher (FDP): Ich gehe davon aus, dass man sich jetzt zur Frage dieser zwei Vorgehensweisen äussern sollte. Ich bin in einem Beruf tätig, wo es hin und wieder zu Vertragsverhandlungen kommt. Es gibt ab und zu Situationen, in denen man ganz kurz vor der Unterschrift realisiert, dass man noch etwas vergass. Ich finde, dass dies nichts Tragisches ist. Wenn man so etwas aber im Voraus vor der Unterschrift realisiert, so ist es eben vernünftiger, den zweiten vorgeschlagenen Weg zu wählen, um dann eben die Dokumente effektiv so anzupassen, wie sie gemeint sind. Im Voraus über eine nachträgliche Auslegung zu reden, ist kein solider Weg, sondern es ist lediglich der letztbeste, wenn man das erste verpasste. So gesehen möchte ich beliebt machen, dass man den Vertrag entsprechend anpasst.

Ein zweites Argument betrifft den Umstand, dass wir diesen Text einer möglichen Anpassung bislang noch nicht sahen, aber ich wäre froh, wenn man die Terminologie gebrauchen würde, wie wir sie bei uns in der Stadt auch anwenden, um nicht weitere Missverständnisse zu schaffen. Das Präsidium dieser vereinten Stadt heisst Stadtpräsidium und es geht um den Stadtpräsidenten, und nicht um den Gemeindepräsidenten. Es macht keinen Sinn, einen falschen Begriff ins Reglement oder den Vertrag einfließen zu lassen. Wenn man eine Änderung vornimmt, so würde ich folgende Formulierung vorschlagen: "Die Wahlen in den Stadtrat, in den Gemeinderat und in das Stadtpräsidium". Mit einer solchen Formulierung nehmen wir nämlich Bezug auf unser Wahl- und Abstimmungsreglement, das zwei Kapitel umfasst; nämlich zur Wahl der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten sowie zur Wahl des Stadtrates und des Gemeinderates. Somit wird die Wahl des Stadtpräsidiums in diesem Reglement gesondert behandelt und wenn wir nun über eine Anpassung beraten, so sollte dies doch analog dem Wahl- und Abstimmungsreglement entsprechen, um auch formell in Ordnung zu sein. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Stadtrat Clavadetscher, verstehe ich es richtig, dass damit ein Antrag gestellt wird? Wenn ja, müsste man dies auch noch entsprechend formulieren.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Diego Clavadetscher (FDP): Gut, ich weiss jetzt nicht genau, was bezüglich dieser zwei Varianten angedacht ist. So stelle ich den Antrag, dass Art. 14 Abs. 3 des Fusionsvertrages und Art. 5 Abs. 1 und 2 des Fusionsreglements wie nachfolgend geändert werden: Im Fusionsvertrag unter Art. 14 Abs. 3 sollte der Einleitungssatz neu heissen: "Den Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde Obersteckholz wird für die Wahlen in den Stadtrat, in den Gemeinderat und in das Stadtpräsidium von Langenthal...". Ist dies soweit klar formuliert?

Beim Fusionsreglement unter Art. 5 Abs. 1 müsste sodann die Formulierung lauten: "Die Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde Obersteckholz nehmen an den Wahlen für den Stadtrat, den Gemeinderat und das Stadtpräsidium von Langenthal...teil." Unter Abs. 2 schlage ich die analoge Anpassung vor: "Die Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde Obersteckholz sind an den Wahlen für den Stadtrat, für den Gemeinderat und für das Stadtpräsidium von Langenthal...". Ist mein Antrag somit ausreichend und verständlich formuliert?

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Der Antrag ist ausreichend klar formuliert und wir versuchen dies entsprechend nachzutragen, wozu bei zur Klärung ein kurzer Sitzungsunterbruch dienlich wäre, um formelle Fehler auszuschliessen. Dazu ist nun zuerst die Debatte zu führen und allfällige weitere Anträge entgegenzunehmen.

Janosch Fankhauser (SVP): Ich möchte einen Vorschlag zur Güte unterbreiten. Diego, warum verweisen wir nicht einfach auf das Wahl- und Abstimmungsreglement, sodass sich weitere Ausführungen erübrigen würden, zumal in diesem Reglement ja alles bereits definiert ist. Ganz einfach gesagt verhindern wir damit auch die Gefahr von Schreibfehlern.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Stadtrat Clavadetscher kann sich dazu kurz seine Gedanken machen, was er von diesem Vorschlag hält. Gibt es weitere Voten?

Wir behandelten nun den allgemeinen Teil und erste Anträge wurden bereits gestellt. Gibt es zu Block C: "Detailberatung zu Fusionsvertrag und Fusionsreglement" noch zusätzliche Anträge? Dem ist nicht so. Stadtrat Clavadetscher wird noch kurz Stellung nehmen zum Vorschlag von Janosch Fankhauser.

Diego Clavadetscher (FDP): Janosch, man kann das schon so machen, ich habe einfach noch keine Formulierung dafür. Deine Formulierung wäre wahrscheinlich: "...an den Gemeindewahlen im Herbst 2020 teilzunehmen.", was zum Reglement Art 5 Abs. 1 passen würde. Danach reicht aber für Abs. 2 eine solche pauschale Formulierung nicht mehr aus, ansonsten der ganze Absatz neu formuliert werden müsste, was ich gemäss meinem Berufsethos als nicht seriös erachten würde, müsste ich hier jetzt etwas aus dem Stegreif vorschlagen, was auch nicht meiner Aufgabe entspricht. Im Fusionsvertrag wäre sodann wieder die Lösung gemäss Verweis auf die Gemeindewahlen im Herbst 2020 möglich. Dies würde wohl Deinem Vorschlag entsprechen. Aber bezüglich Art. 5 Abs. 2 des Reglements habe ich spontan keinen Lösungsvorschlag.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Das heisst nun, dass dieser Vorschlag nicht übernommen wird. Es ist nun so, dass dies alles immer relativ kompliziert ist, wenn kurz vor der Abstimmung noch neue Anträge gestellt werden. Dies ist nicht nur dann so, wenn es vor Vertragsunterzeichnungen noch um Änderungen geht. Wir unterbrechen deshalb die Sitzung für gut fünf Minuten, um Ihnen anschliessend das Vorgehen zu unterbreiten, besten Dank.

(Unterbrechung der Sitzung von 19.45 Uhr bis 19.55 Uhr)

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem wir nun nicht um fünf vor zwölf, sondern erst um eins vor zwölf Anträge erhielten, versuchten wir diese noch schnell zu verbalisieren. Ich werde Ihnen unseren Vorschlag der Änderungen zum Reglement und Vertrag entsprechend vorlesen. Um was es genau geht, ist in der Sache ja klar. Es geht darum, dass man ausdrücklich klarstellen möchte, dass das Stadtpräsidium inkludiert ist. Es wäre nun ein wenig unzweckmässig, wenn man die Anträge ablehnen würde und gleichzeitig der Meinung ist, dass das Stadtpräsidium auslegungshalber doch mitgemeint ist. Deshalb beschreiten wir nun den sicheren Weg und berücksichtigen es im Text. Im Übrigen hatte die Pause noch



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

den Vorteil, dass wir bereits eine erste, nicht ganz formelle Rückmeldung seitens der Vertretung von Obersteckholz erhielten, - nochmals herzlichen willkommen an dieser Stelle - dass man dieser Änderung gegenüber durchaus wohlgesinnt gegenübersteht. Wir dürfen somit damit rechnen, dass unsere Anpassungen auf Gegenliebe stossen. Selbstverständlich entspricht diese erste Stellungnahme keinem formellen Beschluss, aber manchmal ist auch ein Gespräch möglich und sinnvoll, ohne dass dies formellen Charakter besitzt.

Ich erkläre Ihnen nun kurz, was eine Änderung erfährt. Im Fusionsvertrag lautet der erste Satz in Art. 14 Abs. 3 neu wie folgt: "Den Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde Obersteckholz wird für die Wahlen in den Stadtrat, in den Gemeinderat **und in das Stadtpräsidium** von Langenthal...". Der weitere Text erfährt keine Änderung. Anschliessend folgt eine Anpassung des zweiten Satzes: "Die Stimmberechtigten von Obersteckholz können demnach einerseits gemäss den Bestimmungen der Einwohnergemeinde Langenthal auf einer Wahlliste für einen Sitz im Stadtrat und/oder im Gemeinderat, **beziehungsweise für das Stadtpräsidium** von Langenthal kandidieren." Dies wären die Änderungen zu Art 14 Abs. 3.

Dies führt zu einer Folgeänderung in Art 14 Abs. 5. Dabei geht es um das Beschwerdewesen, dass es auch anzupassen gilt. Neu heisst hier die Formulierung, immer auch besprochen mit mir und vier weiteren Juristen, was mich hoffen lässt, dass auch alles korrekt ist: "Ist zum Zeitpunkt **der Gesamterneuerungswahlen 2020** eine Beschwerde gegen den Fusionsbeschluss hängig...". Dies umfasst die Änderungen im Fusionsvertrag.

Für das Reglement kommen sodann inhaltlich dieselben Änderungen zur Anwendung. Der erste Satz von Art. 5 Abs. 1 lautet neu: "Die Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde Obersteckholz nehmen an den Wahlen für den Stadtrat, für den Gemeinderat **und für das Stadtpräsidium** von Langenthal im Herbst 2020...". Der weitere Text erfährt keine Änderung. In Art. 5 Abs. 2 findet sich neu folgende Formulierung: "Die Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde Obersteckholz sind an den Wahlen für den Stadtrat, für den Gemeinderat **und das Stadtpräsidium** von Langenthal im Herbst 2020...". Auch hier bleibt sich der weitere Text gleich. Der zweite Satz von Art 5 Abs. 2 muss deshalb ebenso angepasst werden: "Sie können demnach gemäss den Bestimmungen der Einwohnergemeinde Langenthal auf einer Wahlliste für einen Sitz im Stadtrat und/oder im Gemeinderat, **beziehungsweise für das Stadtpräsidium** von Langenthal kandidieren (passives Wahlrecht)." Dies führt zur Folgeänderung in Abs. 5 von Art 5. Neu lautet der erste Satz dort: "Ist zum Zeitpunkt **der Gesamterneuerungswahlen 2020** eine Beschwerde gegen den Fusionsbeschluss hängig, ...". Anschliessend bleibt der Rest gleich.

Die Rechtsabteilung weist mich soeben darauf hin, dass es im Fusionsreglement noch eine weitere Anpassung gibt. Dies betrifft Art. 1 Buchstabe b). Hier lautet der neue Text wie folgt: "Die Teilnahme der Stimmberechtigten der Einwohnergemeinde Obersteckholz an den Stadt- und Gemeinderatswahlen **so wie an den Wahlen für das Stadtpräsidium** der Einwohnergemeinde Langenthal im Herbst 2020."

Das sind Änderungen im Fusionsvertrag und im Fusionsreglement, die alle zusammengehören. Verstanden alle, worüber nun abgestimmt werden muss? Wer den Änderungen im Fusionsvertrag, so wie eben vorgelesen, zustimmen möchte, soll bitte die Hand hochhalten. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über Änderungen Fusionsvertrag gemäss Vortrag:

36 Stimmen Ja einstimmig angenommen

0 Stimme Nein

0 Stimme Enthaltung



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Wer den inhaltlich gleichlautenden Änderungen im Fusionsreglement zustimmt, zeigt dies erneut mit seiner Hand. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über Änderungen Fusionsreglement gemäss Vortrag:

36 Stimmen Ja einstimmig angenommen

0 Stimme Nein

0 Stimme Enthaltung

Damit sind diese beiden Änderungen einstimmig angenommen. Weitere Anträge gingen bei mir nicht ein. Somit wurde Block B und C zu Ende beraten. Wir kommen gemäss dem Beratungsablauf zu Block D, der Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs. Das entspricht dem Kästchen auf Seite 2, B&A von Traktandum Nr. 2. Hier geht es darum, diesen Fusionsvertrag und das Fusionsreglement mit den jetzt beschlossenen Änderungen entsprechend zu genehmigen und insoweit den Gemeinderat mit dem Vollzug zu beauftragen.

Beatrice Lüthi (FDP): Ich habe noch einen Hinweis, der zu Buchstabe C gehört. An und für sich wurde ja in den Unterlagen dargestellt, dass wir ja oder nein sagen oder das Geschäft sogar an das Projektteam zurückweisen können. Für mich stellt sich nun nach der Anpassung dieser beiden Erlasse ein wenig die Frage, wie es formell weitergeht? Es wäre mir jetzt doch auch noch wichtig, dass man dies kurz zur Kenntnis gebracht erhält, was unser Entscheid in Obersteckholz auslöst, respektive wie das alles nun weiterläuft?

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke, Stadträtin Lüthi. Das ermöglicht mir nun mein Versäumnis nachzuholen und dem Stadtpräsidenten noch das letzte Wort zu erteilen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Besten Dank. Somit ist bereits das Organisationsreglement des nächsten Jahres angewandt, aber das macht jetzt nichts. Ich danke für diese Frage. Es sind ja nun vier von fünf Gemeinderatsmitglieder von Obersteckholz anwesend und sie sagten zumindest informell, dass sie mit den hier beschlossenen Änderungen einverstanden sind. Auch hier am Tisch sind im Moment sechs von sieben Gemeinderäten anwesend, Gemeinderat Roberto di Nino stösst zwischen 20.00 Uhr und 21.00 Uhr zu uns. Ich möchte hiermit noch seine Verspätung entschuldigen. Aber auch hier am Tisch sagten wir, dass wir selbstredend mit den jetzigen Vorschlägen einverstanden sind, zumal wir materiell nie eine Änderung oder Einschränkung beabsichtigten. Insofern, wenn dies heute nun so beschlossen wird, werden wir dem Gemeinderat von Obersteckholz mit einem Brief darüber informieren, dass der Stadtrat noch Änderungen vornahm. Folglich werden sie an ihrer Sitzung über die abgeänderten Materialien befinden und nochmals darüber abstimmen müssen, dass sie dies der Bevölkerung so vorlegen möchten. Sie hier beschliessen heute ebenso, dass Sie die heutigen Beschlüsse so dem Volk vorlegen möchten. Unser Gemeinderat kommt sodann nicht mehr direkt ins Spiel, ausser beim weiteren Vollzug. Besten Dank.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ist damit die Frage beantwortet, Stadträtin Lüthi? Gut, und danke für die Möglichkeit mein Versäumnis nachzuholen.

Die Abstimmung bleibt nun allerdings dieselbe, römisch I, Beschlussesentwurf, wie er farbig markiert vorliegt, betreffend Zustimmung zum Fusionsvertrag und Fusionsreglement und der Beauftragung des weiteren Vollzugs durch den Gemeinderat. Wer dem so zustimmen kann, soll dies mit Handzeichen bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

III Abstimmung:

D Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.)

I. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 23. Oktober 2019, beantragt der Einwohnergemeinde Langenthal mit 36 Stimmen Ja einstimmig Zustimmung zu folgendem Gemeindebeschluss:

1. Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 4e Abs. 1 und Art. 23 Abs. 1 lit. e des Gemeindegesetzes vom 16. März 1998 und Art. 36 Ziffer 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 25. November 2019,

beschliesst:

a. Dem Fusionsvertrag zwischen der Einwohnergemeinde Langenthal und der Einwohnergemeinde Obersteckholz vom 23. Oktober 2019 wird – mit den an der Sitzung beschlossenen Änderungen – zugestimmt.

b. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

2. Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 23 Abs. 1 lit. c des Gemeindegesetzes vom 16. März 1998 und Art. 34 Abs. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 25. November 2019,

beschliesst:

a. Das Reglement über die Fusion der Einwohnergemeinden Langenthal und Obersteckholz vom 23. Oktober 2019 wird – mit den an der Sitzung beschlossenen Änderungen – genehmigt.

b. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

E Beratung und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung vom 9. Februar 2020 (Beschlussesentwurf Ziffer II.)

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir fahren direkt weiter und kommen zur Botschaft dieser Vorlage. Ich kündige bereits an dieser Stelle an, dass wir aufgrund der beschlossenen Präzisierungen einen Antrag stellen werden, dass das Ratsbüro hier zur endgültigen redaktionellen Abfassung ermächtigt wird. Dieser Antrag muss somit nicht mehr gestellt werden.

Gibt es allgemeine Bemerkungen zur Botschaft seitens des Gemeinderates? Gibt es Wortbedarf durch die GPK? Fraktionen oder Einzelsprecher? Somit gehen wir hier die Botschaft seitenweise durch. Da ich allerdings keine Anträge vorliegen habe, rufe ich besser direkt die Titel ab und nicht mehr die Seiten.

Titelseite, Seite 2 Inhaltsverzeichnis und Seite 3

Ohne Anträge.

Seite 4, Das Wichtigste in Kürze

Diego Clavadetscher (FDP): Zuhanden der redaktionellen Bereinigung weise ich auf einen falschen Verweis auf Seite 4 hin, da es zuoberst "ab Seite 8" heissen müsste und nicht "ab Seite 6".

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Merci Stadtrat Clavadetscher, wir nehmen das auf und es braucht dazu keine Abstimmung. Gibt es weitere Bemerkungen dazu?

Ausgangslage

Ohne Anträge.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Seite 9 bis 12, Eine Fusion – was bedeutet das?

Diego Clavadetscher (FDP): Nochmals rein redaktionell, einfach zuhause des Büros, mache ich im dritten Absatz auf Seite 9 auf die zweite und dritte Zeile aufmerksam. Hier müsste das "dass" durch ein "damit" ersetzt werden und das darauffolgende "damit" anschliessend gestrichen werden.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Auch dies nehmen wir auf, danke. Falls nun jemand diese rein redaktionellen Änderungen ohne Einfluss auf den Inhalt anders betrachtet, bitte ich um Meldung. Ansonsten setzen wir das jeweils entsprechend um.

Fusionsvertrag, Fusionsreglement, Auswirkungen der Fusion auf die kommunale Aufgabenerfüllung, Finanzielle Auswirkungen, Konsequenzen bei einer Ablehnung der Vorlage, Zuständigkeit

Ohne Anträge.

Beratungen im Stadtrat

Dies wird selbstverständlich durch das Büro entsprechend angepasst.

Gemeindebeschluss, letzte Seite

Ohne Anträge.

Wir nahmen die redaktionellen Hinweise des aufmerksamen Stadtrats Clavadetscher entgegen und werden das entsprechend anpassen. Nun müssten wir noch über den Antrag entscheiden, dass das Büro für diese Anpassungen eingesetzt wird. Dabei soll das Büro zur endgültigen redaktionellen Abfassung und Genehmigung der Urnenbotschaft ermächtigt werden, insbesondere aufgrund der Anpassung von Fusionsvertrag und -reglement gemäss Art. 12 Abs. 3 GO.

Wer das Büro entsprechend damit beauftragen möchte, soll dies bitte mit Handzeichen bezeugen. Gibt es ein Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über Büroermächtigung betreffend Umsetzung redaktioneller Änderungen:

36 Stimmen Ja einstimmig angenommen

0 Stimme Nein

0 Stimme Enthaltung

Somit kommen wir zum Beschluss über die so bereinigte Botschaft. Wer den Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 23. Oktober 2019 und den gefassten Beschluss, das Büro für die endgültig redaktionelle Abfassung zu ermächtigen und den Gemeinderat mit dem administrativen Vollzug zu beauftragen, gutheissen will, soll dies nun mit seiner Hand anzeigen. Gegenmehr? Enthaltungen?

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja einstimmig:**

II. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 23. Oktober 2019 wird genehmigt.

III. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Somit wäre auch die Behandlung von Traktandum Nr. 2 erledigt. Ich danke nochmals den anwesenden Obersteckholzerinnen und Obersteckholzern für ihr Interesse.

(Applaus)



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. Totalrevision des Personalreglements: 2. Lesung; Genehmigung

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wird das Eintreten bestritten? Es wird nicht bestritten. Das Wort hat somit Stadtpräsident Reto Müller.

II Beratung:

A Berichterstattung

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Da wir ja bereits eine 1. Lesung hatten, erlauben Sie mir deshalb, dass ich nicht allzu viel einleitende Worte verliere. Die Geschichte ist Ihnen bekannt. Der Inhalt der heutigen Vorlage ergibt sich aus den Unterlagen, die dem Stadtrat für die Sitzung vom 16. September 2019 unterbreitet wurden sowie aus dem Bericht und Antrag, der Ihnen heute vorliegt. Anlässlich der 1. Lesung wurden diverse Änderungsanträge angenommen. Ferner wurde dem Gemeinderat beantragt, zuhanden der 2. Lesung zu diversen Artikeln Formulierungsvorschläge zu erarbeiten und einen Artikel explizit einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen. Wie Sie den Unterlagen entnehmen konnten, hat der Gemeinderat sämtliche Anträge für die 2. Lesung übernommen und stellt keine Gegen- oder Rückkommensanträge zu seinen ursprünglichen Anträgen. Ausserdem ist er allen Prüfungsaufträgen nachgekommen.

In der Erarbeitung – und das möchte ich heute bereits auch einleitend gestehen, schlich sich aber ein Fehler ein, worauf ich nachfolgend aufmerksam machen möchte. Im B&A zum neuen Art. 27 werden Angaben zu Betreuungszulagen im Kanton Bern und in Burgdorf gemacht, die so nicht stimmen. Ihr Antrag aus der 1. Lesung lautete: "Auf die 2. Lesung ist ein degressiver Vorschlag für zwei und mehr Kinder mit einer totalen maximalen Obergrenze auszuarbeiten." Wir machten beim B&A zum Personalreglement bei den Betreuungszulagen unter Punkt 4.3. effektiv eine klassische Fehlüberlegung. Beim Kanton Bern und bei der Stadt Burgdorf sind die Betreuungszulagen so degressiv ausgestaltet, dass sie sich nicht summieren. Die degressiven Ansätze werden aber nicht bei jedem weiteren Kind addiert, sondern nehmen im Total effektiv ab. Das heisst, es werden für 1 Kind total Fr. 250.00, für 2 Kinder total Fr. 180.00, bei 3 Kindern total Fr. 110.00 und bei 4 Kindern total Fr. 40.00 ausgerichtet, und nicht, wie im B&A dargestellt, die Beträge zusammengezählt. Unsere Überlegung war ursprünglich, dass bei mehr Kindern auch mehr Betreuungskosten anfallen werden, weshalb wir davon ausgingen, dass die Beträge zusammengezählt würden und dies somit einem degressiven Ansatz entspricht. Dem ist aber nicht so. Dies bestätigten mittlerweile mehrere Kantonsangestellte, nicht zuletzt auch aus unserer Fraktion. Scheinbar wird dabei die Zunahme der Kinderzulagen indirekt mit den Betreuungszulagen verrechnet. Das war dem Gemeinderat wie auch der Verwaltung so nicht bekannt und war wie ausgeführt auch nicht logisch. Entschuldigen Sie bitte den Fehler im B&A. Wir bleiben somit bei "unserem" Antrag, wie er beraten wurde.

Wir danken Ihnen für die heutige Beratung und hoffen auf den Beschluss, sodass wir schon bald ein modernes und revidiertes Personalreglement anwenden können. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit und die Zustimmung.

GPK-Mitglied Roland Loser (SP): Die GPK setzte sich anlässlich einer Sitzung mit dieser Vorlage auseinander und wir stellten analog zu Äusserungen von Reto Müller fest, dass der Gemeinderat sämtliche Anträge aus der 1. Lesung übernahm und so in die 2. Lesung einfliessen liess. Ich kündigte an, dass die GPK zu Art. 27, demjenigen Artikel, zu dem sich Reto Müller soeben äusserte, noch die eine oder andere redaktionelle Änderung beantragen wird. Ich gehe davon aus, dass dies dann bei der artikelweisen Beratung erfolgen wird. Man wollte ja noch, dass man bei sachlichen Gründen für eine Entlassung diese explizit aufführt, was ja auch umgesetzt wurde. Innerhalb unserer Kommission stellte sich sodann die Frage, wie sich dies mit sogenannten missbräuchlichen Entlassungen verträgt, weil es ja durchaus auch möglich sein kann, dass ein sachlicher Grund für eine Entlassung schlussendlich einer missbräuchlichen Entlassung gleichkommt. Ebenfalls fragten wir uns, wie es sich bei einer vorhandenen Austrittsvereinbarung mit den Mitarbeitenden verhält, wenn es zu einer nachträglichen Krankschreibung und dadurch zu den verschiedenen nachfolgenden Sperrfristen kommt. Es stellt sich dabei die Frage, wie



das geregelt ist und inwiefern es dabei zu allfälligen Konflikten kommen kann?

Wir liessen beide Punkte abklären und wir kamen grundsätzlich zur Überzeugung, dass hierzu immer auf Art. 2 Abs. 2 verwiesen werden kann, worin selber auf das Obligationenrecht Bezug genommen wird. Das heisst, alles, was schlussendlich nicht im Personalreglement geregelt ist, wird durch das OR bestimmt. Das entsprechende Stichwort hierzu wäre "subsidiär", womit wir uns jeweils auf das OR beziehen, sodass alles soweit rechtens sein sollte. In dem Sinne stellte die GPK die formelle Richtigkeit fest, besten Dank.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank, Stadtrat Loser. Das Wort wäre nun frei für eine allgemeine Beratung, anschliessend erfolgt die artikelweise Detailberatung.

B Allgemeine Beratung

SP/GL-Fraktion, Saima Sägesser (SP): Die SP/GL-Fraktion möchte sich für die Überarbeitung der Anträge bedanken und wir sind eigentlich weitestgehend zufrieden damit. Obwohl wir inhaltlich bei gewissen Artikeln nicht ganz einverstanden sind, lassen wir dies auf sich beruhen und insistieren nicht weiter. Das heisst, grundsätzlich sind wir zufrieden, möchten aber in einem nächsten Schritt die Möglichkeit erhalten, über die Gehaltsbandbreite zu diskutieren, weil wir es als katastrophal erachten, dass die Stadt Langenthal Monatslöhne ausrichtet, die unter Fr. 4'000.00 liegen.

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Wir möchten als Fraktion allen an dieser Totalrevision des Personalreglements beteiligten Akteuren nochmals für die geleistete Arbeit herzlich danken. Ich möchte heute nicht unbedingt länger werden und alle Anträge, mit welchen wir in der 1. Lesung scheiterten, nochmals bringen, was wir auch schon so machten. Die SVP-Fraktion wird dem Personalreglement mehrheitlich zustimmen. Eines möchte ich gerne noch mit auf den Weg geben, dass man allenfalls bei weiteren Anträgen aus dem Stadtrat die Auslegung, wie gestellte Anträge zu beantworten oder weiter zu bearbeiten sind, entsprechend seitens des Gemeinderates kommuniziert.

FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Auch wir von der FDP/jll-Fraktion danken für die Überarbeitung und für die eingebrachten Präzisierungen. Der Stadtpräsident erläuterte es bereits, dass bei Art. 27 in B&A von falschem Zahlenmaterial ausgegangen wurde. Entsprechend wird argumentiert, dass in Langenthal bei diesen Betreuungszulagen der Mittelweg gewählt würde. Das ist aber nicht so und ich möchte einfach, dass wir uns dies hier bewusst sind. Bei zwei Kindern zahlen wir im Vergleich zum Kanton Bern das Eineinhalbfache, bei drei Kindern das Dreieinhalbfache und bei vier Kindern das Elffache. Wir entschieden uns nun aber in der Fraktion, diesen offensichtlichen Fehler nicht korrigieren zu lassen, sondern dies zum Anlass zu nehmen, die Familien in Langenthal besonders zu unterstützen. Den Antrag der GPK zur redaktionellen Anpassung dieses Artikels werden wir unterstützen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank. Gibt es weitere Fraktionsvoten? Nein. Möchten sich Einzelsprecher im allgemeinen Teil äussern? Möchte der Gemeinderat nochmals das Wort? Somit schreiten wir zur Detailberatung und der artikelweisen Beratung, gemäss Beilage 2 zu Traktandum Nr. 3.

C Detailberatung

Art. 1 bis Art. 15

Ohne Anträge.

Art. 16

Zu diesem Artikel ist ein Antrag des Gemeinderates zu Abs. 1a neu aktenkundig. Das Wort wäre offen, um diesen vorzustellen.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Wir stehen heute ja für Effizienz und deshalb möchte ich es mit allen unseren Anträgen gleichhalten, wie sie gemäss B&A vorliegen. Sie wurden Ihnen bekannt gemacht und der Gemeinderat versuchte hier einfach die sachlichen Gründe entsprechend aufzuführen. Insofern



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

werde ich nicht mehr bei jedem Antrag des Gemeinderates, den der Gemeinderat nun "auf Antrag des Stadtrates" stellt, noch einmal ans Mikrofon treten. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gut. Möchte sich eine Fraktion dazu äussern? Einzelsprecher? Beides ist nicht gewünscht. Der Gemeinderat leistete antizipierter Verzicht auf ein Schlusswort, sodass wir abstimmen. Wer der in grün vorliegenden Ergänzung auf der rechten Seite als neuer Abs. 1a so zustimmen kann, soll seine Hand hochheben. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über nArt 16 Abs 1a Antrag GR:

Traktandum 3

34	Stimmen Ja	angenommen
2	Stimme Nein	
0	Stimme Enthaltung	

Antrag Gemeinderat nArt. 16 Abs. 1a

Auftrag aus der 1. Lesung	Antrag für die 2. Lesung
<p>Abs. 1 Die Arbeitgeberin kann bei Vorliegen sachlicher Gründe die Kündigung des Arbeitsverhältnisses verfügen.</p> <p>Abs. 1a Der Gemeinderat wird für die 2. Lesung beauftragt, sachliche Gründe festzuhalten.</p>	<p>Abs. 1 Die Arbeitgeberin kann bei Vorliegen sachlicher Gründe die Kündigung des Arbeitsverhältnisses verfügen.</p> <p>Abs. 1a Sachliche Gründe liegen namentlich vor, wenn Mitarbeitende</p> <ul style="list-style-type: none"> a. ungenügende Leistungen erbringen; b. Weisungen der Vorgesetzten wiederholt missachtet haben; c. durch ihr Verhalten während der Arbeitszeit das Arbeitsklima nachhaltig stören oder d. Arbeitskolleginnen, Arbeitskollegen oder in einem Betreuungs- oder Abhängigkeitsverhältnis stehende Personen sexuell belästigen.

Gibt es weitere Anträge zu Art. 16. Es liegt ein neuer Antrag zu Art. 16b vor. Dabei geht es um das Thema der Freistellung. Der Gemeinderat möchte dies nicht mehr weiter begründen, zumal die Begründung in den Akten vorliegt. Gibt es Fraktionen oder Einzelsprecher, die dazu das Wort ergreifen möchten? Dann stimmen wir auch darüber ab. Wer diesem Antrag, gemäss dem Auftrag in 1. Lesung, Folge leisten will und wie vorliegend ins Personalreglement aufnehmen möchte, zeigt dies nun mit Handzeichen an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über nArt 16 Abs 1b Antrag GR:

Traktandum 3

36	Stimmen Ja	einstimmig angenommen
0	Stimme Nein	
0	Stimme Enthaltung	

Antrag Gemeinderat nArt. 16b

Auftrag aus der 1. Lesung	Antrag für die 2. Lesung
<p>Art. 16b neu Für die 2. Lesung ist die Möglichkeit einer Freistellung zu formulieren in Anlehnung an Art. 29 f. der kantonalen Personalverordnung</p>	<p>Art. 16b</p> <p>Abs. 1 Die für die Anstellung zuständige Stelle kann Mitarbeitende bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses freistellen, sobald</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die betroffene Person formell Kenntnis von der bevorstehenden Kündigung hat; b. eine Austrittsvereinbarung abgeschlossen ist oder c. die betroffene Person selbst gekündigt hat. <p>Abs. 2 Allfällige Ferienguthaben und andere Zeitguthaben gelten als abgegolten, soweit sie zusammengezählt die Dauer der Freistellung nicht übersteigen.</p> <p>Abs. 3 Die freigestellte Mitarbeiterin oder der freigestellte Mitarbeiter ist befreit, eine neue Erwerbstätigkeit vor Ablauf der Freistellungsdauer aufzunehmen.</p> <p>Abs. 4 Ein während der Freistellung anderweitig erzieltetes Erwerbseinkommen wird angerechnet.</p>

Art. 17 bis Art. 26

Ohne Anträge.



Art. 27

Hierzu liegt ein Antrag des Gemeinderates vor, der eingangs vorgestellt wurde, wie auch ein Antrag der GPK. Links finden Sie den Antrag des Gemeinderates zu Abs. 3 und rechts liegt die formelle Präzisierung der GPK vor. Die Stellungnahme des Gemeinderates erfolgte bereits, ich meine seitens der GPK ebenso. Wünscht noch eine Fraktion das Wort zum Themenkomplex Art. 27 Abs. 3? Gibt es Wünsche seitens von Einzelsprecherinnen oder Einzelsprechern? Somit mehren wir aus. Wer dem Antrag GPK den Vorzug geben kann, soll dies mit per Hand bezeugen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über Art 27 Abs 3 Antrag GPK vs. GR:

Antrag GPK:	34 Stimmen angenommen
Antrag GR:	1 Stimme
Enthaltungen:	1 Stimme

Traktandum 3

Antrag Gemeinderat

Artikel 27

Abs. 3

Die Betreuungszulage beträgt bei einem Beschäftigungsgrad von 100 % **pro Monat**

- a. bei einem Kind: Fr. 150.00
- b. bei zwei Kindern zusätzlich: Fr. 125.00
- c. bei drei Kindern zusätzlich: Fr. 100.00
- d. bei vier Kindern zusätzlich: Fr. 75.00

Antrag GPK

Artikel 27

Abs. 3

Die Betreuungszulage beträgt bei einem Beschäftigungsgrad von 100 % **pro Monat**

- a. **für das erste Kind:** Fr. 150.00
- b. **für das zweite Kind:** Fr. 125.00
- c. **für das dritte Kind:** Fr. 100.00
- d. **für das vierte Kind:** Fr. 75.00

Wer diese Formulierung gemäss GPK-Vorschlag so ins Reglement aufnehmen möchte, soll dies nun noch per Handzeichen bezeugen? Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über Art, 27 Abs 3 Antrag GPK:

35	Stimmen Ja angenommen
0	Stimme Nein
1	Stimme Enthaltung

Nun haben wir noch Art. 27 Abs 4 mit dem Hinweis, dass "Eltern von mehr als vier Kindern keine weiteren Betreuungszulagen erhalten". Gibt es dazu Beratungsbedarf? Somit stimmen wir noch über die Ergänzung von Art 27 Abs. 4 ab. Wer dem so zustimmt, erhebt nun seine Hand. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über Art, 27 Abs 4:

35	Stimmen Ja angenommen
1	Stimme Nein
0	Stimme Enthaltung

Art. 27 ist somit fertig beraten.

Art. 28 bis Art. 30

Ohne Anträge.

Art. 31

Aus der 1. Lesung liegt ein angenommener Antrag zu Art. 31 Abs. 1 gemäss linker Spalte vor. Nun wird dieser redaktionell präzisiert, wobei eigentlich dasselbe damit gemeint ist. Da offensichtlich nicht ganz klar ist, was im Rahmen der 1. Lesung beschlossen wurde, wählen wir nachfolgendes Vorgehen, um es hieb- und stichfest zu machen.

Die Änderung zuhanden der 2. Lesung umfasst die Umschreibung "der Arbeitnehmerin, respektive vom Arbeitnehmer", welche zugunsten von "hälftig von den Mitarbeitenden" ersetzt wird. Der Text rechts ist



so, wie er definitiv ins Reglement aufgenommen werden soll. Wer dies so unterstützen kann, zeigt dies mit der Hand an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über nArt, 31 Abs 1:

Traktandum 3

34 Stimmen Ja angenommen

0 Stimme Nein

2 Stimmen Enthaltung

Redaktionelle Änderung für die 2. Lesung nArt. 31 Abs. 1

Angenommener Antrag aus 1. Lesung	Redaktionelle Änderung für die 2. Lesung
Der Gemeinderat kann Krankentaggeldversicherungen abschliessen. Die Prämien werden vollumfänglich hälftig von der Arbeitnehmerin respektive vom Arbeitnehmer und von der Arbeitgeberin getragen.	Der Gemeinderat kann Krankentaggeldversicherungen abschliessen. Die Prämien werden hälftig von der Arbeitnehmerin respektive vom Arbeitnehmer den Mitarbeitenden und von der Arbeitgeberin getragen.

Somit ist die endgültige Fassung von Abs. 1 geklärt. Besten Dank für diese Zeit der Beratung.

Gibt es weitere Anträge zu Art. 31?

Art. 32 bis Art. 34

Ohne Anträge.

Art. 35

Hier geht es um Neuerungen bei Abs. 4 sowie Abs. 6, im Sinne eines Auftrags an den Gemeinderat aus der 1. Lesung. Gibt es dazu Beratungsbedarf seitens einer Fraktion? Seitens von Einzelvoten? Der Gemeinderat möchte sich ebenso wenig nochmals dazu äussern. Dennoch möchte ich den Gemeinderat fragen, ob Abs. 4 somit keine Änderung erfährt? Ist das richtig so? Somit betrifft die einzige Änderung den grün markierten Text in Abs. 6. Der Abs. 4 wurde lediglich zur besseren Erläuterung aufgeführt. Wer nun der Änderung in Abs. 6 zustimmen kann, zeigt dies per Hand an. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Abstimmung über nArt, 35 Abs 6:

Traktandum 3

36 Stimmen Ja einstimmig angenommen

0 Stimme Nein

0 Stimmen Enthaltung

Antrag Gemeinderat nArt. 35 Abs. 4 und 6

Auftrag aus der 1. Lesung	Antrag für die 2. Lesung
Für die 2. Lesung sind Absatz 4 und 6 zu überprüfen; im vorliegenden Wortlaut würde beispielsweise ein Beschäftigungsgrad von 50 % eine tägliche Höchststarbeitszeit von maximal 6 Stunden zulassen.	Abs. 4 Die zulässige Höchststarbeitszeit beträgt pro Tag 12 Stunden und 60 Minuten pro Woche. Zusätzliche Stunden können nicht als Arbeitszeit angerechnet werden, ausgenommen sie wurden nach Artikel 36 angeordnet. Abs. 6: Angaben betreffend die Arbeitszeit zu Tagen, Stunden und Minuten beziehen sich auf einen Beschäftigungsgrad von 100 % und werden bei Teilzeitarbeit im Verhältnis zum Beschäftigungsgrad linear reduziert. Davon ausgenommen ist die Höchststarbeitszeit.

Bei mir sind zu Art. 35 keine weiteren Anträge eingegangen. Möchte jemand noch einen Antrag stellen?

Art. 36 bis Art. 92

Ohne Anträge.

Gibt es sodann zu den Anhängen, respektive zum restlichen Inhalt des Reglements, noch Anträge? Gibt es ansonsten noch Anträge, die bislang noch nicht gestellt werden konnten? Auch dies trifft nicht zu.

Somit schreiten wir zur Schlussabstimmung. Ich verweise dabei auf Seite 2 von Traktandum Nr. 3: Das



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Personalreglement wird genehmigt mit den heute beschlossenen Änderungen und der Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragt. Wer dem nun in der Schlussabstimmung so zustimmen kann, soll dies mit seiner Hand bezeugen. Gegenmehr? Enthaltungen?

Auch dies wäre somit einstimmig beschlossen, vielen Dank. Die Beratung zu Traktandum Nr. 3 ist abgeschlossen. Ich schlug zu Beginn der Sitzung vor, dass wir die Sitzung rund um 20.30 Uhr für das Essen unterbrechen. Wir würden somit nun eine Pause einlegen und die Sitzung um 21.00 Uhr fortsetzen.

III Abstimmung:

D Schlussabstimmung über die Vorlage:

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 60 Abs. 1 Ziff. 1 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 16. Oktober 2019, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, beschliesst mit 36 Stimmen Ja einstimmig:

- 1. Das Personalreglement im Entwurf vom 9. Oktober 2019 wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

(Pause von 20.35 Uhr bis 21.00 Uhr)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



4. **Fussballclub Langenthal; Kunstrasenfeld am Standort Rankmatte; Darlehensvertrag (Genehmigung); Investitionskredit (Bewilligung); Leistungsvereinbarung (Genehmigung); Verpflichtungskredit (Bewilligung)**
■ **Motion Loser Roland (SP), Dietrich Pascal (JL), Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 24. Oktober 2016: Kunstrasenfeld für den Fussball (als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt am 27. März 2017); Abschreibung**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir kommen zum zweiten Teil unserer Sitzung mit dem Thema des FC Langenthals und gleichzeitig geht es noch um die Abschreibung der Motion Loser. Ist zum Antragsgeschäft das Eintreten bestritten? Das Eintreten ist nicht bestritten und somit stillschweigend genehmigt. Somit kommen wir zur Berichterstattung für den Gemeinderat mit Helena Morgenthaler.

II Beratung:

A Berichterstattung

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Sie können es dem B&A entnehmen, bereits 2011 wurde im Gemeinde- und Sportanlagenkonzept die Notwendigkeit eines normierten Kunstrasenfeldes erkannt. Als es dann um die Sanierung der Dreifachhalle Hard ging, plante man zuerst zwei und anschliessend noch ein Kunstrasenfeld, das dann an der Weststrasse zu liegen kommen sollte. Hohe Kosten - es sollte ja auch noch eine Buvette, Garderoben und eine Tribüne erstellt werden, und überhaupt offene Fragen in Bezug auf die Entwicklung des Gebiets Hard bewogen den damaligen Gemeinderat vom Projekt abzusehen. In der Folge wurde im Oktober 2016 eine Motion der Stadträte Loser, Dietrich und Zurlinden mit der Forderung eingereicht, mindestens ein Kunstrasenfeld im Stadion Hard oder an einem anderen Ort zu erstellen. Diese Motion wurde im März 2017 zu Beginn der neuen Legislatur überwiesen, sodass der Gemeinderat einen klaren Auftrag erhielt.

Praktisch gleichzeitig, ebenso im Herbst 2016, kamen Vertreter des FC auf den Gemeinderat zu und schlugen vor, anstelle der Totalsanierung, die bezüglich ihres Hauptrasenfeldes dannzumal anstand, ein Kunstrasenfeld in der Rankmatte zu erstellen. Noch in der alten Legislatur Ende 2016 stand der damalige Gemeinderat diesem Begehren sehr positiv gegenüber. Der FCL orientierte den Gemeinderat aber klar darüber, dass er ein Kunstrasenfeld wie auch eine Sanierung vom Hauptrasenfeld nicht mit eigenen Mitteln finanzieren könnte.

Wer ist der FCL? Der FCL hat gegen 500 Mitglieder und im Clubbulletin, das ich letzthin in den Händen hielt, sind 17 Juniorenmannschaften aufgeführt. Nicht vergebens bekam der FCL im 2013 den Sozialpreis der Stadt Langenthal überreicht. Der Fussballclub Langenthal macht wahnsinnig viel für die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Die erste Mannschaft spielt heute in der vierthöchsten Liga und der FCL ist ein Verein mit grosser Tradition. Nach der Überweisung der damaligen Motion im Frühling 2017 setzte der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe ein. Diese Arbeitsgruppe handelte das heutige Geschäft, so wie es sich jetzt präsentiert, mit Vertretern des FCL in unzähligen Gesprächen und in teilweise hart geführten Verhandlungen aus. Es war bald klar, dass der FCL als Bauherr auf seinem eigenen Grundstück auftritt. Die Stadt gewährt ein Darlehen und das Land dient der Stadt im Darlehensvertrag als Sicherheit. Anstelle eines Darlehenszinses garantiert der FCL im Leistungsvertrag einen ganzjährigen Betrieb und gewährt bei entsprechender Nachfrage weiteren Langenthaler Vereinen wie A.S. Italica, KF-shqiponja, Lacrosse oder American Football und TOBE (Team Oberaargau Emmental) die Benutzung dieses künftigen Kunstrasenfeldes während sechs Stunden pro Woche. Weiter wurde der jährliche Beitrag im Leistungsvertrag als verlässliche Rechtsgrundlage mit dem FCL leicht angehoben. Aufgrund des Kunstrasenfeldes muss der FCL neue Maschinen und Geräte anschaffen und hat die Verpflichtung, dass Kunstrasenfeld während 12 Monaten zu bewirtschaften. Daneben besteht die Auflage, das Nebenfeld wie bis anhin in der aktuellen Form zu erhalten.

Dieses Kunstrasenfeld bietet den Vorteil, als ganzjährig bespielbares Feld die Überbelegung der Turnhallen zu entschärfen. Sie wissen ja, dass wir vor allem aufgrund der Belegung durch die Vereine über



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

zu wenige Turnhallen verfügen. Sämtliche Modalitäten sind im Darlehensvertrag und in der Leistungsvereinbarung festgehalten. Ich kann Ihnen versichern, dass die Stadt alles unternahm, um im Sinn des Sports und des Steuerzahlers das Beste herauszuholen. Dabei wurde die Stadt auch von externen Juristen unterstützt. Die vorberatenden Kommissionen stimmten dem Geschäft grossmehrheitlich oder einstimmig zu. Der FCL akzeptierte im Verlaufe der Verhandlungen einen Systemwechsel von einem gefüllten zu einem ungefüllten Feld, auch wenn er deshalb mit Mehrkosten rechnen muss. Es wäre schön, wenn Sie heute Abend diesem Geschäft in dieser Form zustimmen könnten. Der FCL müsste noch kleine Anpassungen bei der Baubewilligung einholen und könnte anschliessend die Realisierung dieses Kunst-rasenfeldes nach Saisonende im nächsten Jahr in Angriff nehmen. Danke vielmals für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

GPK-Mitglied Paul Beyeler (EVP): In der GPK diskutierten wir das Geschäft intensiv und, um die wichtigsten Beschlüsse gleich vorweg zu nehmen, die GPK verzichtet aufgrund eines Mehrheitsentscheids von 4 zu 2 darauf, Änderungsanträge zu stellen und überlässt allfällige Anpassungen der Debatte hier im Stadtrat, der ja letztendlich auch dafür zuständig ist. Mit 5 zu 2 Stimmen bei einer Abwesenheit stellten wir die formelle Richtigkeit zur Vorlage fest.

Ich möchte aber dennoch kurz auf unsere Diskussion innerhalb der GPK zurückkommen. Ich denke, einiges daraus ist auch wichtig, dies in der heutigen Diskussion zu beachten. Gemäss dem vorliegenden Beschlussesentwurf haben wir heute Abend nicht nur einen Investitionskredit, einen erforderlichen Nachkredit sowie einen Verpflichtungskredit zu bewilligen, sondern wir haben auch einen Darlehensvertrag und eine Leistungsvereinbarung mit dem FCL zu genehmigen. Wir hörten es soeben, dass diese beiden Dokumente das Resultat ausführlicher, intensiver und langer Verhandlungen zwischen der Stadt und dem FC Langenthal sind und nun zur Unterschrift bereitliegen, respektive vom FCL bereits unterschrieben zur Unterschrift bereitliegen. Wenn wir allerdings Verträge oder Vereinbarungen zu genehmigen haben, dann sollten wir uns auch mit dem entsprechenden Inhalt auseinandersetzen und gegebenenfalls Änderungen verlangen, wenn wir mit etwas nicht einverstanden sind.

Diese Änderungen, was wir gerade zuvor beim Fusionsvertrag sahen, müssten dann anschliessend auch vom Vertragspartner genehmigt werden. Ist dieser mit der neu beschlossenen Version nicht einverstanden, und es einen neuen Kompromiss zwischen der Stadt und dem FCL benötigt, müssten auch wir hier darauf zurückkommen und uns die neue Vereinbarung vorgelegt werden. Dies gilt wahrscheinlich auch für Änderungen während der Laufzeit. Wenn man beispielsweise in zwei Jahren sieht, dass Anpassungen der Stundenzahlen eine Änderung der Leistungsvereinbarung zur Folge haben, müsste ein solches Geschäft eigentlich auch vor den Stadtrat kommen. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass sich Vertragsverhandlungen durch den Stadtrat nicht sinnvoll führen lassen. Es gäbe natürlich auch die Alternative, einfach die Augen zu verschliessen, Vertrag und Vereinbarung, so wie ausgehandelt wurden, zu genehmigen. Dies könnte allenfalls auch gegen unsere Überzeugung geschehen, mit dem einzigen Ziel, damit das Geschäft nicht weiter blockiert wird. Somit würden wir eigentlich die Verantwortung übernehmen, die an sich normalerweise beim Gemeinderat liegt, ohne dass wir etwas dazu zu sagen haben.

Ich möchte noch ganz kurz etwas zum Auslöser unserer Bedenken sagen. Im Darlehensvertrag ist beispielsweise nicht erwähnt, was drinsteht. In Ziffer 6 unter "Sicherung des Darlehens und Kaufrecht" werden keine Bedingungen eines Kaufrechts beschrieben, sondern es ist von einem Vorkaufsrecht die Rede. Und das sind doch relativ grosse Unterschiede, geht es dabei doch um unterschiedliche Sicherheiten und so weiter. Ich gehe nun davon aus, dass sich der Gemeinderat der begrenzten Sicherheit beim Vorkaufsrecht bewusst ist und dennoch dieser Lösung zustimmte. Dies führt danach zu unterschiedlichen Laufzeiten von 25 Jahren, 40 und 50 Jahren. Wenn wir nun aber als Stadtrat diesen Vertrag genehmigen wollen, so sollten wir uns schon über die Limiten und die Risiken klar, respektive bewusst sein und uns darüber unterhalten. Danke.



Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich danke Stadtrat Beyeler. Sie sehen den Beratungsablauf eingeblendet und in dem Sinn ist Block A hiermit bereits abgeschlossen und wir kommen zur allgemeinen Beratung. Welche Fraktion meldet sich zu Wort?

B Allgemeine Beratung

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Die SP/GL-Fraktion schaute sich dieses Geschäft an und wir sind zuerst einmal froh, dass nun nach langen Verhandlungen eine Lösung auf dem Tisch liegt, die doch einiges umfasst. Es ist diese Leistungsvereinbarung, es ist die ganze Geschichte mit dem Darlehen und wir sind der Ansicht, dass das Ganze eigentlich grundsätzlich richtig aufgegleist ist. Man versuchte wirklich von allen Seiten eine für beide Parteien faire Lösung zu finden. Aus diesem Kontext heraus wird die SP/GL-Fraktion diesem Geschäft einstimmig zustimmen. Wir finden es wichtig, dass man hier nun wirklich einmal einen Nagel einschlagen kann und, dass das Geschäft so durch den Stadtrat gebracht wird, damit am Ende des Tages wirklich auch ein Resultat sichtbar wird. Die SP/GL-Fraktion hat nur ganz zum Schluss eine kleine Bemerkung, fänden wir es doch sympathisch, wenn sich der FCL in Zukunft etwas mehr dem Frauenfussball widmen würde, ist dies doch definitiv eine aufstrebende Sportart und wir fänden es cool, wenn hier etwas passieren würde. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil dann zukünftig eine neue, gute Infrastruktur vorliegt. In dem Sinn möchte ich Sie noch einmal dazu aufrufen, diesem Geschäft zuzustimmen, besten Dank.

SVP-Fraktion, Roland Sommer (SVP): Die SVP-Fraktion behandelte dieses Geschäft an ihrer letzten Sitzung und diskutierte es eingehend. Letztendlich kamen wir zum Schluss, dass das vorliegende Geschäft im Grundsatz sorgfältig, gut und vor allem ausgewogen vorbereitet wurde. Nicht zuletzt auch deshalb, weil auf Basis der Verhandlungen ein Antrag formuliert wurde, der unseres Erachtens im positiven Sinn einem Geben und einem Nehmen entspricht. Die Stadt hat zum einen damit die Möglichkeit, die Motion "Loser, Dietrich, Zurlinden" abzarbeiten und erfüllt zum anderen auch verschiedene Massnahmen aus dem Katalog "Bewegungsraum Sportanlagen" der Stadt Langenthal. Mit diesem Darlehensvertrag zu einem und der getrennten Leistungsvereinbarung zum anderen wurden von uns ausgesehen Grundlagen geschaffen, womit sowohl der FCL wie auch die Stadt leben kann. Die SVP-Fraktion stimmt diesem Antrag des Gemeinderates mehrheitlich zu. Danke.

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Auch die FDP/jll-Fraktion ist mit diesem Geschäft, wie nun vorliegend und soweit es den Kreditantrag anbelangt, einverstanden. Auch wir wollen, wie es auch Roland Loser darstellte, dass heute Abend ein Nagel eingeschlagen wird und dass dieses Geschäft nicht mehr weiter im Stadtrat herumgedreht werden muss. Wieso liegt dieses Geschäft beim Stadtrat? Es liegt dem Stadtrat vor, weil es sich um ein Kreditgeschäft, handelt, wofür wir zuständig sind und jeweils im zweiten Teil der Beschlussesentwürfe zur Diskussion steht.

Die Besonderheit dieses Geschäfts ist aber der Umstand, dass wir hier als Stadtrat Verträge zu genehmigen haben. Das müssen wir normalerweise nicht. Wenn wir ein neues Feuerwehrfahrzeug kaufen, beschliessen wir miteinander den Kredit, der entsprechende Vertrag hingegen wird durch den Gemeinderat ausgehandelt. Aus irgendeinem Grund kamen hier nun Verträge in den Stadtrat, die zu genehmigen sind. Das hat als erstes zur Konsequenz, dass die Verträge bei Änderung oder im Falle ihrer Kündigung den Stadtrat zu passieren haben. Bei einer Leistungsvereinbarung mit einer Dauer von 50 Jahren wird dies wahrscheinlich öfters der Fall sein, was nicht stufengerecht wäre. Auch beim Darlehensvertrag wird es möglicherweise immer wieder zu einem Stadtratsgeschäft werden. Aber die zweite und schwerwiegendere Konsequenz ist diejenige, dass wir gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Langenthal die Verantwortung für den Inhalt dieser Verträge übernehmen. Und diese Verträge beinhalten, wenn man sie jetzt aus der Distanz betrachtet, gewisse Mängel. Zum Beispiel wird auf eine Auflösungsbestimmung verwiesen, die früher vielleicht einmal Sinn machte. Aber jetzt kann der Vertrag auch bei einer Übertragung aufgelöst werden, was zum Nachteil des FCL ist und gerade nicht dem Willen des Vertrages entspricht. Auf der anderen Seite wollte die Stadt Langenthal, wie man aus dem Bericht und Antrag ersehen kann, ursprünglich ein Kaufrecht, was dann offenbar wegverhandelt wurde. Es wurde



ersetzt durch ein Vorkaufsrecht, was überhaupt nicht dasselbe ist.

Ein Vorkaufsrecht kann man abschliessen, aber ein Vorkaufsrecht – und das ist nicht irgendeine Juristenfantasie, sondern steht klar so im Gesetz unter Art. 216 Buchstabe a OR, kann nur maximal für 25 Jahre vereinbart werden. Der Darlehensvertrag dauert 40 Jahre und kann durch den FCL sogar auf 50 Jahre verlängert werden. In der Zeitung konnte letzte Woche nachgelesen werden, dass die Dauer des Darlehensvertrages von 25 auf 40 Jahre verlängert wurde. Dabei verpasste man es offensichtlich, dass man dies gleichzeitig auch mit dem Vorkaufsrecht hätte abstimmen müssen. Das ist kein Kunststück, kann doch im Vertrag festgehalten werden, dass das Darlehen dann fällig wird, wenn das Vorkaufsrecht nicht verlängert wird. Dadurch würde es auf jeden Fall wieder erneuert.

Der langen Rede kurzer Sinn: Wir werden einen Antrag stellen, der es aus unserer Sicht möglich macht, dass der Stadtrat das Geschäft heute Abend ein für alle Mal verabschiedet und dass der Stadtrat die Verträge mit dem FCL, sofern keine höheren Kredite verlangt werden, in den nächsten 50 Jahren nicht mehr anschauen muss, und es gleichzeitig dem Gemeinderat erlaubt, die nötigen redaktionellen Anpassungen noch vorzunehmen. Ich betone nochmals, dass auch wir den Nagel einschlagen möchten, aber wir möchten ihn so einschlagen, dass es auf einer vertraglich korrekten Basis erfolgt.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke. Wir nehmen den Antrag einmal so entgegen. Ich möchte noch nachfragen, ob es noch weitere Fraktionsvoten gibt?

EVP/glp-Fraktion, Michael Sigrist (EVP): Auch wir als EVP/glp-Fraktion unterstützen das Geschäft. Wie gezeigt wurde, ist der Bedarf ganz klar ausgewiesen und unbestritten und wir denken, dass ein Kunstraßenfeld sicherlich eine gute Möglichkeit darstellt, diesem Bedarf ein Stück weit entgegen zu kommen. Wir begrüssen es grundsätzlich auch, dass es zwei Verträge gibt, die nicht nur die Finanzierung, sondern auch die Nutzung regeln und dass dadurch auch eine Steuerung ermöglicht wird, das Feld beispielsweise auch anderen Vereinen zur Nutzung zur Verfügung zu stellen. Zudem möchten wir auch dem FCL danken, dass er die Eigeninitiative ergriff und hier jetzt selber als Bauherr auftritt. Aus all diesen Gründen werden wir das Geschäft unterstützen. Wir werden aber auch die Anträge der FDP unterstützen, merci.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke, Stadtrat Sigrist. Gibt es Einzelsprecher, die sich noch zum allgemeinen Teil äussern möchten? Gut, das trifft nicht zu. Wir nahmen ja diesen Antrag entgegen und es hiess ja, dass es das Ziel ist, ein für alle Mal einen Schlusspunkt zu setzen. Nach Rücksprache mit der Sekretärin kamen wir eigentlich zum Schluss, dass dies eher einem Rückweisungsantrag entspricht. Ich möchte eigentlich gerne der Sekretärin kurz das Wort zur Begründung unserer Auffassung über die Natur dieses Antrags erteilen.

Stadtratssekretärin Simone Burkhard Schneider: Grundsätzlich gilt nach meinem Rechtsverständnis, dass, wenn die Auswirkungen bei einem Abänderungsantrag nicht abschätzbar sind, dieser Antrag dann einem Rückweisungsantrag entspricht. Beim Antrag, den die FDP nachher stellen wird, wird gemäss dem Antrag – und da greife ich nun ein bisschen vor – dem Gemeinderat die Kompetenz eingeräumt, einen Darlehensvertrag und eine Leistungsvereinbarung mit dem FCL abzuschliessen. Dabei handelt es sich um ein Vertragsverhältnis, an dem bekanntlich zwei Parteien beteiligt sind. Das bedeutet, dass die Folgen von solchen Neuverhandlungen oder von einer Wiederaufnahme von Verhandlungen aus unserer Sicht nicht abschätzbar sind. Deshalb qualifizieren wir diesen Antrag als Rückweisungsantrag.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke. Möchten sich die Antragssteller zur Einschätzung als Rückweisungsantrag äussern?

FDP/jll-Fraktion, Diego Clavadetscher (FDP): Aus unserer Sicht ist es selbstverständlich kein Rückweisungsantrag, weil sonst hätten wir effektiv einen Rückweisungsantrag gestellt. Wir suchen eine Lösung und nun wird unser Antrag gerade eingeblendet, den wir ja gar noch nicht einbrachten, sondern lediglich ankündigten. Nach unserer Auffassung geschieht mit diesem Antrag nichts anderes, als normalerweise passiert, wenn der Stadtrat den Kredit beschliesst und anschliessend der Gemeinderat den Auftrag er-



hält, dies umzusetzen. Wie er es umsetzen möchte, liegt ja bereits vor. Dies ist im B&A der Stadtratsvorlage zusammen mit den beiden Vertragsentwürfen aufgezeigt. Das entspricht ja genau dem Rahmen, worin er sich bewegt und wir gehen nicht davon aus, dass sich sensationell etwas anderes ergeben wird, aber dass danach zumindest die vom Gesetz vorgeschriebenen Regelungen und die im Vertrag selber bestehenden Querverweise so ausformuliert werden, damit die Absicht auch in 50 Jahren für die nächsten Generationen, die das dann umzusetzen haben, klar ist, was damit gewollt ist. Das ist effektiv das Thema. Wir hängen nicht an dieser Formulierung, wir hängen aber einfach daran, dass wir heute Abend im Stadtrat mit gutem Gewissen dieses Geschäft abschliessen können. Und wenn uns jemand eine andere Formulierung vorschlägt, die dann dem Stadtrat erlaubt, heute den Kreditbeschluss zu fassen und den Gemeinderat mit der definitiven Redaktion dieses Vertrages zu beauftragen, dann ist uns dies noch so recht. Dies ist unsere Intention. Seit zehn Tagen probieren wir einen entsprechenden Text auszuarbeiten, und dies ist das, was wir als richtig ansehen. Wie gesagt, sind wir für alle Varianten an Umformulierungen zu haben. Wir sahen es vorher auch bei Geschäft Obersteckholz, was es bedeutet, wenn wir nun nicht diesen Weg wählen, sondern den Vertrag Punkt für Punkt durchgehen müssen, weil er so einfach nicht genügt. Niemand von uns würde diesen Vertrag privat so unterschreiben, wenn er damit ein Vorkaufsrecht mit 50-jähriger Wirkung erlangen möchte. Und wir sind unseren Einwohnerinnen und Einwohnern gegenüber verpflichtet, dass wir auch dann nicht so vorgehen, wenn wir hier als Stadtrat und Stadträtin agieren. Es ist ja überhaupt kein Drama, kann es doch passieren, dass man bei Vertragsverhandlungen etwas nicht bemerkt, und wenn man es vor der Unterzeichnung realisiert, so soll man es korrigieren. Und wenn uns unser Parlamentsrecht derart im Weg steht, dass wir so etwas einfach hinnehmen müssen, dann ist irgendetwas falsch. Es ist kein Rückweisungsantrag und wir sind der Meinung, dass dies so in Ordnung ist, ansonsten wir um einen alternativen Formulierungsvorschlag bitten.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir nehmen dies so zur Kenntnis. Die Meinung des Sekretariats wie auch meine eigene Meinung bleiben sich aber dennoch gleich. Nichtsdestotrotz schlage ich vor, nun einmal diesen Antrag einzublenden.

Es geht darum, dass man Ziffer 1 Buchstabe a und Ziffer 2 Buchstabe a in dem Sinn ändert, wie es soeben ersichtlich ist. Anstelle einer Genehmigung des Darlehensvertrages erfolgt eine Ermächtigung, einen Darlehensvertrag "mit der inhaltlichen Stossrichtung, die sich aus der Stadtratsvorlage ergibt, und unter optimaler Berücksichtigung der Interessen der Stadt Langenthal" abzuschliessen. Bei der Leistungsvereinbarung 2.a. nach Beschlussesentwurf gilt die analoge Formulierung.

Konnten alle den Antrag zur Kenntnis nehmen, sodass einmal alle vom selben reden? Stadtrat Clavadetscher stellte ja die Möglichkeit in den Raum, dass es vielleicht ja auch noch andere Formulierungen gibt, sodass ich in dem Sinn gerne einmal die Debatte zu diesem Vorschlag führen möchte. Gibt es eine Fraktion, die sich dazu äussern möchte? Möchten sich Einzelsprecher dazu vernehmen?

Robert Kummer (FDP): Ich bin zum Glück nicht Jurist, aber, wenn ich zu etwas ja oder nein sagen muss, im Wissen, dass es juristisch falsch ist, so kann ich dies doch nicht bejahen. Wenn ich es nicht weiss, gehe ich von der Annahme aus, dass der Textentwurf von den Sachverständigen korrekt erstellt wurde und dann verlasse ich mich darauf. Aber jetzt hier kann ich mich scheinbar nicht darauf verlassen. Gemeinderätin Helena Morgenthaler wies zwar darauf hin, dass dies von ausgewiesenen Fachleuten erstellt wurde, aber wenn solch ein klassischer Fehler vorliegt, dass ein Eintrag im Grundbuch lediglich eine Dauer von 25 Jahren zulässt, der Vertrag aber über eine Dauer von 40 Jahren mit einer Verlängerung von weiteren 10 Jahren Gültigkeit hat, so kann man beim besten Willen nicht zustimmen. Das ist nicht gegen den FCL gerichtet, sondern es liegt ja ein Vorschlag vor, dass es dennoch weitergehen kann, aber unter Vorbehalt einer Vertragsanpassung. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Zur Vermeidung von Missverständnissen möchte ich Stadtrat Kummer sagen, dass es sich selbstverständlich um einen zulässigen Antrag handelt und über diesen wird sodann auch abgestimmt. Die Frage stellt sich einfach, ob man ihm die Bedeutung einer Rückweisung zuweist, sodass es heute keine Schlussabstimmung gibt und das Geschäft für eine Überarbeitung



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

zurück an den Gemeinderat geht. Aber nach der Meinung von Stadtrat Clavadetscher taxiert er den Antrag ja als Abänderungsantrag und somit beharrt er darauf, dass wir heute eine Schlussabstimmung durchführen. Wir hätten dann quasi ein "pfannenfertiges" Geschäft vorliegen, das mit dieser neuen Formulierung aufgegleist werden könnte. Darin liegt der Unterschied. Selbstverständlich werden wir über diesen Antrag abstimmen.

Lars Schlapbach (SVP): Ich glaube, dass es hier um zwei Fragen geht. Auf der einen Seite geht es um den Darlehensvertrag und die Leistungsvereinbarung und hier ist ja grundsätzlich einmal unbestritten, dass man darauf eintreten möchte. Auf der anderen Seite geht es um den Fehler, der offenbar in der Formulierung dieses Vorkaufrechts liegt. Da kann man der Meinung sein, dass man dies dann je nachdem auslegen kann, aber es ist grundsätzlich nicht ganz richtig. Für mich ist wichtig zu wissen, ohne dass ich mich zuvor bereits festlege, ob es sich hier nun um eine Rückweisung oder um keine Rückweisung handelt. Wenn es juristisch gesehen eine Rückweisung wäre, so wäre es nicht das, was wir heute Abend möchten, habe wir doch die Absicht, das Geschäft zu erledigen. Wir müssen uns schon klarwerden, was eine Annahme dieses Antrags bedeutet. Vielleicht wäre es eine andere Idee, den Darlehensvertrag und die Leistungsvereinbarung grundsätzlich zu genehmigen, womit der Grundsatz eigentlich definiert wäre und die Vertragspartner wären sodann der Gemeinderat und der FCL. Ich weiss allerdings nicht, ob es kompliziert wäre, wenn man dies noch ändern würde. Aber es ist klar, dass ich das Geschäft heute gerne zum Abschluss bringen möchte.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke. Gibt es weitere Einzelsprecher? Das ist nicht der Fall. Wir gehen nun folgendermassen vor: Ich werde nun dem Antragsteller nochmals das Wort erteilen und anschliessend der Vertretung des Gemeinderats. Bislang hörten wir nämlich seine Stellungnahme zum Antrag noch nicht. Insbesondere wäre auch interessant zu erfahren, wie er sich zu dieser Frage des Vorkaufrechts stellt. Anschliessend werde ich die Sitzung für einen kurzen Augenblick unterbrechen, um zu klären, wie wir anschliessend weiterverfahren. So bietet sich Ihnen vielleicht auch noch kurz die Gelegenheit, sich darüber Gedanken zu machen.

Nachdem es keine weiteren Einzelsprecher mehr gibt, liegt das Wort nochmals beim Antragsteller, falls er dies wünscht.

Diego Clavadetscher (FDP): Ich würde es bevorzugen, erst nach dem Gemeinderat nochmals an das Mikrofon zu treten.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gut, dann machen wir das so und der Gemeinderat hat das Wort.

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Ich verzichte darauf, zumal die Position des Gemeinderates klar ist.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Somit wird trotz der Gelegenheit zur Stellungnahme nicht davon Gebrauch gemacht.

Diego Clavadetscher (FDP): Ich frage mich, auch wenn wir dies wahrscheinlich bei Aufgaben, die weiter oben angesiedelt sind, noch nie so machen mussten, ob wir auf Basis einer eigenen Auslegung zu einer Entscheidung kommen. Kann das in der Pause geklärt werden, ob man zur Frage der Qualifikation als Rückweisung eine Abstimmung zur Interpretation durchführen kann? Ich meinte, zuvor beim Traktandum über Obersteckholz war einer der vorgeschlagenen Lösungsvorschläge, dass wir eine Interpretation vornehmen könnten, wie wir einen Vertrag verstehen. Hier im jetzigen Fall würden wir eine Interpretation vornehmen, wie man einen Antrag verstehen kann.



Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Merci, Stadtrat Clavadetscher. Ich meinte, dass dies nicht ganz genau dasselbe ist. Grundsätzlich habe ich die Sitzungsleitung und ich bringe nur Anträge zur Abstimmung, die rechtmässig sind. Dieser Antrag ist nach meinem Dafürhalten rechtmässig, wenn man ihn als Rückweisungsantrag versteht. Dabei sind wir uns offenbar nicht einig. Ich versuche nun, im vorliegenden Fall, ein einvernehmliches Vorgehen zu ermöglichen. Dies bedingt, dass ich mich mit Stadtrat Clavadetscher und einer Vertretung des Gemeinderates kurz bespreche. Die Sitzung wird deshalb für fünf Minuten unterbrochen.

(Sitzungsunterbruch von 21.35 Uhr bis 21.45 Uhr)

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen für Ihre Geduld. Wir versuchten eine Lösung zu finden; es war allerdings nur beschränkt möglich. Die Auslegung, so wie wir sie vornahmen, namentlich unter Beizug meiner Sekretärin, ist die einer Rückweisung. Das bedeutet bei Annahme des Antrags, dass die Beratung folglich abgeschlossen ist. Die Debatte zu diesem Geschäft wurde nun bereits geführt, die Anträge sind gestellt und begründet und der Gemeinderat hatte die Gelegenheit, sich dazu zu äussern. Das ist die Übungsanlage und wir stimmen nun ab. Wer den Anträgen der FDP Ziffer 1a und Ziffer 2a, die inhaltlich zusammengehören und bei Ihrem erfolgten Einverständnis auf einmal zur Abstimmung gelangen, so zustimmen kann, soll dies mit seiner Hand bezeugen. Wer dem nicht zustimmt, soll dies mit Hand hochhalten, bezeugen? Enthaltungen?

Abstimmung über Ziffer 1a/2a Antrag FDP/jll:

12	Stimmen Ja
22	Stimmen Nein abgelehnt
2	Stimmen Enthaltung

Traktandum 4

Beschlussentwurf GR

Ziffer I.

1. a.

Der Darlehensvertrag für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes durch den FC Langenthal auf der Fussballanlage Rankmatte zwischen der Stadt Langenthal und dem Fussballclub Langenthal vom 24. Oktober 2019 (Beilage ②) wird genehmigt.

Antrag FDP/jll

Ziffer I.

1. a.

Der Gemeinderat wird beauftragt und ermächtigt, mit dem Fussballclub Langenthal einen Darlehensvertrag für die Finanzierung der Erstellung eines Kunstrasenfeldes durch den FC Langenthal auf der Fussballanlage Rankmatte abzuschliessen, mit der inhaltlichen Stossrichtung, die sich aus der Stadtratsvorlage ergibt, und unter optimaler Berücksichtigung der Interessen der Stadt Langenthal.

Traktandum 4

Beschlussentwurf GR

Ziffer I.

2. a.

Die Leistungsvereinbarung betreffend die finanzielle Unterstützung des Fussballclubs Langenthal zwischen der Stadt Langenthal und dem Fussballclub Langenthal vom 27. August 2019 (Beilage ③) wird genehmigt.

Antrag FDP/jll

Ziffer I.

2. a.

Der Gemeinderat wird beauftragt und ermächtigt, mit dem Fussballclub Langenthal eine Leistungsvereinbarung betreffend die finanzielle Unterstützung des Fussballclubs Langenthal abzuschliessen, mit der inhaltlichen Stossrichtung, die sich aus der Stadtratsvorlage ergibt, und unter optimaler Berücksichtigung der Interessen der Stadt Langenthal.

Wir steigen in die Detailberatung ein, beziehungsweise fahren dort weiter.



C Detailberatung

Gibt es weitere Anträge zu den Beschlusspunkten Ziffer I und II. Ich sehe keine Anträge. Nachdem wir nun etwas schneller als erwartet zum Schluss kommen, frage ich nochmals an, ob sich jemand noch zum Geschäft äussern möchte? Wird seitens des Gemeinderates nochmals das Wort gewünscht? So kommen wir zur Schlussabstimmung betreffend Seite 2 von Traktandum Nr. 4. Wir befinden dabei über den Darlehensvertrag sowie über die Leistungsvereinbarung römisch I und anschliessend erfolgt die Abstimmung über die Abschreibung der Motion Loser unter römisch II. Wer dem Darlehensvertrag und der Leistungsvereinbarung unter den jeweiligen Buchstaben a und b zu 1. Und a bis c zu 2. Und somit insgesamt römisch I zustimmen und den Gemeinderat mit dem Vollzug beauftragen will, bezeugt dies nun mit seiner Hand. Gegenmehr? Enthaltungen?

Wir kommen jetzt noch zu römisch II, Abschreibung der Motion Loser und Mitunterzeichnende. Wer der beantragten Abschreibung der Motion Loser zustimmen und das Sekretariat vom Stadtrat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, erhebt nun die Hand.

III Abstimmung:

D Schlussabstimmung über die Vorlage:

- I. **Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 1 Ziff. 2 und 3 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 23. Oktober 2019, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, beschliesst mit 22 Stimmen Ja gegen 5 Stimmen Nein bei 9 Enthaltungen:**
 1. a. **Der Darlehensvertrag für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes durch den FC Langenthal auf der Fussballanlage Rankmatte zwischen der Stadt Langenthal und dem Fussballclub Langenthal vom 24. Oktober 2019 wird genehmigt.**
 - b. **Der hierfür erforderliche Investitionskredit in der Höhe von maximal Fr. 1'900'000.00 wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 2300.5460.15 ("Fussballclub Langenthal; Darlehen für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes"), bewilligt.**
 2. a. **Die Leistungsvereinbarung betreffend die finanzielle Unterstützung des Fussballclubs Langenthal zwischen der Stadt Langenthal und dem Fussballclub Langenthal vom 27. August 2019 wird genehmigt.**
 - b. **Der hierfür im Jahr 2020 erforderliche Nachkredit in der Höhe von Fr. 20'000.00 wird zu Lasten der Erfolgsrechnung, Konto Nr. 6160.3636.17 ("Fussballclub Langenthal; Unterstützungsbeitrag"), bewilligt.**
 - c. **Der hierfür ab dem Jahr 2021 erforderliche Verpflichtungskredit für die wiederkehrende Ausgabe in der Höhe von Fr. 130'000.00 wird zu Lasten der Erfolgsrechnung, Konto Nr. 6160.3636.17 ("Fussballclub Langenthal; Unterstützungsbeitrag"), bewilligt.**
 3. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**
- II. **Der Stadtrat, gestützt auf Art. 34 Abs. 2 und Art. 36 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 7. Dezember 1981, beschliesst mit 35 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein bei 1 Enthaltung:**
 1. **Die Motion Loser Roland (SP), Dietrich Pascal (JL), Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 24. Oktober 2016: Kunstrasenfeld für den Fussball (als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt am 27. März 2017) wird als erledigt vom Protokoll des Stadtrates abgeschrieben.**
 2. **Das Sekretariat des Stadtrates wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



5. Erhöhung des jährlichen Unterstützungsbeitrages an die Kosten der Eismiete der SC Langenthal Nachwuchs AG; Verabschiedung der Botschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 9. Februar 2020

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 5 betreffend die Erhöhung des Unterstützungsbeitrags an die Kosten der Eismiete der SC Langenthal Nachwuchs AG und dabei geht es einzig um die Verabschiedung der Abstimmungsbotschaft zur Volksabstimmung im Februar 2020. Das ist ein zwingendes Geschäft und das Nichteintreten ist in dem Sinn ausgeschlossen. Wir beginnen sogleich mit der Beratung.

Ihnen fiel möglicherweise auf, dass es hier keine Berichterstattung durch den Gemeinderat gibt. Das liegt daran, dass es kein Gemeinderatsgeschäft in der Vorbereitung ist. Der Stadtrat ist gemäss Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung für die Verabschiedung der Abstimmungsbotschaft zuständig. Die Berichterstattung seitens der GPK liegt bei Stadtrat Bösiger.

II Beratung:

A Berichterstattung

GPK-Mitglied Daniel Bösiger (SVP): Am Hearing von vergangendem Mittwoch sagte Gian Kämpf in seinem Schlussplädoyer, dass es im Eishockey um Emotionen geht. Und diese Emotionen waren auch spürbar in der Diskussion in der GPK, auch wenn es angeblich nur um die Verabschiedung dieser Botschaft zu Händen der Volksabstimmung ging. Voraus informierte uns das Sekretariat der GPK, dass aufgrund der Abklärungen niemand ausstandspflichtig ist. Dies war deshalb nötig, da sich unter den Mitgliedern der GPK sowohl Kleinaktionäre der SCL AG wie auch Mitglieder des Referendumskomitees befinden. Die Diskussion drehte sich sodann über die Länge der Ausführungen in der Botschaft, über die Minderheits- und Mehrheitsargumente sowie über den Text des Referendumskomitees, bei dem man feststellen konnte, dass eine Ausgewogenheit nicht mehr in der Masse gegeben ist. Bezüglich des Textinhalts des Referendumskomitees vernahmen wir, dass das Zusammenstellen der Botschaft an frühere Botschaften angelehnt wurde und schlussendlich sich das Referendumskomitee für den Inhalt des Textes verantwortlich zeichnet, und nicht der Gemeinderat.

Es gab dazu folgende Anträge wie etwa derjenige, die Auflistung der Argumente des Referendumskomitees zu kürzen, was bei 1 Ja-Stimme gegen 5 Nein-Stimmen mit einer Enthaltung abgelehnt wurde. Es wurde weiter ein Antrag gestellt, explizit zu erwähnen, dass es sich hier um ein Präjudiz handelt, was mit 4 zu 3 Stimmen gutgeheissen wurde. Entsprechend möchte ich dies hier auch mit folgendem Zitat erwähnen: "Es wird durch diese Botschaft ein Präjudiz geschaffen, was die Art und Weise der Möglichkeit zur Stellungnahme eines Referendumskomitees betrifft, ebenso was die Gewichtung des Verhältnisses von Argumenten der Mehrheit und der Minderheit und des Referendumskomitees anbelangt. Zudem ist das Referendumskomitee hier sehr frei, was die Formulierungen betrifft. Am Ende stellte die GPK die formelle Richtigkeit mit 6 zu 1 Stimmen fest.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke, Stadtrat Bösiger. Auch hier liegen Abänderungsanträge vor, aber wir würden hier zuerst eine kurze allgemeine Runde zur Botschaft durchführen. Wer meldet sich von den Fraktionen zu Wort? Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher?

B Allgemeine Beratung

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (Partei): Ich rede hier nicht als Einzelsprecher, sondern als Fraktionssprecher. Wie Sie wissen, sprachen wir uns bereits anlässlich der 1. Lesung für dieses Geschäft aus und standen diesem Geschäft positiv gegenüber. Wir werden dies auch heute so vollziehen und stehen nach wie vor hinter diesem Geschäft, weil wir der Meinung sind, dass es eine gute Sache für die Kinder, die Jungen und den Sport ist. Wenn wir daran denken, dass wir für die Kinder jetzt auch noch iPads kaufen, so tut doch etwas für die Bewegung auch ein bisschen gut.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

EVP/glp-Fraktion, Jürg Schenk (EVP): Auch ich war ein wenig zu spät dran und auch ich rede im Namen meiner Fraktion. Wir von der EVP/glp-Fraktion sind der Meinung, dass die Fakten in dieser Botschaft auf dem Tisch liegen und es jetzt am Volk ist zu entscheiden, ob es bereit ist, diesen Mehraufwand zu bewilligen. Wir werden diesem Entwurf der Abstimmungsbotschaft zustimmen.

FDP/jll-Fraktion, Robert Kummer (FDP): Die FDP/jll-Fraktion dankt für die Vorarbeit und wir befürworten, dass der Souverän hier das letzte Wort hat und genehmigen die Botschaft grossmehrheitlich. Danke für die Aufmerksamkeit.

SP/GL-Fraktion, Gerhard Käser (SP): Auch wir diskutierten die Vorlage ausführlich und wir waren geteilter Meinung, als es um das Inhaltliche ging. Jetzt geht es ja aber "nur" um die Botschaft und diese unterstützen wir grossmehrheitlich. Klar kann darüber diskutiert werden, ob Pro und Contra gleichwertig ausgewiesen sein sollte. Wir stellen hingegen keine Anträge und stimmen dieser Botschaft grossmehrheitlich zu.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Somit waren dies die Fraktionsvoten. Nun kommen wir nochmals zu den Einzelsprechern.

Urs Zurlinden (FDP): Eigentlich hätte man ja davon ausgehen können, dass nach der letzten hart geführten Debatte über den Unterstützungsbeitrag zugunsten der SCL-Junioren hier im Stadtrat alles klar gewesen ist. Heute geht es ja auch gar nicht mehr um dieses Thema; es geht nicht mehr um die Frage des Unterstützungsbeitrags. Alle Argumente pro und contra lagen auf dem Tisch und der Stadtrat sprach sich nach der demokratischen Ausmarchung für die Erhöhung dieses Beitrags aus. Aber die andersdenkende Minderheit des Stadtrates wollte diesen Entscheid nicht akzeptieren und ergriff deshalb das Referendum. Das ist selbstverständlich ihr Recht, auch wenn man sich dabei sehr gut vorstellen kann, dass es sich dabei um schlechte Verlierer handelt. Item, das Referendum kam mit 770 Unterschriften zustande und jetzt kommt es zur Volksabstimmung. Und für diese Abstimmung müssen wir hier im Stadtrat eine Botschaft formulieren.

Jetzt verlangt aber unsere demokratische Usanz, dass bei einer kontroversen Abstimmungsvorlage die Befürworter und die Gegner im selben Umfang ihre Argumente vorbringen dürfen. Das ist im vorliegenden Botschaftsentwurf leider nicht der Fall, was offenbar bereits in der GPK zu Kritik führte. Es ist doch nichts als politisch korrekt und entspricht unserem Demokratieverständnis, dass den beiden Lagern in einer Abstimmungsbotschaft in etwa gleich viel Platz eingeräumt wird, um ihre Argumente vorzutragen. Das ist hier nun aber überhaupt nicht so. Leider wurden seitens der Verwaltung nur die Gegner dieses Geschäfts, notabene die unterlegene Minderheit im Stadtrat, zu einer weiteren Begründung ihrer Haltung eingeladen, was letztlich zu Wiederholungen in ihrer Argumentation und zu einer krassen Verletzung des Gleichbehandlungsgebotes führte. Ich werde deshalb einen Antrag stellen, der dies korrigieren soll. Mit der knappen Darstellung und der Reduktion von Kapitel 7 auf Abschnitt 7.1 kann die unfaire Ungleichgewichtung behoben werden. Sie sehen, dass die Referendumsbefürworter in Kapitel 7 nochmals zu Wort kommen, nachdem die Minderheit bereits im Stadtrat sehr ausführlich zu Wort kam. Zudem stellen die zusätzlichen Ausführungen von diesem sogenannten Referendumskomitee vornehmend Wiederholungen dar, Stichwort "Finanzen", oder es werden neue Argumente eingebracht, Stichwort "Gesamtlösung", die von den Befürwortern noch gar nicht beurteilt werden konnten. Die Alternative wäre, den Befürwortern hier auch noch einmal die Möglichkeit zu geben, ihre Argumente vorzutragen. Das würde aber eine weitere Verzögerung bedeuten und eine Verschiebung des Abstimmungstermines zur Folge haben, was aber niemand möchte.

Den Vogel abgeschossen wurde vom Komitee, indem Vergleiche mit anderen Gemeinden und deren Beiträge für den Eissport vorgebracht werden. Diese Vergleiche sind deshalb höchst fragwürdig, weil die gesamten, sehr unterschiedlichen Finanzstrukturen dieser Vereine ausgeblendet, beziehungsweise einfach übergangen werden. Die Verfasser dieser Botschaft erkannten dieses Problem, aber man begnügte sich sodann mit der höchst fragwürdigen Vorwarnung, dass das Komitee die Verantwortung für die Richtigkeit ihrer Argumente trägt. Vor uns liegt nun also ein Entwurf einer Botschaft mit Argumenten,



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

die allenfalls einer näheren Überprüfung nicht standhält. Eine solche Botschaft kann ich nicht unterstützen. Aber anstatt sie einfach abzulehnen, wie ich dies zuerst beabsichtigte, skizzierte ich eine Alternative, die die erwähnten Mängel schlicht ausmerzt. Gemäss meinem Vorschlag würde das Referendumskomitee nicht etwa ganz übergangen, aber es erhält auch nicht mehr diese ausufernde Plattform, um sich selber darzustellen. Ihre Argumente werden damit weiterhin sehr wohl aufgelistet, aber nicht mehr in der ganzen Breite ausgewälzt. Mit dem konkreten Weglassen der Kapitel 7.2 bis 7.5 kann meiner Forderung einer einigermaßen ausgeglichenen Darstellung von Pro und Contra Rechnung getragen werden. Und der letzte Satz in Kapitel 6 ist so oder so ein Fremdkörper im Aufbau dieser Botschaft und hat mit dem Kapitel "Beratung im Stadtrat" gerade überhaupt gar nichts zu tun. Ich bitte Sie meine Abänderungsanträge anzunehmen und so der demokratischen Forderung nach einer einigermaßen ausgeglichenen Darstellung von zwei konträren Meinungen entgegenzukommen. Dann könnten wir dann tatsächlich von einem beispielhaften Verfahren reden. Vielen Dank.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke, Stadtrat Zurlinden. Wir sind da nach und nach vom allgemeinen Teil zur Detailberatung übergegangen. Ich möchte deshalb nachfragen, ob sich jemand noch zum allgemeinen Teil äussern möchte?

Beat Hasler (SP): Ich möchte hier ganz kurz etwas zur Beteiligung bei den letzten Abstimmungen sagen. Urs Zurlinden sagte, dass man automatisch annehmen kann, dass die unterlegene Minderheit bei der Stadtratsabstimmung auch im Referendumskomitee aktiv beteiligt war. Dem möchte ich hier entgegenwirken, war ich doch nicht aktiv im Komitee, sondern beugte mich dem Entscheid des Stadtrates und war der Meinung, dass dieser Unterstützungsbeitrag nun eben durchgezogen wird. Also ist es nicht einfach so, dass alle ablehnenden Stadratsmitglieder, die bei der letzten Abstimmung zu diesem Geschäft im Stadtrat dagegen votierten, automatisch auch beim Referendum mitmachten. Merci.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gibt es nun noch weitere Voten zum allgemeinen Teil? So starten wir nun endgültig mit der Detailberatung.

C Detailberatung

Wir hörten vom Antrag, der Urs Zurlinden als Einzelsprecher bereits stellte. Das sind eigentlich zwei Anträge, einerseits zur Streichung eines Satzes auf Seite 14 und andererseits zu einer Ergänzung in rot auf Seite 16 sowie der nachfolgenden Streichung von Ziffer 2 bis 5 von Ziffer 7. Ist das richtig so, dass dies ersatzlos gestrichen werden soll? Gut. Ich möchte gerne fragen, zumal noch weitere Anträge angekündigt sind, ob es noch weitere Anträge zur Botschaft gibt?

Pascal Dietrich (FDP): Eishockey ist ein teurer Sport, besonders dann, wenn ein Club überdurchschnittlich hohe Eismieten zu zahlen hat, wie das in Langenthal der Fall ist und nun alle mitbekamen. Man kann aber sagen, dass dieses viele Geld in den letzten Jahren hier in Langenthal gut investiert wurde. Sie bekamen es hoffentlich auch mit, dass die Nachwuchsabteilung des SC Langenthal in den letzten Jahren zweimal als bester Ausbildungsclub der Schweiz ausgezeichnet wurde. Das ist also nicht nichts und das sollte einem auch etwas bedeuten. Wichtig ist aber auch, dass das Geld auch und gerade nur von ein paar wenigen Personen zur Verfügung gestellt wurde, natürlich nebst den Beiträgen von allen Junioren und der Stadt, die bereits bis anhin einen Beitrag an die Eismiete leistete. Damit konnte die Rechnung der Nachwuchs AG in den letzten Jahren auch nur deshalb beinahe ausgeglichen abgeschlossen werden, weil eben einige Leute Beiträge leisteten, denen dies auch etwas wert war.

Aber der SC Langenthal war bereits seit längerer Zeit der Ansicht, dass dies kein Dauerzustand sein kann. Es ist nicht möglich, dass diese Sponsoren jedes Jahr solche Beiträge leisten, weshalb der SCL bereits vor einiger Zeit mit der Anfrage auf die Stadt zugeht, dass noch etwas bezüglich der Eismiete passieren muss, da wir diesbezüglich auch im Vergleich mit anderen Teams in der Schweiz nicht konkurrenzfähig sind und nicht über gleich lange Spiesse verfügen. Aus dem heraus entstand auch dieses Geschäft, wie Sie alle wissen. Aber nun in der Diskussion über diese Botschaft wäre es aus meiner Sicht eigentlich



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

auch redlich, wenn man auf gewisse Konsequenzen aufmerksam machen würde, die da entstehen könnten, auch wenn wir politisch anderer Meinung sind, was ja völlig zulässig ist. Aber man sollte dann auch darauf hinweisen, was dann passieren könnte. Und wenn ich hier den Punkt 5 "Konsequenzen bei einer Ablehnung der Vorlage" durchlese, so wird bei einer Ablehnung darauf verwiesen, dass dann wie gehabt weiterhin Fr. 125'000.00 an die Eismiete bezahlt werden, und weiter wird festgehalten, dass "die weitere Entwicklung der Nachwuchsabteilung des SC Langenthal ungewiss ist." Wenn Sie sich die Grundlagenakten anschauen, so fand sich ursprünglich im Vorschlag des Akibus bezüglich der Konsequenzen einer Ablehnung eine sehr gute Formulierung, stand dort nämlich, dass "dadurch der weitere Fortbestand der Nachwuchsabteilung des SC Langenthal in der heutigen Form und Grösse in Frage gestellt wird" und so weiter. Und das ist die Folgerung, die man auch den Leuten sagen muss. Ansonsten muss man im Nachhinein konstatieren, dass die gesamte Aufbauarbeit der letzten 15 Jahre beinahe für nichts war. Dann kommt das grosse Erwachen und dann kommen Fragen, warum man nicht rechtzeitig darauf hinwies. Ich bin der Meinung, dass man dies deshalb jetzt sagen muss. Man kann selbstverständlich politisch der Meinung sein, dass es zu teuer ist und man dieses Geld nicht ausgeben möchte. Eine solche Haltung ist durchaus legitim. Ich sagte beim Theater auch schon, dass ich das Programm gut und schön finde, aber dass es nicht mehr als Fr. 1'000'000.00 kosten darf. Eine solche Meinung ist nun selbstverständlich auch beim Eissport möglich. Aber dann soll man es auch kommunizieren und dann soll man darlegen, was passieren könnte. Und es könnte eben passieren, dass dieser zweifach ausgezeichnete Club und diese tolle Nachwuchsabteilung und deren ganze Aufbauarbeit einfach wieder in sich zusammenfällt, sodass diese 400 Jugendlichen plötzlich mehr oder weniger vor dem Nichts stehen. Diese Informationsgrundlage müssen wir meiner Meinung nach unserer Stimmbevölkerung zur Verfügung stellen und deshalb wäre es nicht mehr als richtig, wenn der Punkt "Konsequenzen bei einer Ablehnung der Vorlage" entsprechend so formuliert würde, was auch der ursprünglichen Fassung dieser Botschaft entsprach. Mir ist nicht ganz klar, warum man das hier so zusammenstrich, gehört doch diese Information von mir ausgesprochen erwähnt. Ich bitte Sie, dies so zu unterstützen, trägt es doch auch noch ein bisschen zur Ausgewogenheit bei, wie bereits Urs Zurlinden ausführte, was ich ebenso unterstützen werde. Er stellte den Sachverhalt als einer der ältesten und erfahrensten Stadträte sehr gut dar. So wie diese Botschaft unausgewogen vorliegt, finde ich es nicht vertretbar. Herzlichen Dank.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke, Stadtrat Dietrich. Das sind nun alle Anträge, die mir angekündigt wurden. Gibt es dennoch zusätzlich neue Anträge? Also, das Vorgehen ist nun so, dass wir die Botschaft seitenweise beraten und Anträge zur Seite 13 von Stadtrat Dietrich und von Seite 14 und 16 von Stadtrat Zurlinden zur Diskussion stellen. Wir eröffnen die entsprechende Beratung, sobald wir bei den betreffenden Seiten angelangen werden.

Titelseite bis Seite 2

Ohne Anträge.

Seite 3

Diego Clavadetscher (FDP): Ich habe lediglich einen formalen Hinweis zu machen. Oben auf der zweiten Zeile wird auf Seite 7 verwiesen, wahrscheinlich müsste der Verweis aber auf Seite 6 erfolgen. Unten auf dieser Seite gilt es zudem noch einen Schreibfehler, auf der zweituntersten Zeile betreffend das Wort "Jahr" zu korrigieren.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke vielmals, Stadtrat Clavadetscher. Ich gehe davon aus, dass die Hinweise nicht bestritten sind.

Seite 4 bis Seite 12

Ohne Anträge.



Seite 13

Hier haben wir den Antrag von Stadtrat Dietrich. Nachdem es keine Vorlage des Gemeinderates ist und er in dem Sinn auch nicht ein Schlusswort hat, frage ich an dieser Stelle, ob es Bemerkungen von gemeinderätlicher Seite gibt? Das ist nicht so. Ich eröffne somit die allgemeine Runde und frage die Fraktionen, ob sich jemand zum Antrag Dietrich äussern möchte? Gibt es Einzelsprecher? Somit stimmen wir darüber ab. Die Änderung besteht aus dem rot markierten Teil und dem Durchstreichen des einen Satzes und dem Ergänzen des Textes von "Dadurch... betroffen". Wer dieser Änderung von Stadtrat Dietrich so zustimmen möchte, soll dies mit Handhochhalten bezeugen. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über Seite 13, Antrag Dietrich:

21	Stimmen Ja	angenommen
13	Stimmen Nein	
2	Stimmen Enthaltung	

Traktandum 5

Botschaftsentwurf

Seite 13

5. Konsequenzen bei einer Ablehnung der Vorlage

Bei einer Ablehnung der Vorlage wird der jährliche Unterstützungsbeitrag an die Kosten der Eismiete der SC Langenthal Nachwuchs AG nicht erhöht. Es werden weiterhin jährlich Fr. 125'000.00 für die Eismietkosten ausgerichtet. Die weitere Entwicklung der Nachwuchsbewegung des SC Langenthal ist ungewiss.

Antrag Pascal Dietrich

Seite 13

5. Konsequenzen bei einer Ablehnung der Vorlage

Bei einer Ablehnung der Vorlage wird der jährliche Unterstützungsbeitrag an die Kosten der Eismiete der SC Langenthal Nachwuchs AG nicht erhöht. Es werden weiterhin jährlich Fr. 125'000.00 für die Eismietkosten ausgerichtet. **Die weitere Entwicklung der Nachwuchsbewegung des SC Langenthal ist ungewiss.** Dadurch wird der weitere Fortbestand der Nachwuchsbewegung des SC Langenthal in der heutigen Form und Grösse in Frage gestellt. Die Verkleinerung der Juniorenabteilung oder gar das Aufheben einzelner Mannschaften wären mögliche Folgen. Der Breitensport wäre hauptsächlich davon betroffen.

Gibt es weitere Anträge zu Seite 13?

Seite 14

Hier haben wir den Antrag von Urs Zurlinden. Dabei geht es um die Streichung des Satzes: "Anschliessend...". Ich muss kurz nachfragen, ob es sich hier um einen einzelnen Antrag handelt? Also, somit nehmen wir diesen als Einzelantrag entgegen. Und dazu eröffnen wir die Debatte über den Streichungsantrag auf Seite 14. Gibt es Fraktionssprecher? Einzelsprecher? Möchte sich der Gemeinderat äussern? Da dem nicht so ist, stimmen wir direkt über diesen Streichungsantrag des roten Satzes auf Seite 14 ab. Wer diesem Antrag so zustimmt, soll dies mit der Hand bezeugen. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung über Seite 14, Antrag Zurlinden:

16	Stimmen Ja	angenommen
15	Stimmen Nein	
5	Stimmen Enthaltung	

Traktandum 5

Botschaftsentwurf

Seite 14

6. Beratung im Stadtrat

[...]
Diese Darstellung fasst die Stadtratsberatung vom 18. März 2019 zusammen und fasst auf dem offiziellen Protokoll dieser Sitzung (Anmerkung: Das Protokoll kann auf der Homepage der Stadt, www.langenthal.ch, eingesehen werden). **Anschliessend** werden die Argumente des Referendumskomitees dargestellt (vgl. Ziff. 7).

Antrag Urs Zurlinden

Seite 14

6. Beratung im Stadtrat

[...]
Diese Darstellung fasst die Stadtratsberatung vom 18. März 2019 zusammen und fasst auf dem offiziellen Protokoll dieser Sitzung (Anmerkung: Das Protokoll kann auf der Homepage der Stadt, www.langenthal.ch, eingesehen werden). **Anschliessend werden die Argumente des Referendumskomitees dargestellt (vgl. Ziff. 7).**

Seite 15

Ohne Anträge.



Seite 16

Bei diesem zweigeteilten Antrag liegt nun allerdings eine Einheit vor. Sie sehen im oberen Absatz den in rot eingefügten Text, der ergänzt werden soll. Sodann soll der Titel: "Warum wurde das Referendum ergriffen" gestrichen werden und weiter unten mit "...es die Ansicht vertritt, dass..." im Fliesstext ergänzt werden. Anschliessend sollen Ziffer 2 bis 5 von Kapitel 7 ersatzlos gestrichen werden. Möchte sich eine Fraktion dazu äussern? Gibt es Einzelsprecher? Da gibt es diverse, somit gilt "ladies first".

Beatrice Lüthi (FDP): "I disapprove of what you say, but I will defend to the death your right to say it!" Ich hoffe, Sie verstanden es, ich hatte Altgriechisch im Gymnasium und nicht Englisch. Das ist ein Ausspruch von Evelyn Beatrice Hall, einer englischen Schriftstellerin und es wird hin und wieder auch Voltaire zugeschrieben, aber das ist falsch. Ich stehe hier nicht als Fraktionsmitglied oder als Stadträtin der FDP oder sonst etwas, sondern als Staatsrechtlerin, die auch schon Abstimmungsbüchlein mitgestaltete und noch ganz viel mehr Abstimmungsbüchlein studierte und las.

Es ist immer so, wenn ein Initiativ- oder ein Referendumskomitee beteiligt ist, so wird dem Komitee in einem Abstimmungsbüchlein Platz zur Darstellung seiner Argumente eingeräumt. Das liegt in der Natur der Sache, dass dann eben zwei oder vielleicht sogar mehr unterschiedliche Meinungen vorhanden sind. Jede Seite hat ihre Argumente, seien es bessere oder schlechtere oder blödere. Sie könnten auch "Hundert Jahre Montag" hineinschreiben, auch dies wäre letztendlich möglich. Die Idee, die dahintersteht, ist die, dass die Stimmberechtigten eben die gesamte Auslegeordnung erhalten sollten. Sie gewichten sodann die Argumente selber und bilden sich ihre Meinung. Wenn wir hier nun als Stadtrat etwas daran ändern möchten, ist dies äusserst delikat. Die Grenzen, einem Referendumskomitee Worte in den Mund zu legen, was hier meiner Meinung nach der Fall wäre, sind einfach alleine dort, wo es um krasse Unwahrheiten geht oder wo strafbare Äusserungen zu finden sind. Das Abstimmungsbüchlein, auch wenn dann mehrere Leute und mehrere Seiten daran beteiligt sind, ist letztendlich nicht das Resultat einer politischen Auseinandersetzung. Auf Stufe Bund ist das einigermaßen gewährleistet, weil dort die Federführung und die Redaktion für dieses Abstimmungsbüchlein bei der Bundeskanzlei liegt. Und ein jeweiliges Referendums- oder Initiativkomitee bekommt einfach einen Platz zugewiesen, den sie mit "was auch immer sie wollen" abfüllen können. Wie gesagt gibt es Grenzen, aber grundsätzlich hat man da freie Hand.

In Langenthal ist es nun eben der Stadtrat als politisches Gremium, der hierfür zuständig ist. Aber auch hier muss gelten, "Hände weg" jemandem etwas in den Mund legen zu wollen, weil dies letztlich auf eine Zensur und in eine nicht respektierte Meinungsäusserungsfreiheit hinausläuft. Das wäre dann von mir aus gesehen ein Präjudiz und entsprechend machen wir uns angreifbar. Es ist meiner Meinung nach als Staatsrechtlerin niemandem gedient, wenn wir hier nun aufgrund der Argumente des Referendumskomitees Redaktionsübungen vornehmen. Wir leben in einer Schweiz mit der Auseinandersetzung von Argumenten und die mündige Bürgerin und der mündige Bürger haben auch Anspruch auf ein bisschen mehr Informationen. In der Abstimmung wird sich nachher zeigen, welche Argumente besser überzeugten und welche weniger gut einleuchteten. Ich bitte Sie diesen Fehler nicht zu machen und hier jetzt am Text des Referendumskomitees herumzuflicken, weil dies nicht einfach ein Spiel mit dem Feuer ist, sondern ein Spiel mit einer Bombe. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Diego Clavadetscher (FDP): Es wird niemanden überraschen, dass ich als Vertreter des Referendumskomitees natürlich die Ablehnung des Antrags von Urs Zurlinden beantrage, so sehr ich ihn auch schätze. Es geht darum, eine faire Vorlage zu machen. Aus Sicht des Referendumskomitees kann ich einfach sagen, dass wir uns bei der Einreichung dieses Textes, was bereits vor einiger Zeit passierte, an die Vorgaben der Stadt hielten, was Länge und Umfang anbetrifft. Wir hatten keine Kenntnis darüber, was ansonsten in dieser Botschaft stehen wird und schrieben unseren Text somit ins Leere hinaus. Das ist einmal als Grundsätzliches festzuhalten.

Wenn man hier den uns zur Verfügung gestellten Platz, der übrigens dem entspricht, was in früheren Referendumsabstimmungen in dieser Stadt dem Referendumskomitee zur Verfügung gestellt wurde, als



unfair und unausgewogen anschaut, dann möchte ich bitten, dass man dann mit demselben Massstab die weiteren Bereiche dieser Vorlage betrachtet. Ich denke da beispielsweise an den Text des Gesuchs der SCL Nachwuchs AG, das die gesamte Ziffer 3 umfasst und dessen Text ebenso auf seine inhaltliche Korrektheit zu prüfen wäre. Wenn man dann in Ziffer 6.1, bei der nämlich mittels Verweis auf das Protokoll ein einfacher Massstab angewandt wird, den Wahrheitsbeweis erbringen müsste, ob diese Argumente, die dabei aufgeführt werden, tatsächlich auch so gesagt wurden, und wenn sie dann effektiv auch so gesagt wurden und zudem auch effektiv von Vertreterinnen und Vertretern des Stadtrates geäußert wurden, dann wäre dies ein anderer Punkt, worüber wir uns heute Abend lange unterhalten könnten.

Wenn man in Ziffer 6.2, unter der die Argumente der ablehnenden Minderheit aufgelistet werden, schaut, was damals die unterlegene Minderheit in der Stadtratsdebatte sagte und was dann in diesem Artikel nicht aufgeführt wird, was wir nun mittels Antrag nicht zu korrigieren versuchen, so wäre dies ebenso eine Diskussion wert. Wenn man, wie Pascal Dietrich vorher, in Bezug auf die Folgen bei Ablehnung dieses Referendums auf den Bericht und Antrag verweist, dann kann auch bezüglich Ziffer 9.2 auf Bericht und Antrag (für die Stadtratssitzung vom 18. März 2019) verwiesen werden, wo beispielsweise die jährlichen Finanzleistungen der Stadt Langenthal an die diversen SCL-Organisationen aufgeführt sind. Dies wird in der Abstimmungsbotschaft im Text des Referendumskomitees unter Ziffer 3 zusammengefasst. Der langen Rede kurzer Sinn: Wir sind der Meinung, dass wir uns korrekt verhielten und wir uns dabei an die Vorgaben hielten. Wenn man nun die Spielregeln ändert, dann entspricht dies einer heiklen Machtdemonstration. Wenn man im Antrag schreibt: "Ihre Argumente decken sich in etwa mit jenen der Minderheit im Stadtrat", dann aber die Minderheitsmeinung im entsprechenden Teil nicht publiziert und heute Abend noch sagt, dass es sich um neue Argumente handelt, die in Ziffer 7 aufgeführt werden, dann ist etwas faul. Ich bitte Sie, im Interesse der Demokratie und unter Berücksichtigung von Minderheiten, den Text, so wie er jetzt als Entwurf unter Ziffer 7 vorliegt, entsprechend stehen zu lassen. Danke.

Roland Loser (SP): Ich glaube, Sie wissen alle, für welche Seite mein Herz schlägt, aber ich werde den Antrag von Urs Zurlinden ebenso wenig unterstützen. Zuerst bin ich einmal froh, dass der Antrag von Pascal Dietrich angenommen wurde, der doch aufzeigt, was eben schlussendlich die Folgen für die SCL Nachwuchs AG sowie für die ganze SCL-Organisation bei einer Ablehnung dieses Geschäfts sein könnten. Somit zeigt man eben, dass es unter Umständen den Lebensnerv trifft, wenn man ihnen sozusagen das Geld verwehrt. Ich bin aber auch der Meinung, dass man hier effektiv die Ausführungen des Referendumskomitees, auch wenn mir der Inhalt auch nicht gefällt, in dieser Länge akzeptiert, scheinen dies doch die Spielregeln gewesen zu sein. Man kann hier geteilter Meinung sein, ob dies nun zu lang oder kurz ist, aber ich sage jetzt einmal, dass wir am Ende des Tages die besseren Argumente haben werden. Ich bin deshalb auch überzeugt, dass wir die Abstimmung damit auch gewinnen können. Ich denke, wir nehmen den Kampf sportlich und gewähren den Gegnern den Platz in dieser Abstimmungsbotschaft.

Pascal Dietrich (FDP): Man kann hier sicher der einen oder der anderen Meinung sein, aber ich möchte hier einfach festhalten, dass die Spielregeln der Stadtrat erstellt und nicht zuvor irgendjemand anders, wobei ich nicht einmal weiss, wer das sein soll. Die Spielregeln werden hier im Stadtrat erstellt. Vorher gab es in dem Sinn keine Spielregeln. Und Beatrice Lüthi, die hier zusammenfassend den Eindruck erweckte, dass dies eigentlich unzulässig wäre, wenn man hier etwas aus dem Text herausstreichen würde, möchte ich einfach sagen, dass dies auch in den einschlägigen Kommentaren beschrieben wird. Und es ist natürlich so, dass die Minderheitsansichten in die Abstimmungserläuterungen aufzunehmen sind, was hier übrigens auch gemacht wird. Die Argumente, die damals im Stadtrat ausgetauscht wurden, werden ungefähr in gleicher Länge von Befürwortern wie Gegnern in gleichen Teilen dargestellt. Das ist auch richtig so. Im einschlägigen Kommentar steht dann aber auch, dass "allerdings auch dann noch kein verfassungsrechtlicher Anspruch auf Selbstdarstellung besteht", das heisst auf Selbstdarstellung der Minderheit. Und das ist eigentlich das, was wir jetzt hier haben. Wir haben am Schluss eine Selbstdarstellung und zwar eine sehr ausführliche und ausschweifende, die die ganze Botschaft einfach kippen lässt und dadurch nicht mehr ausgewogen ist. Urs Zurlinden versuchte verdankenswerterweise dies



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

zu korrigieren und wenn nun gesagt wird, dass wir dem Referendumskomitee Worte in den Mund legen, dann finde ich dies nicht richtig, weil man es im Prinzip einfach stark zusammenkürzte, ohne einen neuen Text zu wählen, sondern sich Sätzen bediente, die selber vom Komitee stammten. Von dem her wird ihnen hier nichts in den Mund gelegt, was sie selber nicht auch so sagten.

Ich bin deshalb nach wie vor der Meinung, dass man, um die Ausgewogenheit der Botschaft wiederherzustellen, eine Kürzung vornehmen muss. Die Äusserungen des Referendumskomitees sind klar zu lange und diese Länge ist absolut übertrieben. Wenn dies seitens der Verwaltung zuerst so eingegeben wurde, dann tut mir dies leid, aber da können wir hier im Stadtrat beim besten Willen nichts dafür. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gibt es weitere Einzelsprecher, die sich äussern möchten? Das ist nicht der Fall. Der Gemeinderat verzichtete auf ein Votum. Möchte sich der Antragsteller nochmals zu Wort melden?

Urs Zurlinden (FDP): Ich möchte schon noch gerne etwas zu den Einwänden sagen, die ich da hörte. Es ist in der Tat so, dass wir die Spielregeln erstellen. Es gibt noch keine Spielregeln, wie man mit Referendumsabstimmungen im Abstimmungsbüchlein umgeht. Und nochmals an die Adresse von Beatrice Lüthi sage ich, dass die Gegner sehr wohl ihre Argumente haben. Ich änderte aber kein Jota an ihren Argumenten, allein ich kürzte tatsächlich wesentlich, nämlich dasjenige, was zuvor vom Referendumskomitee aufgeplustert wurde. Das war eine aufgeblasene Argumentation, die offenbar die Verwaltung vorgab, so zu machen. Das ist kein demokratisches Vorgehen, sondern das war offenbar ein Missverständnis seitens der Verwaltung. Ich bin in einem Punkt mit Beatrice einig, hatte ich nämlich auch kein Englisch in der Schule und bin ich ebenso ein Altgriecher. Aber damit hat sich unsere Einigkeit, Beatrice. Ich feilte in keiner Art und Weise am Text der Referendumsbefürworter herum, sondern ich strich einfach das weg, was an Argumenten aufgeblasen wurde.

Es geht darum, eine faire Vorlage zu machen, wie Diego Clavadetscher sagte. Ja, darum geht es. Wir hatten ein Pro und Contra im Stadtrat, was hier abgebildet wird. Seitens der Befürworter verzichteten wir als Befürworter sogar auf eine Duplik, wie man es im Gericht nennt, das heisst auf das zu erwidern, was zuvor von den Referendumsbefürwortern ins Feld geführt wurde. Das hätte man ja auch machen können. Ich hätte vorschlagen können, dass die Befürworter der Vorlage auch nochmals etwas sagen dürfen. Das machte man nicht und kann man auch nicht mehr machen, weil es langsam zeitlich etwas eng wird. Was ich dann aber gar nicht gut finde, Diego, ist, dass man die Protokollführung bezüglich Ziffer 6.2 hinterfragt. Das ist, so glaube ich, ziemlich fies zu behaupten, dass man dies nicht überprüfen kann, ob es stimmt. Wie gesagt, die Spielregeln definieren wir und ich finde, dass die Spielregeln in dem Fall nicht fair ausgearbeitet wurden, da die Referendumsbefürworter zu viel Raum zugestanden erhielten und diesen Platz gönne ich Ihnen schlichtweg nicht. Merci.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Stadtrat Clavadetscher fühlt sich persönlich betroffen. Unsere Geschäftsordnung gewährt in dem Fall die Möglichkeit einer kurzen Replik, "kurz" fett unterstrichen und grossgeschrieben.

Diego Clavadetscher (FDP): Es geht mir nur um ein Missverständnis betreffend Protokoll. Ich sagte nicht, dass das Protokoll falsch ist, sondern ich sagte, dass man nachlesen kann, was im Protokoll geschrieben steht und mit den Aussagen vergleichen kann, was im Büchlein steht.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Somit wäre dies erledigt und der Protokollführer weiss nun auch ganz sicher, was er zu protokollieren hat. Wir kommen zur Abstimmung betreffend Antrag Seite 16, der Ihnen vorliegt und alles, was rot markiert ist, umfasst. Es stellt eine inhaltliche Einheit dar, weshalb es nur eine einzige Abstimmung gibt. Wer dem Antrag Zurlinden zustimmt, soll dies mit der Hand anzeigen. Wer den Antrag ablehnt, soll nun die Hand hochhalten. Enthaltungen?



Abstimmung über Seite 16, Antrag Zurlinden:

8	Stimmen Ja	angenommen
28	Stimmen Nein	abgelehnt
0	Stimme Enthaltung	

Traktandum 5

Botschaftsentwurf

Seite 16

7. Argumente des Referendumskomitees

Wie erwähnt wurden von der Bürgergruppe „Referendum Stadtratsbeschluss vom 18. März 2019“ innerhalb der gesetzlichen Frist 771 gültige Unterschriften gesammelt. **Der nachfolgende kurativ dargestellte Text stammt vom Referendumskomitee**, welches auch die Verantwortung für die Richtigkeit ihrer Argumente trägt. Er enthält die Begründung für die Ergriffung des Referendums:

1. Warum wurde das Referendum ergriffen?

Die Referendumsgruppe wollte den Stimmberechtigten ermöglichen, demokratisch über diese vergleichsweise hohe, jährlich wiederkehrende und unbefristete Ausgabe zu entscheiden.

Das Referendumskomitee empfiehlt die Ablehnung dieser Vorlage, vor allem weil

- eine Sportorganisation vorab unterstützt wird, bevor ein städtisches Gesamtkonzept zur Nachwuchsförderung verabschiedet wurde,
- ein hoher Betrag ohne zeitliche Befristung gesprochen wird und
- dieses Geld grösstenteils (zu ca. 84 %) auswärtigen Sportlern zugutekommt.

Antrag Urs Zurlinden

Seite 16

7. Argumente des Referendumskomitees

Wie erwähnt wurden von einer Bürgergruppe „Referendum Stadtratsbeschluss vom 18. März 2019“ innerhalb der gesetzlichen Frist 771 gültige Unterschriften gesammelt. Die Referendumsgruppe wollte den Stimmberechtigten ermöglichen, demokratisch über diese Vorlage zu entscheiden. Ihre Argumente decken sich in etwa mit jenen der Minderheit im Stadtrat.

1. Warum wurde das Referendum ergriffen?

Das Referendumskomitee empfiehlt die Ablehnung dieser Vorlage, vor allem weil es die Ansicht vertritt, dass:

- eine Sportorganisation vorab unterstützt wird, bevor ein städtisches Gesamtkonzept zur Nachwuchsförderung verabschiedet wurde,
- ein hoher Betrag ohne zeitliche Befristung gesprochen wird und
- dieses Geld grösstenteils (zu ca. 84 %) auswärtigen Sportlern zugutekommt.

Die nachfolgende Argumentation des Referendumskomitees soll ersatzlos gestrichen werden (Ziff. 2 – 5).

Das wäre Seite 16, gibt es dazu noch weitere Anträge dazu?

Seite 17 bis Seite 19

Ohne Anträge.

Gibt es jetzt noch Anträge, die noch nicht gestellt werden konnten? Dem ist nicht so. Damit kommen wir zur Schlussabstimmung gemäss Seite 2 Traktandum Nr. 5 B&A betreffend Genehmigung des Entwurfs der Abstimmungsbotschaft vom 16. Oktober 2019, gemäss Beilage mit den heute beschlossenen Änderungen, inklusive den redaktionellen Hinweisen des aufmerksamen Stadtrates Clavadetscher, besten Dank, sowie dem Auftrag für den weiteren Vollzug durch den Gemeinderat. Wir sind der Meinung, dass es hier keine Büroeinsetzung mehr für irgendwelche redaktionellen Änderungen benötigt. Ist das bestritten? Gut, dem ist nicht so und dann stimmen wir nun über den Beschlussesentwurf ab, wie ich ihn soeben verlas. Wer dem so zustimmen kann, soll dies mit der Hand hochhalten bezeugen. Gegenmehr? Enthaltungen?

III Abstimmung:

D Schlussabstimmung über die Vorlage:

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 29 Abs. 6 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 16. Oktober 2019 beschliesst mit 31 Stimmen Ja gegen 5 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen:

1. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 16. Oktober 2019 wird – unter Berücksichtigung der im Rahmen der Detailberatung beschlossenen Änderungen – genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



6. Schulzentrum Elzmatte; Zwischensanierung (Ersatz Bodenbeläge, Beleuchtung und Sonnenschutz in den Schulzimmern); Genehmigung des Projektes und Bewilligung des Investitionskredites

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wird das Eintreten bestritten? Gut, so übergebe ich das Wort an Stadtpräsident Reto Müller zur Berichterstattung seitens des Gemeinderates.

II Beratung:

A Berichterstattung

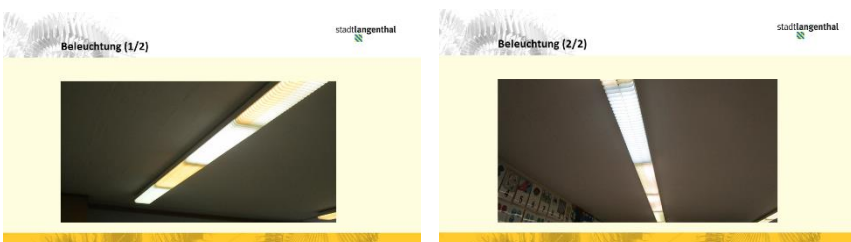
Stadtpräsident Reto Müller (SP): In den Gebäuden des Schulzentrums Elzmatte bestehen in den Schulzimmern seit der Gebäudeerstellung im Jahr 1971 grösstenteils noch die ursprünglichen Bodenbeläge. Die Beleuchtung ist mindestens seit 1981 grösstenteils unverändert geblieben. Auch der Sonnenschutz ist seit dem Bau der Gebäude nicht erneuert worden. Die Lammellenstoren wurden über die Jahre punktuell, und wo möglich, repariert oder ausgebessert. Aber durch die insgesamt fast 48-jährige Nutzung sind diese Gebäudeteile in einem entsprechend schlechten Zustand und zwingend zu ersetzen.

Die Bodenbeläge aus Teppich, wovon Sie Anschauungsbeispiele sehen, können kaum mehr gereinigt werden und sind hygienisch nicht mehr zumutbar. In zwei Schulzimmern wurden die Bodenbeläge bereits ersetzt. Es verbleiben somit mit diesem Projekt und diesem Kredit 20 Schulzimmer, bei denen der Belag unbedingt erneuert werden muss. Die Erneuerung ist mit Linoleum vorgesehen.



Im Vorfeld kam noch die Frage nach der Schadstoffbelastung der bisherigen Leime und Teppiche auf. Wir klärten dies zuerst nicht ab, liessen sich doch bei den beiden bereits ersetzten Beläge keine Schadstoffe finden. In der Zwischenzeit konnte eine Schadstoffanalyse vorgenommen werden. Es wurden keine bedenklichen Stoffe entdeckt. Der Prüfbericht des ausführenden Instituts wurde den nachfragenden Stadtratsmitgliedern eröffnet.

Bei der veralteten Beleuchtung ist zu sagen, dass das Erstellungsdatum, wie es mit 1981 im B&A beschrieben wird, von den Lampen abgelesen wurde. Eventuell geht die Beleuchtung aber ebenfalls auf den Zeitpunkt der Gebäudeerstellung zurück. Es fragten ja auch Stadträtinnen und Stadträte an, ob es stimmt, dass nach 1971, als das Gebäude eingeweiht wurde, per 1981 die Beleuchtung geändert worden war. Wir wissen dies heute nicht genau. Entweder geht der Einbau dieser Beleuchtung auf die Einweihung des Gebäudes zurück oder sie wurde im Jahr 1981 ersetzt. Dieses Datum wurde vom Hauswart direkt an den Lampen abgelesen. Insgesamt muss in 25 Schulzimmern die Beleuchtung mit neuen licht- und energieeffizienten LED-Leuchten ersetzt werden.



Wie ich bereits erwähnte, gehen die Leuchten mindestens auf das Jahr 1981 zurück und Sie sehen, dass



sie nicht mehr dasselbe Licht abgeben wie ehemals.



Bei den Lamellenstoren ist ein Gesamtersatz auch unausweichlich, da die Ersatzteile der Einzelstoren nicht mehr lieferbar sind und auch von einem Teilersatz dringend abzuraten ist.

Der Investitionsbetrag von insgesamt Fr. 540'000.00 ist im Investitionsplan 2020-2024 enthalten. Die Investition dient einzig der Werterhaltung der Schulgebäude in der Elzmatte. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen die Annahme des Kredits und des Ausführungsprojekts. Ich bedanke mich dafür, dass die Schulleiterin, obwohl sie nicht dem Stadtrat angehört, ebenso noch anwesend ist. Danke für Ihre Kenntnisnahme.

B Allgemeine Beratung

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich danke dem Stadtpräsidenten Reto Müller. Ein Wunsch nach Berichterstattung durch die GPK liegt nicht vor, ebenso wenig von anderen vorberatenden Kommissionen. Das Wort ist demnach für die Fraktionen offen. Wem darf ich das Wort erteilen?

C Detailberatung

SP/GL-Fraktion, Paul Bayard (SP): Das Schulhaus ist alt, die Böden sind unansehnlich, die Beleuchtung ist veraltet und der Zustand der Storen ist auf den Bildern ersichtlich. Für uns ist es keine Frage, dass wir einstimmig der Meinung sind, dass diese Sanierung gemacht werden muss und zwar sofort, zumal dieser Posten ja auch im Investitionsplan eingestellt wurde. Danke.

FDP/jll-Fraktion, Roland Bader (FDP): Auch ich kann es kurz machen. Wir von der FDP/jll-Fraktion sind einstimmig dafür, dieses Schulhaus zu sanieren. Wir hatten zuerst noch bezüglich der Schadstoffe Bedenken, da nicht klar war, ob eine Verunreinigung vorliegt, was zu zusätzlichen Kosten geführt hätte. Das erledigte sich ja in der Zwischenzeit.

SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher (SVP): Wir hörten es vom Stadtpräsidenten, in welchem Zustand sich das Schulhaus befindet. Es handelt sich hier um angestauten Unterhalt, den man eigentlich schon lange hätte durchführen müssen. Es gilt eigentlich der Grundsatz, dass man die entsprechenden Installationen nach 30 Jahren ersetzt haben sollte. Wir sehen, dass wir diese Dinge viel länger im Einsatz hatten, somit ist es nichts als recht, wenn man sie nun ersetzt. Bei uns in der Fraktion tauchte noch die Frage auf, warum man nur die Sonnenstoren sanieren möchte und die Fenster bestehen lässt. Ich erkundigte mich, und offensichtlich sind die Fenster in einem noch besseren Zustand, als man ursprünglich annahm. Deshalb spricht alles für eine Sanierung und die Behebung dieses angestauten Unterhalts. Besten Dank.

EVP/glp-Fraktion, Renate Niklaus (glp): Ich mache es ebenso kurz. Für uns war dies auch keine Diskussion, da diese Sanierung gemacht werden muss, insbesondere bei Betrachtung dieser Bilder. Allein aus ökologischer Sicht ist beispielsweise der Ersatz der Lampen unbestritten und wir sind dafür.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke, Stadträtin Niklaus. Gibt es Einzelsprecher oder Einzelsprechinnen, die sich dazu äussern möchten?

Janosch Fankhauser (SVP): Ich bin auch für Stromfahrzeuge. Nun reden wir von Energieeffizienz und von der zwingenden Dringlichkeit, diese Lampen zu ersetzen. Es ist mir auch bewusst, dass die Kinder gut beleuchtete Räume benötigen. Aber ich war derjenige, der den Zustand der Fenster anprangerte. Wenn



diese Sonnenstoren und auch die Fenster bereits so alt sind, liegt bei der Stadtverwaltung ein Unterhaltsstau vor, der ein doch fragwürdiges Ausmass annahm. Wenn wir dann energieeffizient unterwegs sein möchten, so sollte man nicht unbedingt eine passive Sonnenenergie-Nutzung in Frage stellen, da die Energieeffizienz der Fenster massgeblich grössere Auswirkungen zeitigt als die Lamellenstoren.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke. Da es keine weiteren Voten von Einzelsprechern gibt, frage ich den Stadtpräsidenten, ob er sich nochmals zu Wort melden möchte? Nein, somit kommen wir direkt zur Abstimmung gemäss Seite 1 B&A Traktandum Nr. 6. Der Beschlussesentwurf zur Genehmigung des Ausführungsprojektes, zur Bewilligung des Verpflichtungskredits sowie zur Beauftragung des Gemeinderates mit dem weiteren Vollzug liegt vor. Wer dem so zustimmen kann, signalisiert es nun mit der Hand. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

D Schlussabstimmung über die Vorlage

Der Stadtrat, gestützt auf Art. 61 Abs. 2 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 23. Oktober 2019, beschliesst mit 36 Stimmen Ja einstimmig:

- 1. Dem Ausführungsprojekt betreffend die Zwischensanierung (Ersatz der Bodenbeläge, der Beleuchtung und des Sonnenschutzes) im Schulzentrum Elzmatte, Gebäude Bettenhölzliweg 6+8, wird genehmigt.**
- 2. Der Verpflichtungskredit in der Höhe von brutto Fr. 530'000.00 (inkl. MWST) wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 6630.5040.11 ("Zwischensanierung / Ersatz Bodenbeläge, der Beleuchtung und des Sonnenschutzes im Schulzentrum Elzmatte"), bewilligt.**
- 3. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



7. **Motion Grossenbacher Corinna (SVP), Baumgartner Sandro (SP), Streuli-Zaugg Franziska (FDP), Fankhauser Janosch (SVP), Barben-Kohler Stefanie (FDP) und Mitunterzeichnende vom 26. August 2019: Einführung von Sicherheitsmassnahmen in der Verkehrsführung beim Schulzentrum Elzmatte; Stellungnahme¹**

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir kommen zu den parlamentarischen Vorstössen. Bei der Motion Grossenbacher Corinna und Mitunterzeichnende geht es um eine Fristverlängerung, die jetzt zur Debatte steht. Das Eintreten muss nicht erfragt werden, gilt es doch zwingend auf dieses Geschäft einzutreten. Die Stellungnahme durch den Gemeinderat liegt bei Matthias Wüthrich.

II Beratung:

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Wie Sie sehen, erfolgt diese Motion quasi überparteilich aus der Volksschulkommission und man nahm damit ein Anliegen auf, das auch noch eine zusätzliche Bearbeitung benötigt und auch bereits von anderer Seite an den Gemeinderat herangetragen wurde.

Auf dem Weg zur Elzmatte wurden seitens der Bevölkerung diverse Mängel festgestellt, und nun liegen Vorschläge auf dem Tisch, um dagegen etwas zu unternehmen. Der Gemeinderat schätzt dieses Begehren als Motion mit Richtliniencharakter ein, weil es dabei um eine Basiserschliessung geht, die dem Gemeinderat eine Finanzkompetenz bis zu Fr. 1'000.000.00 einräumt. Der Gemeinderat befürwortet das Anliegen der Motion und auch bei Umwandlung in ein Postulat qualifiziert er den Vorstoss als erheblich. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank dem Gemeinderat. Eine Berichterstattung durch die GPK ist nicht angemeldet. Weitere vorberatende Kommissionen meldeten sich ebenso wenig an. Das Wort liegt nun im Namen der Motionäre bei Stadträtin Grossenbacher.

Sprecherin der Motionäre, Corinna Grossenbacher (SVP): Erstmal danken wir Motionäre dem Gemeinderat, dass er die Motion entsprechend bewertet hat, was uns sehr freut. Gleichwohl sind wir auch ein bisschen enttäuscht. Ich glaube, ich darf das wirklich so sagen, haben wir uns doch schon erhofft, dass uns zumindest heute Abend mit ein, zwei Vorschlägen eine Richtung aufgezeigt wird. Ich weiss nicht, ob dies hier dem einen oder anderen wirklich bewusst ist, worum es geht. Der Elternrat sammelte innerhalb von drei Wochen über 1'000 Unterschriften, um eine Petition einzureichen. Sie merken somit, dass das Thema wirklich dringend ist und wir Motionäre würden es sehr begrüessen, wenn wirklich, wie es in der Motion drinstand, zeitnah – und wenn es auch nur in Form einer Überbrückung ist – zeitnah dafür gesorgt wird, dass vier- bis zehnjährige Kinder auf einem einigermaßen gesicherten Weg zur Schule gehen können. Und wenn nötig, kann es ja wohl nicht so schwierig sein, dass man dort oben zuerst einmal ein absolutes Halteverbot einführt. Das würde schon sehr viel bringen. Wir möchten Sie wirklich bitten, uns zeitnah eine Umsetzung zu präsentieren. Besten Dank.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke, Stadträtin Grossenbacher. Das Wort ist nun für die Fraktionen offen.

SP/GL-Fraktion, Sandro Baumgartner (SP): Wir diskutierten das Geschäft kurz durch und jeder, der schon einmal während den Rush Hour-Zeiten vor Ort war, kann selber feststellen, dass es effektiv gefährlich ist. Wie Corinna Grossenbacher dies bereits ausführte, ist es auch von unserer Seite her ein grosses Anliegen. Entsprechend begrüessen wir es sehr, wenn man dies möglichst rasch durchführen könnte, damit alle diese Kindergartenkinder wie auch die Kinder von Zyklus 1 bis zur zweiten Klasse gesund in die Schule und wieder nach Hause gehen können.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Danke. Gibt es weitere Fraktionen? Gibt es Einzelsprecher?

¹ Am 29. August 2019 vom Gemeinderat beantragte und vom Stadtratspräsidenten am 13. September 2019 bewilligte aufgeschobene Behandlung.



Pascal Dietrich (FDP): Zuerst möchte ich vielleicht gleich an die Adresse von Corinna Grossenbacher sagen, dass ein Missverständnis vorliegt, wenn man hier Vorschläge erwartet. Es ist hier nicht die Aufgabe des Gemeinderates, Vorschläge zu präsentieren, bevor ein Vorstoss überwiesen ist, sondern er hat das erst zu machen, wenn der Vorstoss effektiv überwiesen wurde. Dafür erfolgt hier nun ja auch diese Diskussion und anschliessend die Abstimmung. Ich möchte davor warnen, die Erwartung zu haben, dass der Gemeinderat hier alles bereits fixfertig parat haben muss, bevor überhaupt Klarheit herrscht, ob der Stadtrat dies befürwortet oder nicht.

Und jetzt komme ich zum Thema selber. Aus meiner Sicht orte ich das Problem dieser Motion nämlich beim Buchstaben C, steht doch dort: "Trotz mehrmaligem Polizeiaufgebot und Aufklärungsarbeit der Schulleitung liessen sich die Eltern nicht davon abhalten, ihre Kinder mit dem Auto zur Schule zu bringen". Das ist genau das Problem. Ich ging letzten Freitag erneut kurz vorbei, um den Schulweg, allerdings auf Höhe Kreuzfeld, zu begutachten. Ich kann Ihnen sagen, dass das dort eine Katastrophe ist. Von mir aus gesehen ist es nun aber der falsche Weg, hier nun Einzelmassnahmen bei der Elzmatte vorzuschlagen. Vielmehr müsste man das Problem mit diesen Elterntaxis in Langenthal gesamthaft angehen, damit dies irgendwie unterbunden werden kann. Ich weiss leider auch nicht gleich, wie das wirksam zu bewerkstelligen ist. Aber ich möchte gerne einen Vorstoss unternehmen - und ich lade Sie gerne ein, dabei auch mitzuwirken, der den Gemeinderat dazu einlädt, hier für alle Schulzentren Massnahmen zu prüfen, wie diese Elterntaxis abgestellt werden können. Vielleicht ist ein Halteverbot eine Möglichkeit, ich weiss es nicht genau. Aber Einzelmassnahmen wie jetzt hier bei der Elzmatte erachte ich nicht als die passende Massnahme.

Franziska Zaugg-Streuli (FDP): Ich glaube eben sehr wohl, dass in der Elzmatte besonders dringlicher Handlungsbedarf besteht, weil genau dort jetzt auch die Vierjährigen auf dem Schulweg unterwegs sind und es auf diesem Schulweg in die Elzmatte kein Trottoir gibt. Wo gibt es dies in Langenthal, wo vierjährige Kinder durch den Strassenverkehr mit Bussen, mit sich kreuzenden Elternfahrzeugen zur Schule gehen müssen und von Glück reden können, wenn sie unbeschadet dort ankommen? Ich finde es super, befürworteten wir nun neue Teppiche und schöne Lampen in der Elzmatte, aber ich wäre auch sehr froh, wenn die Kinder dort behütet ankommen.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Gibt es weitere Einzelsprecher oder Einzelsprecherinnen? Das ist nicht der Fall. Möchte sich die Motionärin oder jemand von den Motionären nochmals äussern?

Sprecherin der Motionäre, Corinna Grossenbacher (SVP): Ich wollte meine Aussage zuvor nicht als Vorwurf an den Gemeinderat verstanden wissen. Vielleicht drückte ich mich hier etwas unglücklich aus, besprachen Matthias und ich dies ja bereits öfters miteinander. Ich hätte es halt einfach schön gefunden, wenn bereits ein, zwei Vorschläge hätten präsentiert werden können. Es war nicht so, dass ich erwartete, dass bereits heute Abend ein ausgearbeitetes Konzept vorliegt. Merci.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Nun möchte sich auch der Gemeinderat nochmals kurz dazu äussern.

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Nur ganz kurz: Der Gemeinderat würde sich diesem Thema effektiv sehr gerne annehmen, weil uns die Sicherheit unserer Kinder wichtig ist. Ich wollte das Geschäft einfach nicht unnötig in die Länge ziehen und hielt mich deshalb sehr kurz. Ich oder vielmehr wir hoffen stark auf Ihre Zustimmung.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Wir kommen zur Abstimmung. Es geht in einem ersten Schritt um die Qualifizierung der Motion. Der Gemeinderat beantragt dabei die Annahme der Motion als Richtlinienmotion. Wer dies genau gleich sieht, bestätigt dies mit seiner Hand. Gegenmehr? Enthaltungen?

Wir kommen zur Abstimmung in der Sache; die Motion wurde nicht in ein Postulat gewandelt. Wer, entsprechend dem Beschlussesentwurf und Antrag des Gemeinderates, die Motion für erheblich erklären und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, zeigt dies nun ebenso mit seiner Hand an. Gegenstimmen? Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja einstimmig:

- I. **Die Motion Grossenbacher Corinna (SVP), Baumgartner Sandro (SP), Streuli-Zaugg Franziska (FDP), Fankhauser Janosch (SVP), Barben-Kohler Stefanie (FDP) und Mitunterzeichnende vom 26. August 2019:** Einführung von Sicherheitsmassnahmen in der Verkehrsführung beim Schulzentrum Elzmatte **wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

■ Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):

- II. 1. **Die Motion Grossenbacher Corinna (SVP), Baumgartner Sandro (SP), Streuli-Zaugg Franziska (FDP), Fankhauser Janosch (SVP), Barben-Kohler Stefanie (FDP) und Mitunterzeichnende vom 26. August 2019:** Einführung von Sicherheitsmassnahmen in der Verkehrsführung beim Schulzentrum Elzmatte **wird erheblich erklärt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8. Postulat Köhli Samuel (SP), Lehmann Andri (parteilos), Wüthrich Serge (SP) und Mitunterzeichnende vom 26. August 2019: Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts für Mehrweggeschirr mit der Stiftung WBM in Madiswil; Stellungnahme¹

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Beim Postulat Köhli Samuel und Mitunterzeichnende handelt es sich ebenso um einen Vorstoss, dessen Behandlung aufgeschoben wurde und das Eintreten zwingend ist. Entsprechend führen wir nun heute die Debatte und die Berichterstattung durch den Gemeinderat liegt bei Pierre Masson.

II Beratung:

Gemeinderat Pierre Masson (SP): Mit Blick auf die Uhr erlaube ich mir, hier eine relativ kurze Antwort zu geben, selbstverständlich ohne dabei die Bedeutung dieses Postulates in Frage zu stellen, ganz im Gegenteil. Der Gemeinderat wird mit diesem Postulat aufgefordert, für die Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts für Mehrweggeschirr bei Anlässen die Zusammenarbeit mit der Stiftung WBM in Madiswil zu prüfen. Dabei handelt es sich durchaus um ein sympathisches Anliegen, und ich glaube sagen zu dürfen, dass wir uns bei einem allfälligen Zustandekommen einer Zusammenarbeit in diesem Bereich auch darüber freuen würden. Und dennoch konnten Sie Ihren Unterlagen entnehmen, dass wir Ihnen beantragen, das Postulat als nicht erheblich erklären zu lassen.

Lassen Sie mich ein paar Worte darüber verlieren, was in Langenthal diesbezüglich geht, respektive was zu diesem Thema Mehrweggeschirr gilt. Vor noch nicht allzu langer Zeit führte der Kanton eine Pflicht für all diejenigen Anlässe ein, die mehr als 500 Teilnehmende aufweisen. Diese Bestimmung trat nun dieses Jahr in Kraft und man ist jetzt daran zu schauen, wie dies umgesetzt werden kann, gab es doch bereits verschiedene entsprechende Anlässe. Noch bevor der Kanton diese Pflicht einführen wollte, riefen wir hier bei uns bereits ein Projekt ins Leben, das zum Ziel hat, bei allen Anlässen auf öffentlichem Grund eine entsprechende Pflicht für Mehrweggeschirr einzuführen. Und mit "allen Anlässen" bedeutet, dass, vom kleinsten bis zum grössten Anlass, alle Mehrweggeschirr anzubieten haben. Nachdem wir doch auch etwas vom kantonalen Vorgehen mit der Pflicht ab 500 Personen überrascht wurden, sagten wir uns, dass wir nun zuerst einmal schauen wollen, wie das funktioniert. Sobald sich das dann etabliert hat und man genauer weiss, wie damit umzugehen ist, würden wir dann unser Projekt vorantreiben, damit sodann auch für die restlichen Veranstaltungen eine entsprechende Pflicht eingeführt werden kann.

Wir waren einfach der Ansicht, dass dies im Falle von zwei Pflichtvorgaben auf unterschiedlicher Stufe zu entsprechenden Fragen führen würde. In unserem Konzept sagten wir aber ganz klar, dass wir aktuell den Veranstaltern keine Vorgaben machen möchten, mit welchem Anbieter eine solche Pflicht umzusetzen wäre. Was war der Grund zu dieser Überlegung? Wir sagten uns, dass hier der freie Markt spielen sollte, zumal es hier ganz unterschiedliche, sympathische Institutionen und Firmen auf dem Platz Langenthal oder in der näheren Umgebung gibt, die für ein solches Geschäft mit Mehrweggeschirr in Frage kommen. Die Postulanten, die die regionale Vernetzung als Begründung aufführen, übersehen dabei die Tatsache, dass es auch noch andere Institutionen auf dem Platz Langenthal und in der näheren Umgebung gibt, die diesen Aspekt der regionalen Verankerung ebenso erfüllen. Genau dasselbe gilt auch für die Frage der kurzen Transportwege. Dabei ist auch nicht zu vergessen, dass wir sehr unterschiedliche Anlässe haben, die sich bezüglich Teilnehmerzahl und somit auch bezüglich der entsprechenden Bedürfnisse nicht miteinander vergleichen lassen. Wir können heute noch nicht festlegen, für welches Bedürfnis, welche Firma oder welche Institution dabei jeweils in Frage kommen könnte. Schlussendlich müssen wir uns auch noch klar werden, welche Rolle die Stadt in dieser ganzen Mehrweggeschirr-Thematik übernimmt. All diese Überlegungen bewogen uns dazu, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht auf eine bestimmte Institution zugehen möchten.

¹ Am 29. August 2019 vom Gemeinderat beantragte und vom Stadtratspräsidenten am 13. September 2019 bewilligte aufgeschobene Behandlung.



Die Prüfung, die hier nun verlangt wird, erfolgte eigentlich bereits. Dabei kamen wir zum Schluss, dass wir eine solche Partnerschaft im Voraus nicht vorsehen möchten. Das sind kurz die Erläuterungen zu diesem Geschäft und wir beantragen Ihnen wie erwähnt die Nichterheblicherklärung dieses Postulates.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Merci, Gemeinderat Masson. Eine Berichterstattung der GPK ist keine angemeldet und auch andere Kommissionen stellten kein Wortbegehren. Das Wort hat im Namen der Postulanten Stadtrat Köhli, der allerdings abwesend ist. Wer springt für ihn ein? Gut, Stadtrat Wüthrich.

Sprecher der Motionäre, Serge Wüthrich (SP): Wir konnten gerade heute wieder in der Zeitung lesen, dass das Thema Mehrweggeschirr die Veranstalter beschäftigt. Eigentlich ist es eine durchwegs gute Sache, zumal man weiss, dass die Ökobilanz sogar auch bei ungünstiger Annahme gegenüber Einweglösungen viel besser abschneidet. Es gibt zudem weniger aufzuräumen, Plätze und Parks bleiben während der Veranstaltung sauberer und es landen sicher weniger Becher in der Langeten oder irgendwo im Gebüsch oder in Gärten. Was immer wieder in Bezug auf die Ökobilanz kritisiert wird, sind die Transportwege. Die Becher werden vielmals über weite Distanzen mit Lastwagen transportiert. Wir sind der Meinung, dass es auch anders gehen müsste. Institutionen wie die WBM in Madiswil sind auf niederschwellige Arbeiten angewiesen. Wir befürchten, dass solche Arbeiten in Zeiten der Digitalisierung mehr und mehr verschwinden. Mit dem Aufbereiten, mit dem Waschen, Sortieren, Verpacken und der Herausgabe von Mehrwegbecher könnten genau solche Arbeiten generiert werden. Dazu könnten Becher von regionalen Künstlerinnen und Künstlern gestaltet werden und man würde so an Anlässen in Langenthal oder in der Umgebung gleichzeitig auch einen Beitrag zur Vermarktung der Region leisten. Nicht zuletzt wäre die Beschaffung solcher Becher für die Veranstalter einfacher, falls die Stadt hier eine Firma oder eine Institution als Partner gewinnen könnte. Man könnte ja auch sagen, dass man dies explizit nur für kleinere Veranstaltungen so macht. In diesem Zusammenhang sehen wir es durchaus auch als eine Aufgabe der Stadt an, entsprechende Becher herauszugeben. Die Stadt Bern zum Beispiel hat ein solches Angebot, allerdings nur für kleinere Veranstaltungen mit bis zu 300 Teilnehmenden. Dieses gilt insbesondere für Vereine, Schulen und so weiter und wird über die Logistik Bern abgewickelt. Man kann den freien Markt spielen lassen und trotzdem ein Angebot definieren, sodass man analog zu Bern Schulen oder Vereinen eine gewisse Menge an Geschirr zur Miete offeriert und dadurch auch die WBM unterstützen könnte.

Wir müssen zugeben, dass wir bei diesem Postulat doch auch realisierten, dass es vielleicht nicht ganz richtig ist, nur von der WBM zu reden. Es ist uns natürlich auch bewusst, dass es auch andere Einrichtungen gibt, die um solch niederschwellige Aufträge froh sind. Wir waren uns am Ende auch nicht ganz sicher, ob die Stadt dazu in der Lage wäre, dies so anzubieten und eine entsprechende Vereinbarung mit der WBM treffen zu können, oder ob dies eine Ausschreibung nach sich ziehen müsste. Aber genau deshalb fanden wir, da es sich ja nicht um eine Motion, sondern um ein Postulat handelt, dass wir die Prüfung dieser Sache anstreben. Die Stadt informiert uns nun, dass eine solche Prüfung bereits durchgeführt wurde. Ich erwähnte nun das Beispiel der Stadt Bern, die dies auch im Wissen des dortigen freien Marktes dennoch so anbietet und auch niemand dazu gezwungen wird, das städtische Angebot anzunehmen. Ich finde, dass man dies in einem kleinen Rahmen auch hier so machen könnte. Wie gesagt geht es nicht nur um die Becher selber, sondern es geht um das ganze Drumherum, um eine bessere Ökobilanz bei Mehrwegbechern, um das Generieren von niederschwelliger Arbeit und dies vielleicht noch in Verbindung mit ein bisschen Marketing für die Region. Wir erachten den Vorschlag, ein solches Mehrwegkonzept in Zusammenarbeit mit der WBM nochmals wirklich zu prüfen, weiterhin als eine gute Idee. Unsere Fraktion unterstützt dieses Postulat grossmehrheitlich und lehnt den Beschluss des Gemeinderates auf Nichterheblicherklärung ab.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank, Stadtrat Wüthrich. Das Wort ist frei für weitere Voten. Da sich niemand mehr dazu äussern möchte, kommen wir direkt zur Abstimmung gemäss Seite 1, Traktandum Nr. 8, B&A. Der Gemeinderat empfiehlt die Nichterheblicherklärung und entsprechend stimmen wir eben über die Nichterheblicherklärung ab. Wer entsprechend dem Beschlussesentwurf des Gemeinderates dieses Postulat ebenfalls für nicht erheblich erklären möchte, streckt nun seine Hand in die Höhe. Wer entgegen der Meinung des Gemeinderates das Postulat für erheblich erklären möchte, zeigt dies nun mittels Handzeichen an. Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 20 Stimmen Ja gegen 13 Stimmen Nein bei 3 Enthaltungen:

1. **Das Postulat Köhli Samuel (SP), Lehmann Andri (parteilos), Wüthrich Serge (SP) und Mitunterzeichnende vom 26. August 2019:** Erarbeitung und Umsetzung eines Konzepts für Mehrweggeschirr mit der Stiftung WBM in Madiswil **wird nicht erheblich erklärt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



9. Interpellation Dietrich Pascal (FDP) und Mitunterzeichnende vom 26. August 2019: Vermehrte Offenhaltung der Busrouten durchs Zentrum; Beantwortung ¹

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Auch die Behandlung dieses Traktandums wurde aufgeschoben und kommt deshalb erst heute vor den Rat. Es ist ein zwingendes Geschäft und es muss darauf eingetreten werden.

II Beratung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Die Berichterstattung des Gemeinderates liegt schriftlich vor und ich nehme an, dass sie nicht noch mündlich ergänzt wird. Die GPK nimmt dazu nicht Stellung und somit hat der Interpellant Gelegenheit für eine kurze Stellungnahme.

Interpellant Pascal Dietrich (FDP): Vielen Dank. Ich weiss, dass es schon spät ist, aber heute Abend war nicht wirklich ich dafür verantwortlich. Ich möchte somit dennoch zwei, drei Punkte zur Antwort des Gemeinderates erwidern. Sie können sich vorstellen, dass ich über die Antwort nicht besonders glücklich bin. Man kann das natürlich auch so sehen, wie es hier ausgeführt wird. Immerhin frage ich mich ein wenig, wird hier doch ausgeführt, dass es zu bezweifeln ist, dass die Pünktlichkeit der Busse gegenüber der Umleitung vorteilhafter wäre. Aber das ist ja genau das Problem. Die Umleitung führt ja durch eine Begegnungszone und somit wäre es dort dasselbe, wird doch gesagt, dass sich dort dann Leute auf der Strasse befinden würden. Natürlich ist dem so, aber bei der Umleitung wäre dies ebenso der Fall, da diese durch die Begegnungszone Jurastrasse führt und dort meist ein Chaos herrscht. Immerhin scheint es an anderen Orten zu funktionieren und entsprechend umgesetzt zu werden. Dabei wird zwar ein Perimeter für den Individualverkehr gesperrt, aber das Zirkulieren des öffentlichen Verkehrs ist damit gewährleistet. Die Leute kommen mit einer solchen Regelung durchaus zurecht und ich gehe davon aus, dass dies auch in Langenthal der Fall wäre.

Es werden dann im Weiteren die Gründe aufgeführt, warum man dies so nicht umsetzen kann und lieber auf Bewährtes setzen möchte. Das wäre ja schön, wenn sich dies bewährt hätte, aber mindestens in meinen Augen und auch in den Augen der Aare Seeland mobil AG (ASM) als Busbetreiber bewährte es sich eben doch nicht. Die heutige Situation ist unbefriedigend und deshalb sollte man schauen, ob man eine andere Lösung finden könnte. Im Moment möchte dies der Gemeinderat nicht und ich nehme dies zur Kenntnis. Ich gehe aber davon aus, dass dies früher oder später dennoch wieder zum Thema wird. Da ist einerseits der Monatsmarkt, der auch immer wieder für Busumleitungen verantwortlich ist, dem es aber nicht gut geht, was ich bedaure. Dies ist nicht mit dem Wochenmarkt zu vergleichen, der ja richtiggehend boomt. Der Monatsmarkt hingegen findet ja lediglich rund siebenmal im Jahr statt und weist meist nur noch wenige Stände auf. Irgendeinmal muss man sich dann überlegen, wie es damit weitergehen soll. Andererseits geht es um die Kosten der ASM, an der Langenthal ja bekanntlich auch beteiligt ist. Und diese Umleitungen stellen mittlerweile einen Kostenfaktor dar, der nicht mehr einfach unter den Tisch gewischt werden kann. Diese dauernden Umleitungen, abgesehen von den Unannehmlichkeiten für die Passagiere, bedeuten einen grossen Aufwand für die ASM, der ihr Mühe bereitet. Man muss sich vielleicht gerade auch bei Veranstaltungen mit kommerziellem Charakter fragen, ob man da nicht mindestens einen Teil der Kosten für den Aufwand der Busumleitungen den Veranstaltern in Rechnung stellt. Das sind soweit meine Ausführungen und ich gehe davon aus, dass wir irgendwann in den nächsten zehn Jahren nochmals über dieses Thema reden werden. Danke.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Kannst Du bitte gleich beim Mikrofon bleiben, ist doch die nächste Interpellation ebenso von Dir? Ich nehme an, dass kein Antrag auf Diskussion gestellt wird. Damit ist die Behandlung dieses Traktandums abgeschlossen.

¹ Am 29. August 2019 vom Gemeinderat beantragte und vom Stadtratspräsidenten am 13. September 2019 bewilligte aufgeschobene Behandlung.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

III Abstimmung: Keine.

- **Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 23. Oktober 2019 sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



10. Interpellation Dietrich Pascal (FDP) und Mitunterzeichnende vom 26. August 2019: Zukunft der Bushaltestelle Blumenstrasse; Beantwortung ⁵

I Eintreten:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Somit kommen wir gleich zur zweiten Interpellation von Pascal Dietrich. Auch hier geht es um eine aufgeschobene Behandlung, die wir heute nachträglich vollziehen und dabei handelt es sich ebenso um ein zwingendes Geschäft.

II Beratung:

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ergänzungen zur schriftlichen Beantwortung werden meines Erachtens nicht gewünscht. Die GPK meldete keine Wortmeldung und somit darf Pascal Dietrich auch hier mitteilen, ob ihn die erhaltene Stellungnahme befriedigt.

Interpellant Pascal Dietrich (FDP): Der Stadtratspräsident verhinderte mit seiner Aufforderung, dass ich gleich stehenbleiben soll, dass ich meine Notizen holen gehen konnte, aber ich kann meine Dankesrede an den Gemeinderat selbstverständlich auch kurz zusammenfassen. Ich bin über die Beantwortung der zweiten Interpellation selbstverständlich sehr glücklich. Ich bin froh, dass der Gemeinderat dort noch korrigierend eingreifen konnte und eigentlich diesen Fauxpas, der hier im ersten Umgang begangen wurde, korrigierte. Es wäre ja wirklich komisch gewesen, hätte man dort, wo in Langenthal in letzter Zeit am meisten Wohnungen entstanden, eine Haltestelle aufgehoben. Ich weiss aber auch, dass man dann wahrscheinlich in vier Jahren erneut darüber diskutiert, weil es selbstverständlich ein Ziel darstellt, was ich ebenso unterstütze, das Porzi-Areal ebenso gut an den öffentlichen Verkehr anzubinden. Da bin ich sofort auch dafür. Aber es kann nicht sein, dass man dies nachher auf Kosten eines boomenden Quartiers durchführt, was sicherlich falsch gewesen wäre. Vielen Dank, dass dies der Gemeinderat noch änderte.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Auch hier gibt es keinen Antrag auf Diskussion und somit können wir diese Behandlung ebenso abschliessen.

III Abstimmung: Keine.

- **Der Stadtrat nimmt die schriftliche Beantwortung des Gemeinderates vom 23. Oktober 2019 sowie die Ausführungen des Interpellanten zur Kenntnis.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

⁵ Am 29. August 2019 vom Gemeinderat beantragte und vom Stadtratspräsidenten am 13. September 2019 bewilligte aufgeschobene Behandlung.



11. Mitteilungen des Gemeinderates

■ Stiftung Mühle Langenthal

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Der Gemeinderat beschloss, dass er Sie noch kurz über diese Gebäulichkeit hier informiert. Wie Sie wissen, handelt es sich bei der Stiftung Mühle Langenthal um eine eigenständige juristische Person, die unabhängig von der Stadt agiert. Allerdings setzt sich der Stiftungsrat und Gemeinderat zusammen mit dem Stadtschreiber und noch einem Finanzverwalter personell beinahe identisch zusammen. Und deshalb ist es nicht verwunderlich, dass sich sowohl Stiftungsrat und Gemeinderat einig sind über das, was ich Ihnen nun erzähle. Seitens des Gemeinderates und des Stiftungsrates laufen Bestrebungen, die Stiftung Mühle Langenthal aufzulösen und die Liegenschaftsparzelle Nr. 869 in das städtische Vermögen zu überführen. Seitens der Stiftung Mühle Langenthal nahm man rechtliche Abklärungen vor und das Finanzamt wurde durch die Stadt Langenthal damit beauftragt, die Verkehrswertschätzung zur Liegenschaft vorzunehmen. Die Verkehrswertschätzung zur Liegenschaftsparzelle Nr. 869 konnte mit Gutachten am 17. Juni 2019 zur Kenntnis genommen werden, was der Stiftung so auch zugestellt wurde. Parallel dazu konnte im Rechtsgutachten vom 22. Juli 2019 der Handlungsrahmen zur Auflösung der Stiftung Mühle Langenthal dargestellt und zur Kenntnis genommen werden. Basierend auf diesen beiden Dokumenten und den weiterlaufenden Abklärungen beauftragte der Gemeinderat das Finanzamt, einen Vorschlag zur Auflösung der Stiftung und zur Rückführung der Liegenschaft ins städtische Vermögen zu erstellen. Dieser Vorschlag wird nach Abschluss der Abklärungen aller Aspekte dann auch wiederum Ihnen und der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass Sie diese Information aber bereits heute bekommen sollten, zwecks Vermeidung etwaiger Vorstösse. Aber wir sind gespannt, was nun eingereicht wurde. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Besten Dank für die Überleitung zu Traktandum Nr. 12, liegen doch keine weiteren Mitteilungen des Gemeinderates vor. Somit übergebe ich das Wort an unsere Sekretärin.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



12 A. Eingereichte Motion Schlapbach Lars (SVP) und Mitunterzeichnende vom 25. November 2019: Erweiterung der Begegnungszone in die obere Marktgasse

Motionstext:

"Erweiterung der Begegnungszone in die obere Marktgasse

Die Begegnungszone soll von Höhe Choufhüsi bis zum Geschäftshaus Spatz erweitert werden. Die Marktgasse soll für den Individualverkehr im Rahmen der Begegnungszone wieder befahrbar sein und es sollen Kurzzeitparkplätze zur Verfügung stehen.

Begründung: Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Marktgasse in der heutigen, völlig verkehrsfreien Form, kaum belebt werden kann. Dahingehende Anstrengungen von Seiten der Stadtvereinigung und des Gewerbevereins sind häufig aufwändig, teuer und/oder nur schwer oder gar nicht umzusetzen.

Um die Marktgasse wieder zu beleben und für die ansässigen Geschäfte und die Bevölkerung attraktiver zu machen, wollen wir auch die obere Marktgasse für den Individualverkehr wieder öffnen und die heute völlig verkehrsfreie Marktgasse, im Rahmen einer Erweiterung der Begegnungszone, wieder lebendiger machen.

Wir sind überzeugt, dass diese Massnahme den ansässigen Geschäften hilft und sie zudem eine Chance darstellen, unsere Marktgasse vermehrt wieder zu beleben und für den Detailhandel sowie die Restaurants wieder deutlich attraktiver und lukrativer zu machen."

Lars Schlapbach und Mitunterzeichnende

Die Behandlung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates.¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 36 der Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



12 B. Eingereichte Motion der SVP-Fraktion vom 25. November 2019: Personalkostensenkung

Motionstext:

"Personalkostensenkung"

Der Gemeinderat Langenthal wird mittels dieser Motion beauftragt, die nötigen Massnahmen zu erarbeiten resp. dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen, so dass die Personal- und Betriebskosten der verwaltungseigenen IT der Stadt Langenthal um mindestens Fr. 200'000.00 pro Jahr gegenüber heute reduziert werden können.

Begründung: Anfang des Jahres wurde die Outsourcing-Variante für die hauseigene IT der Stadtverwaltung vom Stadtrat und im Mai 2019 durch die Bürgerinnen und Bürger genehmigt. Dem Bericht war zu entnehmen, dass mindestens 1,5 Stellen eingespart werden können. In den Berichten der externen Projektberatung (Schreiber IT Consulting) war sogar von 3,5 Stellen die Rede. Mit Verweis auf das noch anstehende ict4kids2 Projekt wurden die einzusparenden 150 Stellenprozente um 75 Stellenprozente gekürzt, da die Personalressourcen noch für die Projektierung von ict4kids2 benötigt wurden. Mittlerweile ist das Konzept ict4kids2 ausgearbeitet und wird den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Langenthal zur Abstimmung vorgelegt. Wie man auch diesem Bericht entnehmen kann, können mindestens 1,5 Personalstellen eingespart werden, da die verwaltungseigene IT-Abteilung zukünftig nichts mehr mit der ict4kids2-Lösung zu tun haben wird. Diese wird zukünftig von den Outsourcing Partnern Lectec IT Solutions AG und OBT AG betrieben. Beide Outsourcing-Projekte bescheren der Stadt Langenthal hohe laufende Betriebskosten, die das eh schon defizitäre Budget zukünftig und jährlich weiter belasten werden. Dagegen müssen Einsparungen auszuweisen sein.

Ziel dieser Motion ist es, dass die Kosteneinsparungen der zwei IT-Outsourcing-Projekte

a) hauseigene IT-Landschaft sowie

b) ict4kids2

beziffert, transparent dargestellt und im Budget für die Bürger und Bürgerinnen erkennbar und damit nachvollziehbar werden. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Unterlagen ist eine Einsparung von mindestens Fr. 200'000.00 jährlich wiederkehrend gegenüber heute ohne weiteres realistisch.

Diese Zahlen ergeben sich aus der Darstellung im Bericht zu Traktandum 1 der Stadtratssitzung vom 25. November 2019 auf der Seite 27 (Punkt 9.3.1) Diese sagt aus, dass mindestens 75 Stellenprozente reduziert werden können, was einem Betrag in der Grössenordnung von Fr. 94'000.00 (inkl. Sozialleistungen) entspricht. Berechnet man diese Angaben auf 150 Stellenprozente, dann ergibt sich daraus die Grössenordnung von Fr. 188'000.00 (inkl. Sozialleistungen). Geht man gar von der Kürzung der Stellenprozente von 3,5 Stellen aus, dann würde das der Grössenordnung von Fr. 442'000.00 entsprechen.

In allen Branchen liegt u.a. ein wesentlicher Vorteil von Outsourcing-Projekten in diesen Kosteneinsparungen. Wir erachten es somit als normal und richtig, dass diese sich auch im Langenthaler Budget wiederfinden."

SVP-Fraktion

(Erstunterzeichnende: Corinna Grossenbacher)

Die Behandlung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates.¹

¹ **Art. 36 der Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung vorgelesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

Protokollauszug an

- Gemeinderat



12 C. **Eingereichte Motion Sägesser Saima (SP) und Mitunterzeichnende vom 25. November 2019: Erarbeitung eines Nachtleben- und Ausgehkonzepts für die Stadt Langenthal**

Motionstext:

"Erarbeitung eines Nachtleben- und Ausgehkonzepts für die Stadt Langenthal

Der Gemeinderat wird beauftragt für das Nachtleben und das Ausgehen in der Stadt Langenthal ein Konzept zu erarbeiten, das eine Bestandsaufnahme, Visionen und entsprechende Massnahmen diskutiert.

*Begründung: Langenthal entwickelt sich, so auch das Nachtleben. Damit einher gehen neue Bedürfnisse, Möglichkeiten und Herausforderungen, auf diese gilt es zu reagieren. Langenthal hat zahlreiche Bars, Restaurants und auch Clubs, Konzert- und Tanzlokale. Dieses breite Angebot gilt es zu bewahren, aber ebenso auf Entwicklungen zu reagieren. Langenthal hat eine nicht ganz unbedeutende Rolle auch für umliegende Gemeinden und deren Bewohner*innen, wenn es ums Nachtleben geht. Viele pilgern am Wochenende nach Langenthal und nutzen das Ausgehangebot und die öffentlichen Plätze, um sich zu treffen und zu verweilen. Angebote kommen hinzu, andere verschwinden oder werden wiedereröffnet. Die Ausgehmöglichkeiten bleiben über das Jahr hinweg konstant. Im Sommer finden viele Freilichtevents statt, während in der kälteren Jahreszeit Indoor-Veranstaltungen ihre Saison haben. Soweit zur verkürzten Standortbestimmung, doch wie sieht das Langenthaler Nachtleben heute genau aus und welches Potential liegt noch verborgen?*

Der Gemeinderat soll sich dieser Fragen annehmen und zuhanden eines Konzepts Massnahmen erarbeiten. Berücksichtigt werden sollen der Ist-Zustand und Zukunftsvisionen. Das Langenthaler Nachtleben ist im Oberaargau beliebt und sollte für die Stadt auch als Aushängeschild dienen. Als Input könnten folgende Fragen dienen: Welche Zielgruppen spricht das Langenthaler Nachtleben an? Wessen Bedürfnisse werden gedeckt und wessen (noch) nicht? Wie kann die Vielfalt des Angebots gestärkt, bewahrt und gefördert werden? Was tut die Stadt, finanziell und infrastrukturell, um das Nachtleben zu fördern? Wie und wo gestaltet sich eine Ausgehmeile? Wo treffen Wohn- und Ausgehzone wie aufeinander? Wie steht es um die Sicherheit im Langenthaler Nachtleben, während dem Ausgehen und nach der Sperrstunde? Welche Präventionsmassnahmen braucht es? Etc.

Die Stadt Bern kennt ein solches Konzept für das bernische Nachtleben. Dies und auch das Vorgehen der Erarbeitung (runde Tische etc.) können als Inspiration dienen."

Saima Sägesser und Mitunterzeichnende

Die Behandlung der Motion erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates.¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 36 der Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



12 D. Eingereichtes Postulat Sägesser Saima (SP), Niklaus Renate (glp), Grossenbacher Corinna (SVP) und Mitunterzeichnende vom 25. November 2019: Gewährung der Sicherheit in der Ausgehzone im Stadtzentrum

Postulatstext:

"Gewährung der Sicherheit in der Ausgehzone im Stadtzentrum

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob und welche Massnahmen zu ergreifen sind, um die Sicherheit im Stadtzentrum zu gewährleisten.

Begründung: Seit etwa zwei Jahren ist zu beobachten, dass der Wuhrplatz als Begegnungsraum für vor allem Jugendliche nicht mehr ausreicht. Sie nutzen auch die Begegnungszone vor dem Chrämerhuus und Chicorée, die angrenzende Marktgasse und weitere Orte im Stadtkern, um sich in Gruppen zu treffen und bis spät in die Nacht laut Musik zu hören und zu trinken. Es handelt sich dabei vorwiegend um jugendliche Männer und Frauen.

*Dabei ist ein Anstieg von Gewaltbereitschaft untereinander aber auch gegenüber Passant*innen, Barbesucher*innen, Barbetreiber*innen, Kulturbetreiber*innen, Anwohner*innen und auch Sachbeschädigung festzustellen.*

*Dies alles geschieht vor allem an Wochenenden und während Ferienzeiten nachts im Zeitraum ab 22 Uhr bis die Bars schliessen. Passant*innen sind auf dem Nachhauseweg wiederum mit Belästigungen und stark angetrunkenen Gruppen konfrontiert.*

Der Gemeinderat soll sich der Situation, die mehr und mehr zu eskalieren droht, annehmen. Es gilt zu prüfen, ob die zur Verfügung stehenden Personalressourcen von Polizei, Jugendarbeit und SIP noch ausreichen, um Gewalt gegenüber Menschen und Sachen einzudämmen, präventiv vorzubeugen und Zivilcourage zu lehren oder ob zusätzliche Massnahmen nötig sind."

*Saima Sägesser, Renate Niklaus, Corinna
Grossenbacher und Mitunterzeichnende*

Die Behandlung des Postulats erfolgt gemäss Art. 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates.¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 36 der Geschäftsordnung des Stadtrates** (Form und Behandlung der Motionen und Postulate)

² Die eingegangenen Motionen und Postulate werden am Schluss der Sitzung verlesen. Der Gemeinderat hat bis zur übernächsten Ratssitzung dazu Stellung zu nehmen. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Frist zur Stellungnahme angemessen verlängern.



12 E. Eingereichte Interpellation Schlapbach Lars (SVP) und Mitunterzeichnende vom 25. November 2019: Braucht jedes Amt einen eigenen Rechtsdienst?

Interpellationstext:

"Braucht jedes Amt einen eigenen Rechtsdienst?"

Bei den Stellenbesetzungen fällt auf, dass fast jedes Amt in der Stadt Langenthal einen eigenen Rechtsdienst unterhält/einrichtet.

Die Besetzung von Stellen im Bereich Recht mit entsprechenden Juristen/innen schlagen im Personalaufwand wesentlich zu Buche.

Wir stellen die Notwendigkeit von eigenen Rechtsabteilungen in jedem Amt grundsätzlich in Frage und stellen folgende Anfrage:

- 1. Wie viele Juristen/innen sind bei der Stadt Langenthal aktuell beschäftigt (Stellenprozente) und in welchen Ämtern?*
- 2. Wäre mit Einsparungen zu rechnen, wenn die Rechtsdienste mittels einem Pool zentralisiert würden und wenn ja, wie hoch wären diese?*

Wir danken dem Gemeinderat für die Beantwortung dieser Fragen."

Lars Schlapbach und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates.¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 38 der Geschäftsordnung des Stadtrates** (Interpellation)

³ Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.



13. In eigener Sache

Stadtratspräsident Patrick Freudiger (SVP): Ich danke unserer Sekretärin für das Verlesen der eingegangenen Vorstösse. So, wir wären fast am Ende einer anspruchsvollen Sitzung angekommen. Ich danke für das Verständnis, wenn ich mich das eine oder andere Mal verhaspelte.

Ich bitte nun nochmals ganz kurz um Ihre Aufmerksamkeit. Ich habe noch drei Punkte zu erwähnen. Erstens verweise ich darauf, dass die Dezember-Sitzung bereits um 16.30 Uhr beginnen wird. Der Grund liegt darin, da Sie alle mit Vorstössen so aktiv waren und diese Vorstösse noch in diesem Jahr abgearbeitet werden sollten, zumal ab nächstem Jahr eine neue Geschäftsordnung gilt und ich meiner Nachfolgerin nicht allzu viele Hypotheken überlassen möchte. Mit dem vorgezogenen Beginn reicht es dann auch rechtzeitig für das Nachtessen.

Sodann komme ich zu Punkt zwei und drei: Mir liegen zwei Rücktrittsschreiben vor, die zwar erst auf Ende Dezember Gültigkeit erlangen, aber wie Sie hörten, liegen ja noch einige Vorstösse zur Behandlung vor, weshalb ich die Vermeldung bereits heute vornehmen möchte. Bei diesen Rücktritten handelt es sich zum einen um Daniel Schick (FDP) und zum anderen um Daniel Steiner-Brütsch (EVP).

Lieber Daniel Schick, Du fielst mir, und wohl auch anderen, als Vertreter und als Stimme von KMUs auf. Du warst nicht einer der lautesten Stadträte, aber wenn Du Dich äussertest oder auch wenn man sich mit Dir bilateral ausserhalb der Sitzungen unterhielt, so konnte man sich vergewissern und sichergehen, dass Deine Voten und Meinungen immer sehr durchdacht, fundiert und geerdet waren, da Du genau wusstest, wovon Du redest. In dem Sinn setztest Du Dich als Gewerbevertreter für die Stadt ein. Lieber Daniel, herzlichen Dank für Dein Engagement für die Stadt und den Stadtrat Langenthal.

(Applaus)

Lieber Daniel Steiner, Du bist zusammen mit mir der amtsälteste Stadtrat. So von altem Hasen zu altem Hasen darf ich sagen, dass Du den Stadtrat Langenthal effektiv prägst. Im Grossrat warst Du ein bisschen weniger lang, weshalb ich diese Zeit nicht abschliessend beurteilen kann. Du setztest aber hier im Stadtrat Langenthal Themen, Stichwort Schulsozialarbeit, nicht immer auch zur Freude von allen, aber Du prägstest und besetztest zumindest Themen, sei es mit Vorstössen, mit denen Du erfolgreich warst. Ich meinte von Dir kam der Vorstoss zur Schaffung eines Amtes für Bildung, Kultur und Sport, was heute standardmässig etabliert ist, was aber das Engagement und die Initiative eines Parlamentariers mit entsprechendem Weitblick benötigte. Was mir ebenso in Erinnerung blieb, was nicht ganz zufällig ist, weil wir heute erneut über ICT redeten, ist die Vorgängervorlage "ict4kids1". Dort fielst Du nicht nur als aufmerksamer, sondern auch als kritischer Stadtrat auf und schafftest es quasi im Alleingang, dass der Stadtrat eine 2. Lesung beschloss und zusätzliche Abklärungen vornahm, weil das Geschäft dannzumal einfach nicht ausreichend vorbereitet war. Das sind nur drei Beispiele und die Zeit ist ein wenig zu weit fortgeschritten um die ganze Fülle Deiner Motionen, die zu einem erheblichen Teil von Erfolg gekrönt waren, hier aufzuzählen und zu erwähnen. Die Zeit ist auch ein wenig zu kurz, um all Deine erfolgreichen Anträge aufzuzählen. Das jüngste Beispiel betraf das Reglement über die Mehrwertabschöpfung, wozu Du ein wenig zu meinem Leidwesen einen Antrag um Erhöhung des Abgabesatzes stelltest und auch damit erfolgreich warst. Du gehörst fast schon ein wenig zum Inventar des Stadtrates und wir müssen nun ein wenig schauen, wie wir das in Zukunft machen, wenn Du nicht mehr dabei bist. Auf jeden Fall wünschen wir Dir alles Gute auf Deinem weiteren beruflichen und auch politischen Weg, wobei es ja dann wohl primär der berufliche Weg ist. Auch Dir danke ich für Deinen Einsatz im Stadtrat und für die Stadt Langenthal.



Dekoration: Blumen Schenk, Langenthal



Stadtrat

Protokoll der 8. Sitzung am Montag, 25. November 2019

(Applaus)

Jetzt sind wir endgültig am Sitzungsende angelangt. Ich danke für das Mitdenken und Mitdiskutieren bis zur späten Stunde, ich wünsche allen eine gute Heimkehr, eine gute Woche, eine gute Zeit und schliesse somit die Sitzung um 23.30 Uhr.